Schlussbericht

Förderkennzeichen:13N10445 „Krisenprävention“

Zuwendungsempfänger: Prof. Dr. Hermann Kreutzmann

Wirkungen von ziviler Konfliktbearbeitung und Krisenprävention auf lokale und globale Aspekte von Sicherheit

PD Dr. Gabriele Zdunnek

PD Dr. Thomas Zitelmann

Freie Universität Berlin
Institut für Geographische Wissenschaften
Zentrum für Entwicklungsländerforschung
Malteserstr. 74-100
12249 Berlin

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis ... 3

1 Kurzdarstellung ... 5

1.1 Aufgabenstellung ... 5

1.2 Voraussetzungen, unter denen das Vorhaben durchgeführt wurde ... 5

1.3 Planung und Ablauf des Vorhabens ... 6

1.4 Wissenschaftlicher und technischer Stand, an den angeknüpft wurde ... 6

1.5 Zusammenarbeit mit anderen Stellen ... 8

2 Eingehende Darstellung ... 10

2.1 Verwendung der Zuwendung und der erzielten Ergebnisse ... 10

2.1.1 Das Spannungsfeld Sicherheitslogik versus Friedenslogik ... 11

2.1.2 Methoden für konfliktsensible Vorgehensweisen und Wirkungsanalysen ... 18

2.1.3 *Gender*-Dimensionen von Friedens- und Sicherheitspolitik ... 23

2.1.4 Querschnittsaufgabe „Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ ... 25

2.1.5 Unternehmerische Sozialverantwortung und Konflikttransformation ... 29

2.1.6 Strategische gewaltfreie Aktion ... 35

2.1.7 Zivile Krisenprävention als Übersetzungsleistung ... 38

2.1.8. Perspektiven auf Afghanistan ... 48

2.1.9 Zivile Konfliktbearbeitung in Afghanistan – Fazit und Ausblick ... 59

2.2 Wichtigste Positionen des zahlenmäßigen Nachweises ... 67

2.3 Notwendigkeit und Angemessenheit der geleisteten Arbeit ... 67

2.4 Voraussichtlicher Nutzen (insbesondere der Verwertbarkeit der Ergebnisse im Sinne des fortgeschriebenen Verwertungsplans) ... 67

2.5 Fortschritt (bei anderen Stellen) auf dem Gebiet des Vorhabens während der Durchführung ... 68

2.6 Liste der Veröffentlichungen im Rahmen des Vorhabens ... 68

Literatur ... 90

Anlage 1: Kurzfassung (Berichtsblatt) ... 107

Anlage 2: Document Control Sheet ... 109

Anlage 3: Anzeige von Schutzrechtsanmeldungen und Erfindungen ... 111

Abkürzungsverzeichnis

3-D	Development, Diplomacy and Defense
AREU	Afghanistan Research and Evaluation Unit
AusAid	Australian Agency for International Development
BMZ	Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CANVAS	Centre for Applied NonViolent Action and Strategies
CERP	Commander's Emergency Response Program
CEWARN	Conflict Early Warning and Response Mechanism
CIA	Central Intelligence Agency
COIN	Counterinsurgency
CPAU	Cooperation for Peace and Unity
CSO	Conflict and Stabilization Operations
DDP	District Delivery Program
DED	Deutscher Entwicklungsdienst
DFID	Department for International Development
DSF	Deutsche Stiftung Friedensforschung
ECOWAS	Economic Community of West African States
EITI	Extractive Industries Transparency Initiative
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FM	Field Manual
FriEnt	Arbeitsgruppe Entwicklungspolitische Friedensarbeit
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GTZ	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
HTS	Human Terrain Systems
ICAF	Interagency Conflict Assessment Framework
ICNC	International Center on Nonviolent Conflict
IGAD	Intergovernmental Authority on Development
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
ISAF	International Security Assistance Force
LCPP	Local Capacities for Peace Project
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NRO	Nicht-Regierungsorganisation

NSP	National Solidarity Programme
ODI	Overseas Development Institute
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PRT	Provincial Reconstruction Team
QIP	Quick Impact Projects
RPP	Reflecting on Peace Practice
SIGAR	Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction
SOCOM	United States Special Operations Command
SOF	Special Operation Forces
SSR	Security Sector Reform
Swisspeace	Schweizerische Friedensstiftung
TLO	Tribal Liaison Office; The Liaison Office
UNDP	United Nations Development Programme
UNIDIR	United Nations Institute for Disarmament Research
USAID	United States Agency for International Development
USIP	United States Institute of Peace
VN	Vereinte Nationen
WFP	World Food Programme
ZELF	Zentrum für Entwicklungsländerforschung
ZFD	Ziviler Friedensdienst
ZIF	Zentrum für Internationale Friedenseinsätze

1 Kurzdarstellung

1.1 Aufgabenstellung

Ein zentrales Thema des Forschungsprojektes „Wirkungen von ziviler Konfliktbearbeitung und Krisenprävention auf lokale und globale Aspekte von Sicherheit“ war die Analyse von Konzepten und Paradigmenwechseln in der internationalen und der deutschen Sicherheitspolitik. Darüber hinaus war das Vorhaben in zwei sich überschneidende Teilbereiche gegliedert. Im ersten wurden unter dem Thema „soft skills“ Wirkungen und Probleme ziviler Konfliktbearbeitung, Krisenprävention und Friedensförderung untersucht. Im zweiten Teil wurde die Anwendung von Instrumenten der zivilen Konfliktbearbeitung am Beispiel Afghanistans analysiert.

Mit den Begriffen zivile Konfliktbearbeitung, Krisenprävention und Friedensförderung wird mittlerweile ein breites Spektrum von Interventionen auf der Mikro-, Meso- und Makroebene bezeichnet, die darauf zielen, Konfliktdynamiken zu beeinflussen. Thematische Schwerpunkte der Teilprojekte waren:

- die Analyse von Ansätzen wie „do no harm“ und *Peace and Conflict Impact Assessment*, mit denen – z.B. bei humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit in Konflikt- und Krisengebiete – versucht wird, im Projektverlauf Potenziale für gewaltfreie Lösungen zu verstärken bzw. Faktoren für die Eskalation von Konflikten zu verringern;
- die Untersuchung der Auswirkungen rezenter Norm- und Agenda-*Setting* für zivile Konfliktbearbeitung, Krisenprävention und Friedensförderung; berücksichtig wurden insbesondere: die Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ der deutschen Bundesregierung, Leitbilder für unternehmerische Sozialverantwortung und Methoden der gewaltfreien Aktion;
- der Blick auf Afghanistan führt auf eine Meso- und Mikroebene der Anwendung von "soft skills" und ihre pragmatische Übersetzung in praktische Handlungszusammenhänge; da bei der Projektausarbeitung (2007-2008) die Kriegsentwicklung, speziell ab Herbst 2009, nicht absehbar war, mussten hier Modifikationen vorgenommen werden und Entwicklungen im Bereich des zivil-militärischen Handelns stärker in die Betrachtung aufgenommen werden.

1.2 Voraussetzungen, unter denen das Vorhaben durchgeführt wurde

Das Projekt war an das Zentrum für Entwicklungsländerforschung (ZELF) des Instituts für Geographische Wissenschaften der Freien Universität Berlin angesiedelt (Projektleiter Prof. Dr. Hermann Kreutzmann). Das Zentrum befasst sich mit politischen, ökonomischen und soziokulturellen Entwicklungen und Transformationsprozessen in den Ländern des Südens. Regionale Schwerpunkte

laufender Forschungsvorhaben sind Zentral- und Südasien. Es ergaben sich vielfältige Formen der Kooperation mit anderen Institutsmitgliedern, neben Prof. Dr. Kreutzmann waren dies vor allem Dr. Stefan Schütte, Dr. Mary Beth Wilson und der Bereich der *Gender*-Forschung (Prof. Dr. Dörte Segebart).

1.3 Planung und Ablauf des Vorhabens

Das Forschungsprojekt wurde in dem Zeitraum vom 1.8.2009 bis zum 31.12.2012 durchgeführt. Als Folge von Gastprofessuren (im Fach Ethnologie, an den Universitäten Bayreuth, Luzern, Zürich) fing der Bearbeiter Dr. Thomas Zitelmann erst zum 1.10.2009 mit dem Forschungsteil zu Afghanistan an und war in den Monaten 9.-12.2010 sowie 9.2011-7.2012 an der Freien Universität Berlin beurlaubt. Dem Afghanistan-Teil des Projektes standen dadurch nur 24 Arbeitsmonate zur Verfügung. Die Arbeit an den beiden Teilprojekten wurde jedoch so aufeinander abgestimmt, dass ein kontinuierlicher Austausch bezüglich einzelner Themenschwerpunkte möglich war.

Erheblich erschwert wurde der Ablauf des Projektes dadurch, dass die Freie Universität Berlin, den Empfehlungen des Auswärtigen Amtes folgend, im Verlauf des Jahres 2010 ein Reiseverbot für Afghanistan und benachbarte Gebiete erlassen hat. Dadurch war die Feldforschungskomponente des Projektes nicht durchführbar. Speziell der vorgesehene Aspekt der *Poppy*/Opium-Wirtschaft in Afghanistan konnte in der Folge nicht in der vorgesehenen Weise bearbeitet werden.

1.4 Wissenschaftlicher und technischer Stand, an den angeknüpft wurde

In den Teilprojekten wurden unter der Klammer zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention sehr unterschiedliche wissenschaftliche und politische Diskussionen miteinander verbunden; bei folgenden Themen wurde an dem jeweils aktuellen Stand der Forschung angeknüpft:

- unterschiedliche Konzepte von Sicherheit und damit verknüpfte Handlungslogiken in nationalen und internationalen Diskursen,
- die Frage nach Wirkungen von Ansätzen ziviler Konfliktbearbeitung und Krisenprävention,
- *Gender*-Analyse bei der wissenschaftlichen Untersuchung von Konflikten und Krisen sowie *Gender Mainstreaming* in Friedens- und Sicherheitspolitik,
- die Diskussion um Konfliktsensibilität in politischen und wirtschaftlichen Strategien,
- die Debatte um strategische gewaltfreie Aktion,
- die Diskussionen um zivil-militärische Interventionen,

- Analysen und Praktiken entwicklungsorientierter Drogenkontrolle,
- Analyse wirtschaftlicher Faktoren von internen Kriegen,
- Analyse von Konfliktdynamiken in bäuerlichen Risikowirtschaften,
- die Frage nach den lokalen Wirkungen der zivilen Krisenprävention,
- die Diskussion um den Einsatz sozio-kultureller Forschung in Kriegssituationen.

Verwendete Fachliteratur sowie benutzte Informationsdienste

Für die Studie wurden folgende Quellen genutzt und systematisch ausgewertet:

- wissenschaftliche Literatur,
- Publikationen von internationalen Organisationen,
- Publikationen der Bundesregierung Deutschland,
- Publikationen von Nicht-Regierungsorganisationen,
- Internetseiten von Organisationen und Regierungsinstitutionen (vgl. Literaturliste).

Zum Einstieg in den Afghanistan-Teil des Projektes wurden ergänzend folgende Bibliographien herangezogen:

- The Afghanistan Analyst Bibliography (erscheint seit 2008 jährlich), Canberra, Australian National University.
- GIGA (2009): Führt Deutschland in Afghanistan Krieg? - Eine Literaturauswahl aus der Datenbank World Affairs Online – WAO im Fachportal IREON (Stand 27. August 2009). Hamburg, German Institute of Global and Area Studies/ Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien.
- GIGA-Informationszentrum (2008): Zivil-militärische Beziehungen in Konfliktregionen: Verliert die Entwicklungspolitik ihre Unschuld? GIGA German Institute of Global and Area Studies, Hamburg.
- Hansen, G. (2008): Regionale Wiederaufbauteams in Afghanistan dok-line Nahost, Annotierte Online-Bibliographie, GIGA German Institute of Global and Area Studies, Hamburg.
- Wenzel, C. (2008): Dokumentation zum afghanischen National Solidarity Programme: Partizipative Entwicklung als Instrument für nachhaltigen Wiederaufbau und nationale Stabilisierung. Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

Als regelmäßige Informationsquelle für internationale Literatur dienten:

- (bis zur Einstellung 2011) Afghanistan Conflict Monitor des Human Security Report Project, Simon Fraser University, Vancouver.
- ETH-Zurich (o.D.): International Relations and Security Network.

Bei Projektende verfügt das Projekt über eine Literaturdatenbank (Endnote), auf der gegenwärtig mehr als 8000 PDF-Texte abrufbar sind.

1.5 Zusammenarbeit mit anderen Stellen

Während der gesamten Förderlaufzeit des Vorhabens bestand ein Austausch mit folgenden Forschungseinrichtungen, Institutionen und Nicht-Regierungsorganisationen:

- Forschungsforum Öffentliche Sicherheit, Freie Universität Berlin (gefördert vom BMBF)
- Forschungsprojekt „Sicherheitskultur im Wandel“, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M. (gefördert vom BMBF)
- Freie Universität Berlin, Sonderforschungsbereich „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit“
- Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Halle (Saale), Arbeitsgruppe “Konflikt und Integration“
- Seminar für Ethnologie, Martin-Luther-Universität, Halle (Saale) Projekt “Travelling Models in Conflict Management”
- Bayreuth International Graduate School of African Studies, Universität Bayreuth
- German Institute of Global and Area Studies, Hamburg
- Zentrum für Entwicklungsforschung, Bonn
- Seminar für wissenschaftliche Politik (Dr. Marcel Baumann), Lehrstuhl für Internationale Politik, Universität Freiburg
- Institut für Soziologie der Universität Münster
- Zeitschrift Peripherie
- Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung
- Schweizerische Friedensstiftung (Bern)
- Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
- Steps for Peace
- Frauensicherheitsrat, Gunda Werner Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie

- Women's International League for Peace and Freedom
- OWEN. Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung e.V.
- Interkulturelle Einsatzberatung der Bundeswehr

Thomas Zitelmann und Gabriele Zdunnek nahmen während der Förderlaufzeit an zahlreichen Tagungen und Workshops teil. Am 4. und 5.11. 2011 veranstalteten sie einen Workshop zum Thema „Dimensionen von Sicherheit – Wirkungen ziviler Konfliktbearbeitung" an der Freien Universität Berlin. Sowohl Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen als auch Personen aus unterschiedlichen Praxisfeldern nahmen teil (der Workshop wurde im Zwischenbericht 2011 dokumentiert).

Durch Seminarangebote wurden Studierende sowie Doktoranden und Doktorandinnen in das Projekt einbezogen. Folgende Lehrveranstaltungen wurden angeboten

- Frühwarnsysteme zur Prävention von Konflikten und Krisen in Afrika, Otto-Suhr-Institut, Freie Universität Berlin, Sommersemester 2010 (Gabriele Zdunnek)
- Wirkungen von Entwicklungspolitik und Friedensförderung in Krisengebieten Afrikas, Otto-Suhr-Institut, Freie Universität Berlin, Sommersemester 2011 (Gabriele Zdunnek)
- „Unternehmerische Verantwortung" bei Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in Krisengebieten Afrikas, Otto-Suhr-Institut, Freie Universität Berlin, Wintersemester 2012/13 (Gabriele Zdunnek)
- Ökonomische Anthropologie informeller Werttransfersysteme, Universität Luzern, Sommersemester 2010 (Thomas Zitelmann)
- „Kulturelle Kompetenz" als „operationelle Herausforderung"? – Neue und alte Verschränkungen von Ethnologie und Militär, Universität Zürich, Sommersemester 2011 (Thomas Zitelmann)
- Die „Versicherheitlichung" von Entwicklungspolitik, Universität Zürich, Sommersemester 2011 (Thomas Zitelmann)
- Sicherheit und Entwicklung, Freie Universität Berlin, Wintersemester 2011/12 (Thomas Zitelmann)
- Drogenökonomien, Universität Zürich, Sommersemester 2012 (Thomas Zitelmann)
- Sicherheit und Entwicklung, Freie Universität Berlin, Wintersemester 2012/13 (Thomas Zitelmann)

2 Eingehende Darstellung

2.1 Verwendung der Zuwendung und der erzielten Ergebnisse

Im Rahmen der Zuwendung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurde eine Studie zum Thema Sicherheit, zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention erstellt. Sicherheitsstrategien sowie Möglichkeiten und Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung und Krisenprävention sind zur Zeit Themen von hoher gesellschaftlicher Relevanz und Aktualität. Das Vorhaben war explorativ; Ziel war, unterschiedliche Konzepte von Sicherheit, die Vielfalt von Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung und Krisenprävention und auch die Probleme bei der Umsetzung darzustellen. Ein Spezifikum des Forschungsprojektes war, dass es an der Schnittstelle von akademischen Fragestellungen und Praxisbezug angesiedelt war. Somit konnten Erkenntnisse gewonnen werden, die sowohl für die wissenschaftliche Diskussion als auch für verschiedene Praxisfelder relevant sind. Forschungsergebnisse wurden (und werden weiterhin) auf Tagungen, in universitären Lehrveranstaltungen und Publikationen präsentiert und zur Diskussion gestellt. Im Folgenden werden die Schwerpunkte und Schlussfolgerungen der Untersuchung zusammengefasst. Eine ergänzte Fassung dieses Berichts erscheint Ende des Jahres in einem Reader im Berliner Wissenschafts-Verlag (Arbeitstitel: Dimensionen von Sicherheit – Wirkungen ziviler Konfliktbearbeitung).

Mit den Begriffen zivile Konfliktbearbeitung, Krisenprävention und Friedensförderung wird mittlerweile ein breites Spektrum von Interventionen auf der Mikro-, Meso- und Makroebene bezeichnet, die darauf zielen, Konfliktdynamiken zu beeinflussen. Im Allgemeinen wird zwischen drei Haupttypen unterschieden:

- strukturorientierte Interventionen, die an Ursachen von Konflikten und Gewalt ansetzen,
- prozessorientierte Interventionen, die den Ausbruch von Gewalt und die Eskalation von Konflikten verhindern sollen,
- Interventionen nach Konflikten oder Kriegen, die neue Kreisläufe der Gewalt vermeiden sollen.[1]

In den letzten 15 Jahren gab es sowohl national als auch international vielfältige Versuche, Kapazitäten für zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung aufzubauen. Für die Weiterentwicklung des Handlungsfeldes zivile Konfliktbearbeitung, Krisenprävention und Friedensförderung erscheinen insbesondere folgende Aspekte langfristig von Bedeutung:

[1] Zur Diskussion vgl. z.B. Spelten 2006, Kievelitz et al. 2003, Menkhaus 2004, Leonhardt 2001, Leonhardt et al. 2007, OECD 2007, 2008, Bush 2004, Anderson/Olson 2003, Woodrow 2008, Paffenholz/Reychler 2007.

- die wissenschaftliche und politische Debatte zu den Themen Sicherheit und Frieden, die Wahrnehmung von Bedrohungen und Lösungsansätzen und davon abgeleitete Handlungslogiken;
- die Entwicklung von Methoden und Instrumenten für konfliktsensible Vorgehensweisen und Wirkungsanalysen;
- die Einbeziehung von *Gender*-Dimensionen in Friedens- und Sicherheitspolitik;
- die Markierung von ziviler Konfliktbearbeitung, Krisenprävention und Friedensförderung als sektorübergreifende politische Querschnittsaufgabe;
- die Einbeziehung von Potenzialen der Wirtschaft in Konfliktbearbeitung, Krisenprävention und Friedensförderung;
- Strategien der Gewaltfreiheit in politischen, ökonomischen und sozialen Umbruchprozessen.

2.1.1 Das Spannungsfeld Sicherheitslogik versus Friedenslogik

Seit dem Ende des Kalten Krieges wird über die Gestaltung einer neuen globalen Sicherheitsarchitektur diskutiert. Schlüsselereignisse wie der Genozid in Ruanda 1994 oder die Anschläge des 11. Septembers 2001 beeinflussten die Debatte maßgeblich. Bis Ende der 1980er Jahre wurde Sicherheitspolitik weitgehend mit nationaler Sicherheit – dem Schutz staatlicher Territorien vor militärischen Angriffen – gleichgesetzt. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts bestand zunächst die Hoffnung, dass weltweit Rüstungs- und Militärausgaben gesenkt würden und die dafür eingesparten Mittel – als „Friedensdividende“ – für die Reduzierung von Armut und andere soziale Aufgaben genutzt werden könnten. Zugleich fiel der Blick auf innerstaatliche Konflikte und Kriege – als neue Formen von Unsicherheit. In diesem Kontext brachte das *United Nations Development Programme* (UNDP) 1994 den Begriff „menschliche Sicherheit“ (*human security*) in die Diskussion (UNDP 1994).

Prozesse der „Versicherheitlichung“ – Menschliche und erweiterte Sicherheit

Das Konzept der menschlichen Sicherheit bedeutet einen grundsätzlichen Perspektivenwechsel. Bezugspunkt für Sicherheit ist nicht der Nationalstaat oder dessen Territorium, sondern es stellt die Funktion von Staaten für die Sicherheit von Individuen in den Vordergrund und verbindet entwicklungs- und sicherheitspolitische Aspekte. Ziel ist die „Freiheit von Furcht“ und die „Freiheit von Not“. Angesprochen werden der Schutz vor physischer Gewalt und Repression, zusätzlich soziale Rechte in Bezug auf Einkommen, Ernährung und Gesundheit. Weitere wichtige Faktoren für menschliche Sicherheit und Unsicherheit sind nach dem Konzept auch ökologische Bedingungen bzw. Umweltzerstörungen. Es wird betont, dass prinzipiell Staaten die

Hauptgaranten für menschliche Sicherheit sein sollen; es wird aber auch darauf hingewiesen, dass viele Regierungen diese Aufgaben nicht erfüllen und zum Teil selber eine Bedrohung für ihre Bevölkerung darstellen.

Folgerichtig wird im Konzept „Responsibility to Protect" (häufig mit R2P abgekürzt), das in den Abschlussbericht des Weltgipfels der Vereinten Nationen (VN) 2005 einging, staatliche Souveränität mit Verantwortlichkeiten von Regierungen gegenüber ihrer Bevölkerung verknüpft (International Commission on Intervention and State Sovereignity 2001, vgl. auch UN Security Council 2006). Demnach hat die internationale Gemeinschaft eine Schutzverantwortung, wenn Staaten nicht willens oder in der Lage sind, ihre Bürger und Bürgerinnen vor Genozid, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. *Responsibility to Protect* beinhaltet Prävention, Reaktion und Wiederaufbau. Wenn alle anderen Maßnahmen scheitern, sollen auch militärische Mittel eingesetzt werden, sofern es ein Mandat des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gibt.

Mittlerweile haben einige Länder wie Kanada, Japan und Norwegen das Konzept der menschlichen Sicherheit zur Leitlinie ihrer Außen- und Sicherheitspolitik gemacht. Deutschland und andere Länder der Europäischen Union orientieren sich dagegen am Konzept der „erweiterten" Sicherheit, das in starkem Maße von der Wahrnehmung neuer (nicht-militärischer) Risiken und Bedrohungen geprägt ist. Dazu gehören Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale und innerstaatliche Konflikte, das Scheitern von Staaten und organisierte Kriminalität (Solana 2003). Als sicherheitsrelevant werden im Weißbuch des deutschen Verteidigungsministerium daneben u.a. folgende Bereiche benannt: Transportwege, Kommunikation, Zugang zu Ressourcen und Energie sowie Schutz vor illegaler Migration, Pandemien und Seuchen (Bundesministerium der Verteidigung 2006: 21). Kernfunktion von Sicherheitspolitik bleibt weiterhin die Verteidigung des Staates.

Gemeinsam ist den beiden Konzepten – menschliche und erweiterte Sicherheit – die Betonung, dass sich in einer zunehmend interdependenten Welt Probleme wie Armut, Unterentwicklung, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung nicht nur auf ihre unmittelbare Umgebung auswirken. Ein entscheidender Unterschied besteht jedoch darin, dass erweiterte Sicherheit vor allem auf die unmittelbaren und partikularen Interessen der (westlichen) Industriestaaten zielt. Demgegenüber wird menschliche Sicherheit – mit explizitem Bezug zur Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen – als global und universalistisch konzipiert. Dadurch, dass Individuen und nicht Staaten zum Referenzpunkt gemacht werden, können auch Unterschiede hinsichtlich der Sicherheit und Unsicherheit verschiedener – sozialer oder ethnischer – Gruppen und z.B. auch zwischen Männern und Frauen oder Alten und Jungen deutlich gemacht werden.

Die „Versicherheitlichung“ (englisch: *securization*) nicht-militärischer Politikfelder wie Armut, Gesundheit, Migration und Umweltzerstörung wird kontrovers diskutiert. Das Spannungsfeld liegt darin, dass damit zum einen die Grenzen militärischer Instrumente und die Notwendigkeit von Prävention und ziviler Konfliktbearbeitung unterstrichen wird, die Argumentation aber ebenso dazu genutzt werden kann, die Militarisierung der Außenpolitik und die Einschränkung von Freiheiten und Rechten innerhalb von Staaten zu rechtfertigen. Von Seiten der Friedens- und Konfliktforschung wird insbesondere die in Vorstellungen von erweiterter Sicherheit angelegte operative Erweiterung militärischer Interventionen kritisiert, ebenso, dass die Neubestimmung staatlicher Souveränität im Rahmen von *Responsibility to Protect* zum „Einfallstor für anderweitig motivierte militärische Interventionen“ werden und sich zu einem „humanitär verkleideten Neokolonialismus“ entwickeln könnte (Gruppe Friedensentwicklung 2007: 5; vgl. auch Brock 2005).

Die Attraktivität, Sachverhalte in einen Sicherheitszusammenhang zu stellen, liegt darin, dass sie politisiert werden und nahegelegt wird, dass ihnen eine besondere Priorität zukommt und zur Lösung von Problemen auch außergewöhnliche Maßnahmen ergriffen werden können (Buzan 1997: 14). Mit dem Entwurf des Konzepts menschliche Sicherheit ist z.B. die Hoffnung verbunden, den politischen Stellenwert von – und damit auch Ressourcen für – Entwicklungs-, Flüchtlings- oder auch Umweltpolitik zu erhöhen. KritikerInnen der „Versicherheitlichung“ von Themen befürchten dagegen, dass sich dadurch eine ungewollte Eigendynamik entfalten kann, weil Sachverhalte, die in einen Sicherheitszusammenhang gestellt werden, auch einen Bedrohungscharakter erhalten. Wenn in einer Debatte Armut, die Ausbreitung von Krankheiten oder Immigration als Sicherheitsprobleme dargestellt werden, wird der Umgang damit zur Bedrohungsabwehr und kann eventuell sogar Gewalt – z.B. gegen Migranten und Migrantinnen – auslösen. Die Befürchtung ist ferner, dass die „Versicherheitlichung“ von Themen zu einer Ausweitung „gefühlter Bedrohung“ führt, die die Akzeptanz militärischer Eingriffe fördert (als kritische Positionen vgl. z.B. Brock 2005, Smidoda 2003, von Braunmühl 2007).

Weiterführend für die zukünftige Diskussion um Sicherheit sind u.a. deshalb unterschiedliche Ansätze von „kritischen Sicherheitsstudien“ (*critical security studies*), die sich seit Anfang der 1990er Jahre entwickelt haben. Zu ihren Gemeinsamkeiten gehört, dass sie kritisch gegenüber staatszentrierten und auf militärische Interventionen setzende Konzepte von Sicherheit sind und insgesamt die Politisierung von Gefahren- und Sicherheitsdiskursen zum Thema machen. Sie beschäftigen sich theoretisch und empirisch mit Prozessen der „Versicherheitlichung“ und „Entsicherheitlichung“ (englisch: *desecurization*) und fragen nicht nur, wer wen und mit welchen Mitteln vor welchen Bedrohungen schützen will, sondern auch, wer wie wozu und wann Themen in einen Sicherheitskontext stellt (vgl. z.B. Buzan 1997, Booth 2005). Weitgehende Einigkeit besteht darüber, dass „Sicherheitsherausforderungen der heutigen Zeit tendenziell diffuser, weniger vorhersagbar und vielgestaltiger“ sind (Renner 2005: 54). Um auf neue Bedrohungen

vorbereitet zu sein, wird für eine „vorausschauende Sicherheitspolitik“ (Worldwatch Institute 2005: 11) plädiert, die integrativ und sektorübergreifend sowie international und multilateral angelegt ist.[2] In Anbetracht dessen, dass „sich das Verständnis von Sicherheit in den letzten fünfzig Jahren grundlegend gewandelt hat und sich die Anforderungen an die Sicherheitspolitik dadurch dramatisch verändert haben“ plädiert Christopher Daase dafür, Sicherheitskultur als ein interdisziplinäres Forschungsprogramm zu etablieren (Daase 2012: 24).

Fragile Staatlichkeit, soziale Kohäsion und Resilienz – Bedrohungsszenarien und „New Deals“

Seit Anfang der 2000er Jahre wird insbesondere „schwachen“, „fragilen“, „scheiternden“ oder bereits „gescheiterten“ Staaten eine zunehmende Relevanz für globale Unsicherheit zugemessen (vgl. Solana 2003). Z.B. sind nach den ressortübergreifenden Leitlinien des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für Verteidigung und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung derzeitig „vor allem schwache staatliche Gebilde eine große Herausforderung für die globale Sicherheit. Sie bilden grenzüberschreitende Destabilisierungspotentiale, dienen als Umschlagplätze für illegalen Waffen-, Drogen-, Menschen- und Kulturguthandel (sowie) als Rückzugsräume für terroristische Netzwerke …“ (AA/BMVg/BMZ 2012: 2).

Bislang gibt es keine einheitliche Definition für fragile Staatlichkeit. Meistens werden die entsprechenden Länder durch eine Reihe von Defiziten gekennzeichnet; dazu gehören: ein fehlendes staatliches Gewaltmonopol und damit die Unfähigkeit, die Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern zu gewährleisten, mangelnde Legitimität der Regierung und Rechtsstaatlichkeit sowie das Unvermögen oder eine geringe Bereitschaft, soziale Leistungen – z.B. in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Beschäftigung – zu erbringen.[3]

In den letzten Jahren wurden mehrere Indizes entwickelt, die fragile Staatlichkeit nach unterschiedlichen Kriterien messen. Regelmäßig werden Ranglisten oder Karten veröffentlicht, die den Stand einzelner Länder anzeigen. Beispiele dafür sind: *Country Policy and Institutional Assessment* (Weltbank), *Country Indicators for*

[2] Für eine kritische Diskussion verschiedener Sicherheitskonzepte vgl. z.B. Zitelmann 2001a, Altvater 2003, von Braunmühl 2003, Brock 2004, Debiel o.D., Steinhilber 2003, Trachsler 2003, Werthes 2005, Daase/Offermann/Rauer 2012, Daase 2012, Bröckling 2012, Vasilache 2012, Kaufmann 2012.

[3] Für einen Überblick zum Konzept fragile Staatlichkeit vgl. z.B. Schneckener 2004, 2004a, für einen Überblick über die aktuelle Diskussion vgl. die Internetseiten des Zusammenschlusses von fragilen Staaten (g7+ http://www.g7plus.org/).

Foreign Policy - Fragility Index (Carlton University, Kanada) und *Global Peace Index* (Institute for Economics and Peace, Australien).[4]

Im Weltentwicklungsbericht von 2011 zum Thema Konflikt, Sicherheit und Entwicklung betont die Weltbank die hohen ökonomischen und sozialen Kosten von Konflikten und Gewalt und plädiert für Krisenprävention und die frühe De-eskalation von Konflikten. Zyklen von Gewalt, fragile Staatlichkeit und Instabilität in einzelnen Ländern und Regionen werden als Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bezeichnet. Fast alle Bürgerkriege der vorausgegangenen Dekade fanden in Ländern statt, die bereits einen Vorgängerkonflikt hatten. Zwar ist die Zahl von zwischen- und innerstaatlichen Konflikten insgesamt gesunken, dafür gibt es insbesondere in fragilen Staaten ein hohes Maß an krimineller Gewalt, die die ökonomische und soziale Entwicklung beeinträchtigen. Verschiedene Formen von Gewalt sind miteinander verbunden; es entstehen Verhältnisse, die sich weder eindeutig als „Krieg“ noch als „Frieden“ bezeichnen lassen und in denen sich politische und kriminelle Gewalt gegenseitig verstärken. Um wiederkehrende Zyklen von Gewalt langfristig zu überwinden soll Entwicklungszusammenarbeit fragile Staaten dabei unterstützen, graduell legitime und effektive Institutionen (wieder) aufzubauen. Priorität soll sein, formelle und informelle Strukturen zu schaffen, die den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit, Gerechtigkeit und Beschäftigung garantieren (The World Bank 2011).

Bereits in der Pariser Erklärung zur Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit von 2005 wurde das Ziel formuliert, in fragilen Ländern den Aufbau legitimer staatlicher Strukturen und die Bereitstellung elementarer Dienste zu unterstützen (OECD 2005). Seitdem hat sich ein internationaler Austausch zu Prioritäten, Handlungsprinzipien und -feldern entwickelt:

- 2007 veröffentlichte die *Organisation for Economic Co-operation and Development* (OECD) „Prinzipien für internationales Engagement in fragilen Staaten und Situationen“ (OECD 2007).
- 2008 wurde der *International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding* etabliert; Mitglieder sind die G7+ Gruppe von fragilen Staaten, Geberländer und internationale Organisationen.[5]
- 2009 wurde im Rahmen des OECD *Development Assistance Committee* das *International Network on Conflict and Fragility* gegründet.

[4] Für einen Überblick über methodische Ansätze dieser und weiterer Indizes vgl. Fabra Mata/Ziaja 2009.

[5] Mitglieder der Gruppe g7+ sind: Afghanistan, Burundi, Zentrale Afrikanische Republik, Tschad, Komoren, Cote d’Ivoire, Demokratische Republik Kongo, Guinea Bissau, Guinea, Haiti, Liberia, Nepal, Papua-Neuguinea, Salomon-Inseln, Sierra Leone, Somalia, Südsudan, Timor Leste, Togo.

- 2011 wurde auf dem *OECD High Level Forum on Aid Effectiveness* in Busan der „New Deal on International Engagement in Fragile States“ verabschiedet, der Ziele und Handlungsfelder für den Aufbau von Frieden und Staatsentwicklung vorgibt.

Das 2013 veröffentlichte Strategiepapier „Entwicklung für Frieden und Sicherheit“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) orientiert sich weitgehend an den Vorgaben der OECD und des „New Deal“ für internationales Engagement in fragilen Staaten. Ziel ist, „das entwicklungspolitische Engagement für Frieden und Sicherheit … sowie die Handlungsfähigkeit und Wirksamkeit der deutschen Entwicklungspolitik in Kontexten, die von Konflikt, Fragilität und Gewalt geprägt sind … zu verbessern“ (BMZ 2013: 5; Hervorhebungen im Original). Die bei der OECD-Konferenz in Busan international vereinbarten „Peacebuilding and Statebuilding Goals“ (PSG) werden aufgegriffen und die folgenden fünf Handlungsfelder für entwicklungspolitisches Engagement in Ländern mit fragiler Staatlichkeit aufgezeigt:

- Legitime Politikgestaltung und inklusive Konfliktbearbeitung,
- Sicherheit unter Stärkung des staatlichen Gewaltmonopols,
- Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit,
- Schaffung von Beschäftigung und Stärkung der Lebensgrundlagen,
- Verbesserung staatlicher Einkünfte und Dienstleistungen (BMZ 2013: 11).

Während bisher zur Reduzierung von Fragilität dem Aufbau staatlicher Kapazitäten für Funktionen wie Gewaltprävention eine große Bedeutung zugemessen wurde, wird in der neueren Diskussion zusätzlich gefragt, welche „dysfunktionalen“ sozialen Dynamiken – definiert als Interaktionen und Verbindungen zwischen Individuen und Gruppen – zu Fragilität führen. Betont wird auch, dass das Konzept der Fragilität sehr unterschiedliche Situationen und Entwicklungen umfasst; darunter fallen sowohl Gesellschaften, in denen Staatsversagen und Gewalt extreme Ausmaße annimmt als auch Gesellschaften, in denen eine relativ stabile und funktionierende Regierung existiert, in denen es aber “pockets of fragility” gibt, z.B. in einzelnen Regionen oder Stadtteilen (Marc et al. 2013: 11). Im Weltentwicklungsbericht von 2013 zum Thema „Jobs“ und in Hintergrundpapieren wird der Zusammenhang von fragiler Staatlichkeit und sozialer Kohäsion thematisiert und die Frage gestellt, inwieweit mit einer Politik zur Steigerung von sozialer Kohäsion Zyklen von Gewalt überwunden werden können (The World Bank 2013).

Der Begriff soziale Kohäsion wird unterschiedlich definiert; im Wesentlichen bedeutet er, dass Übereinkommen zwischen gesellschaftlichen Gruppen getroffen werden, die inklusiv und langfristig sind (Marc et al. 2013). Die meisten Autorinnen und Autoren verbinden damit positiv Werte, die zum Teil bereits in internationale Vereinbarungen eingegangen sind, z.B.:

- die Einhaltung von Menschenrechten,
- soziale Gerechtigkeit,
- „Stimme“ und Partizipation in Entscheidungsprozessen,
- Engagement von Einzelnen für die Gemeinschaft,
- gewaltfreier Umgang mit Unterschieden, Spannungen und Konflikten zwischen gesellschaftlichen Gruppen.[6]

Es wird jedoch auch auf die „dunkle Seite“ von sozialer Kohäsion verwiesen, z.B. in Bezug auf Gruppen, die exklusiv sind und xenophobe Werte und Normen vertreten. Zudem kann die Orientierung an sozialer Kohäsion zu einer konservativen Haltung führen, in der sozialer Wandel – wie eine zunehmende Emanzipation von Frauen – grundsätzlich als bedrohlich empfunden wird (Norton/de Haan 2013:4,33, Marc et al. 2013: 136).

Ein weiteres Konzept, das in entwicklungspolitischen Zielen und Strategien in Bezug auf fragile Situationen eine Rolle spielte ist die Förderung von Resilienz – definiert als Belastungs- oder Widerstandsfähigkeit. Der Begriff beschreibt Strategien, die den Kontext als Ausgangpunkt nehmen und versuchen, Schaden zu vermeiden. Adressaten sind – neben Staaten – Haushalte, Gemeinschaften und allgemein Gesellschaft. Der Staat wird damit „ein soziopolitischer Akteur unter vielen … Diese Verschiebung signalisiert den neuen Platz, den das in den letzten Jahrzehnten im entwicklungspolitischen Bereich eher randständige Phänomen Gesellschaft in der Fragilitäts-Debatte erhalten hat“ (Pospisil 2011: 244). Resilienz kann sich auch auf Infrastruktur, Umwelt, Kommunikations- oder Wirtschaftssysteme beziehen. Nach Jan Pospisil mögen die „mit Fragilität verknüpften Probleme … in der Tat zu vielschichtig sein, um sie mit an der Form europäischer Staatlichkeit orientierten Blaupause zu bearbeiten. Insofern war die Ablösung der auf einem Stabilitätsparadigma beruhenden Konzepts von ‚Staatsschwäche‘ und ‚Staatsversagen‘ durch flexiblere und umfassendere Zugänge unvermeidbar“ (Pospisil 2011: 250). Für Leitbilder unterschiedlicher Sicherheitsstrategien bedeutet das: „Mit Nicht-Vorhersehbaren rechnen, … Optionen offen halten, die eigenen Fähigkeiten in Erwartung eines negativen Ereignisses gleich welcher Art zu stärken, … Systeme, Prozesse und Organisationen so einzustellen, dass sie weniger verletzlich gegenüber unerwarteten Ereignissen sind, dass sie schneller auf unvorhergesehene kritische Situationen reagieren und generell mit instabilen Lagen umgehen können“ (Kaufmann 2012: 114).

[6] Vgl. Marc et al. 2013, Norton/de Haan 2013: 33, Wietzke/McLeod 2013: 19, The World Bank 2013.

2.1.2 Methoden für konfliktsensible Vorgehensweisen und Wirkungsanalysen

Der Ansatz „Do no Harm“ in Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe

Ende der 1990er Jahre stieg das Bewusstsein darüber, dass zivile Interventionen in Krisenregionen – durch Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe – nicht neutral sind, sondern sowohl friedensfördernde als auch (unbeabsichtigte) konfliktverschärfende und -verlängernde Auswirkungen haben können. Verschiedene Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe schlossen sich unter dem Dach der US-amerikanischen Beratungsorganisation *Collaborative for Development Action* zum *Local Capacities for Peace Project* (LCPP) zusammen, um über die Wirkungen ihrer Arbeit in Konfliktgebieten zu reflektieren.[7] Im Rahmen eines induktiven Lernprozesses wurde der Ansatz *do no harm* („richte keinen Schaden an“) entwickelt. Ausgangspunkt ist, dass selbst wenn humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit zur Verbesserung der sozio-ökonomischen Situation von Zielgruppen beitragen, sie gleichzeitig (unbeabsichtigt) zur Verstärkung von Spannungen und Eskalation von Konflikten beitragen können. Am Beispiel von Fallstudien wurden Friedens- und Konfliktpotenziale von Interventionen analysiert und in mehreren Workshops diskutiert. Insbesondere Mary Anderson hielt die Erfahrungen in einer Reihe von Publikationen fest (Anderson 1999, 2004, Anderson/Overholt 2003). Zu den Hauptergebnissen gehört, dass es in Konfliktregionen zwar viele trennende, aber ebenso verbindende Faktoren zwischen einzelnen Gruppen gibt („dividers“ und „connectors“). Anderson entwickelte ein Analyseschema für Planung, Monitoring und Evaluierung von Programmen und Projekten, mit dem Dimensionen von Verbindendem und Trennendem erkannt sowie die Möglichkeiten von Interventionen in einem Konfliktkontext bestimmt werden sollen. Das Schema besteht aus mehreren Schritten:

- Analyse des Konfliktkontextes (Konfliktursachen und -parteien, Interessen verschiedener Akteure und Gruppen, Gewaltpotenziale),
- Analyse von trennenden Faktoren und Spannungen (strukturelle und unmittelbar auslösende ökonomische, politische oder soziale Faktoren),
- Analyse von verbindenden Faktoren und lokale Kapazitäten für Frieden (Märkte, Infrastruktur, formelle und informelle Zusammenschlüsse, Streitschlichtungsmechanismen wie Justiz, Polizei oder traditionelle Institutionen, ebenso Einstellungen, Werte, Interessen und Erfahrungen),

[7] Vgl. Internetseiten von *Collaborative for Development Action* (http://www.cdainc.com/cdawww/default.php).

- Analyse der durchführenden Organisationen sowie der Programme und Projekte in Bezug auf Mandat, Finanzierung und Organisationsstrukturen (Art und Kontexte von Angeboten, MitarbeiterInnen, PartnerInnen und NutznießerInnen).

In einem nächsten Schritt sollen (potenzielle) Wirkungen der Programme und Projekte auf trennende und verbindende Faktoren untersucht werden (Gewinner und Verlierer, Unterstützung von militärischen oder zivilen Strukturen). Ziel des *do no harm*-Ansatzes ist, im Projektverlauf Potenziale für gewaltfreie Lösungen zu verstärken bzw. Faktoren für die Eskalation von Konflikten zu verringern. Aus den Fallstudien ergaben sich vor allen zwei generelle Muster, wie humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit Konflikte verschärfen oder verlängern: durch den Transfer von Ressourcen und durch implizite ethische Botschaften. Abhängig davon, an wen und wie Ressourcen – etwa Nahrungsmittel, Gesundheitsversorgung, Ausbildung oder Infrastruktur – verteilt werden, kann Kooperation oder Konkurrenz zwischen Gruppen gefördert werden. Implizite ethische Botschaften werden z.B. durch die Bevorzugung spezifischer Gruppen, den (intransparenten) Umgang mit Ressourcen oder die Ungleichbehandlung von lokalen und internationalen Mitarbeitern vermittelt.

Mittlerweile gibt es eine Vielzahl von Konzepten, um Konfliktsensibilität als Querschnittthema in der Planung, Durchführung und Evaluierung von Entwicklungszusammenarbeit zu verankern und Wechselwirkungen zwischen Konfliktdynamiken und Interventionen zu analysieren. Organisationen der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit und auch größere Nicht-Regierungsorganisationen haben inzwischen eigene Handbücher, Leitfäden und Handreichungen erstellt, um ihre Arbeit konfliktsensibel zu gestalten – zum Teil mit detaillierten „Instrumentenkästen“.[8]

Probleme der Wirkungsanalyse

In den letzten Jahren wurde zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention zu einem breiten Handlungsfeld mit unterschiedlichen Akteuren. Bislang gibt es jedoch nur eine begrenzte Anzahl von Evaluierungen und Studien zu verschiedenen Ansätzen und Praxisfeldern. Darüber hinaus beziehen sie sich eher auf Projekte und Programme, die in Krisengebieten arbeiten, und weniger auf Ansätze der direkten Friedensförderung (vgl. Zdunnek 2012). Generell ist unbestritten, dass es für Evaluierungen und Wirkungsanalysen von Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung in Krisengebieten eine Reihe von besonderen Herausforderungen gibt:

[8] Für eine Darstellung einzelner Ansätze vgl. Zdunnek/Zitelmann 2011.

- In vielen Fällen fehlt eine Analyse der Ausgangssituation (*baseline study*, ex-ante *assessment*) um spätere Veränderungen nachvollziehbar zu machen.[9]
- Aufgrund der Konfliktsituation gibt es allgemein einen Mangel an verlässlichen Daten, z.B. über die Anzahl von Hass-Verbrechen oder als positiven Indikator die Anzahl von Eheschließungen zwischen Mitgliedern spezifischer Gruppen (Menkhaus 2004).
- In einem Konfliktgebiet ist die Sammlung von Daten im Rahmen von Planung, Monitoring und Evaluierung häufig mit hohen Sicherheitsrisiken für ProjektmitarbeiterInnen verbunden.[10]
- Konfliktbearbeitung, Krisenprävention und Friedensförderung sind langfristige komplexe Prozesse mit möglichen Erfolgen und Rückschlägen. Wirkungen lassen sich eventuell erst durch die Evaluierungen von Prozessen über längere Zeiträume erheben.[11]
- Wirkungen werden häufig mit beobachteten Veränderungen gleichgesetzt womit „konservative Wirkungen" – wie die Verhinderung einer Konflikteskalation – aus dem Blick geraten.[12]

Ein großer Teil der staatlichen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und zunehmend auch Nicht-Regierungsorganisationen arbeiten mit Varianten von zielorientierter Planung, die auch methodische Orientierungen für Wirkungsanalysen vorgibt. Zu Beginn einer Intervention werden Projektziele und übergreifende Ziele formuliert. In einer Wirkungskette wird der Zusammenhang zwischen Inputs und Aktivitäten, Leistungen („output"), Ergebnis („outcome") und Wirkungen evaluiert. Ein Beispiel dafür ist:

- Leistung eines Projektes ist die Durchführung von Workshops für Training in Konfliktbearbeitung;
- das Ergebnis ist, dass die Teilnehmenden Fähigkeiten erlernt haben;
- eine Wirkung des Projektes ist, dass die Teilnehmenden ihre erworbenen Fähigkeiten im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeiten anwenden.[13]

Während es noch relativ einfach ist, Wirkungen im unmittelbaren Umfeld von Projekten und Programmen festzustellen, besteht eine grundsätzliche Schwierigkeit darin, Wirkungen bezüglich der Meso- und Makroebene sowie kumulative und

[9] Vgl. OECD 2008, FriEnt 2005: 4, Paffenholzer 2005: 17, 45, Church/Rogers 2006, Quack 2009.

[10] Vgl. OECD 2008, APFO et al. 2004, Church/Shouldice 2002, Menkhaus 2004.

[11] Vgl. Leonhardt 2001: 17, Lederach et al. 2007: 1-2, Menkhaus 2004, OECD 2008: 19, Fischer/Wils 2003, Körppen 2007.

[12] Vgl. z.B. Quack 2007: 38, 2008: 3, 2009, Lederach et al. 2007: 2, Menkhaus 2004, Scheers 2008: 38.

[13] OECD 2008, Körppen 2007; vgl. auch Church/Rogers 2006, Leonhardt et al. 2007: 140, Quack 2009: 104 ff.

langfristige Wirkungen („peace writ large“) zu analysieren. Ist die Intervention klein, können Wirkungen auf gesellschaftliche Veränderungen kaum erfasst werden. Ist die Intervention groß – wie die Einsätze in Afghanistan – können zwar eventuell erhebliche Veränderungen festgestellt werden, es ist jedoch nur selten eindeutig nachzuweisen, welchen Anteil spezifische Aktivitäten an dieser Entwicklung haben und welche Rolle andere Faktoren.[14]

Es gibt unterschiedliche Ansätze, mit dieser „Zuordnungslücke“ umzugehen. Einige AutorInnen plädieren dafür, vor allem die Kapazitäten von kleineren Organisationen nicht zu überfordern. Sie sollten sich auf die Evaluierung von Projektzielen und -ergebnissen konzentrieren; der Beitrag zu übergreifenden Zielen sollte im Rahmen von vergleichenden Wirkungsanalysen in Zusammenarbeit mit Universitäten und Forschungseinrichtungen durchgeführt werden (Church/Rogers 2006: 12-13). Andere AutorInnen versuchen Wirkungsanalysen zu „entmystifizieren“ (Anderson 2004: 12, Chigas/Woodrow 2008). Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass auch die übergreifenden Ziele klar und nicht zu allgemein formuliert werden, was gerade bei Projekten zur Friedensförderung häufig der Fall ist. Oft ist es auch deshalb schwierig, Erfolge zu messen, weil Annahmen („theories of change“) bzw. Wirkungshypothesen, die hinter geplanten Ansätzen und angestrebten Veränderungsprozessen stehen, nur implizit oder nicht klar geäußert werden.[15] Darüber hinaus raten die AutorInnen, den Fokus weniger auf eindeutige kausale Zuordnungen und damit auf Zuordnungslücken zu legen, sondern eher auf Verbindungen mit anderen Entwicklungen sowie auf Prozesse und kumulative Wirkungen. Zur Verortung von Interventionen in größere Zusammenhänge („the big picture“) stellen sie einen Fragenkatalog auf:

- Sind einzelne Projekte und Programme mit politischen Strategien auf übergreifender Ebene (national, regional) oder mit parallelen Bemühungen auf anderen Gebieten verknüpft?
- Beziehen Interventionen, die sich an relevante EntscheidungsträgerInnen richten, auch größere soziale Gruppen ein oder umgekehrt?
- Sind Bemühungen für individuelle Veränderungen in Verhalten, Fähigkeiten und Einstellungen mit Bemühungen auf der sozio-politischen Ebene verbunden?
- Sind unterschiedliche Strategien widersprüchlich oder unterminieren sie sich gegenseitig?
- Berücksichtigen Initiativen regionale/internationale Dimensionen des Konflikts oder ziehen sie Verbindungen dazu?

[14] Vgl. z.B. Spelten 2006: 2, Leonhardt 2001: 17, 38, FriEnt 2005: 4, Lederach et al. 2007: 2, Menkhaus 2004, Church/Shouldice 2002: 38, OECD 2008: 19, Anderson 2004.

[15] Zur Diskussion vgl. z.B. Anderson/Olson 2003, OECD 2008, Church/Rogers 2006.

Gefragt ist demnach weniger vermeintliche Genauigkeit sondern eine reflexive Praxis (Lederach et al. 2007). Um Wirkungen nachzuweisen, wird allgemein eine Mischung aus qualitativen und quantitativen Methoden und Triangulation empfohlen, zusätzlich die Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven und die Aufmerksamkeit gegenüber unbeabsichtigten Wirkungen – sowohl positiven als auch negativen (OECD 2007: 9, 48, 2008; vgl. auch Quack 2009). Es gilt, Kriterien für eine methodologische Absicherung zu finden, die vielleicht nicht perfekt sind, aber „gut genug". Der „gut genug"-Ansatz bedeutet, Methoden auszuwählen, die einfach, schnell und sicher anzuwenden sind.[16]

In einem Projekt von *Collaborative for Development Action* „Reflecting on Peace Practice" (RPP) schlossen sich Organisationen zusammen, die sich in ziviler Konfliktbearbeitung und Friedensförderung engagieren. Anderson (2004) fasst die vielfältigen Programme und Projekte nach Art der Interventionen und Zielgruppen in vier Kategorien zusammen. Die Interventionen zielen entweder auf individuelle oder auf strukturelle sozio-politische Veränderungen; sie richten sich entweder an Schlüsselpersonen („key people") oder an größere Gruppen („more people"). Als Fazit ergibt sich, dass die Arbeit mit Individuen (z.B. Veränderungen von Wahrnehmungen, Einstellungen und Werten) durchaus sinnvoll sein kann, aber der Beitrag für die Reduzierung von Gewalt oder den Aufbau von Frieden kaum nachweisbar ist. Derartige Aktivitäten werden erst effektiv wenn sie mit Veränderungen in Bezug auf sozio-ökonomische Strukturen verbunden werden. Eine weitere Schlussfolgerung ist, dass nur Interventionen, die sowohl Schlüsselpersonen als auch „mehr Leute" einbeziehen, erfolgreich sind. Aus den Erfahrungen von RPP ergeben sich folgende Kriterien für die Effektivität von Interventionen in unterschiedlichen Kontexten. Die Interventionen können über die Projektziele hinaus für den Aufbau von Frieden in einer Region, in einer Gesellschaft oder einem Land – als „Frieden groß geschrieben" (*peace writ large*) erfolgreich sein, wenn sie

- bewirken, dass Individuen und soziale Gruppen eigene Initiativen für die Förderung von Frieden entwickeln,
- zur Etablierung oder zu Reformen von Institutionen führen, um mit Konfliktursachen umzugehen,
- Fähigkeiten fördern, die Individuen und Gruppen dabei stärken, Gewalt, Manipulationen und Provokationen zu widerstehen,
- zu einem höheren Maß an menschlicher Sicherheit beitragen (Anderson/Olson 2003: 14-18, Anderson 2004: 10).

[16] Vgl. z.B. Church/Shouldice 2002, Frient 2005, Menkhaus 2004, APFO et al. 2004, ECB 2007: 8.

2.1.3 *Gender*-Dimensionen von Friedens- und Sicherheitspolitik

Bereits auf der Weltfrauenkonferenz in China 1995 wurden Regierungen und internationale Organisationen dazu aufgefordert, Frauen an Entscheidungsprozessen und Aktivitäten zur Konfliktprävention und -beilegung zu beteiligen und sie in Konfliktsituationen vor Gewalt zu schützen (Beijing Declaration and Platform for Action 1995). Nach intensiver Lobby-Arbeit von Frauen- und Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2000 die Resolution 1325 zu „Frauen, Frieden und Sicherheit“. Die Mitgliedsländer werden aufgefordert, in allen Bereichen der Friedenssicherung eine Geschlechter-Perspektive zu integrieren sowie mit Trainingsmaßnahmen die Voraussetzungen für Geschlechter-Sensitivität zu schaffen (UN Security Council 2000). In vier weiteren Resolutionen – 1820 (2008), 1888 (2009) 1889 (2009) und 1960 (2010) – präzisierte und vertiefte der VN-Sicherheitsrat einzelne Themen (UN Security Council 2008, 2009, 2009a, 2010). Zu den Forderungen und Empfehlungen der einzelnen Dokumente gehören:

- Erhöhung des Anteils von Frauen und ihre gleichberechtigte Mitwirkung auf allen Entscheidungsebenen in Institutionen und Mechanismen zur Konfliktprävention und -bearbeitung sowie zur Konsolidierung von Frieden,
- Verstärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten für Frauen durch die Unterstützung von Frauenorganisationen und Frauen-Friedensinitiativen sowie durch die Konsultation von Frauengruppen auf lokaler und internationaler Ebene,
- Schutz der Rechte von Frauen und Mädchen, insbesondere Schutz vor sexualisierter Gewalt, Beendigung von Straflosigkeit im Zusammenhang mit Gewalt gegen Frauen und Mädchen,
- Berücksichtigung der Bedürfnisse und Interessen von Frauen und Mädchen bei Konfliktbearbeitung und beim Wiederaufbau, z.B. bei Programmen zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration sowie Maßnahmen zur sozio-ökonomischen Entwicklung und Demokratisierung.

Die Verabschiedung der Resolution 1325 wird im Allgemeinen als „Meilenstein“ oder „Durchbruch“ für die Integration von *Gender*-Perspektiven in Sicherheitspolitik, Konfliktprävention und -transformation sowie Friedensförderung gesehen. Mit Bezug auf 1325 und auch auf die Aktionsplattform von Beijing verabschiedeten in der Folge auch regionale Organisationen wie die Europäische und die Afrikanische Union Ziele und Strategien für die stärkere Einbeziehung von Geschlechter-Perspektiven in Konfliktprävention und -bearbeitung (vgl. z.B. Council of the European Union 2005, Rat der Europäischen Union 2008).

Regierungen sollen nationale Aktionspläne entwickeln und regelmäßig über Fortschritte Bericht erstatten. Jedoch steht in der BRD und vielen anderen Ländern die Umsetzung von 1325 und der anderen Resolutionen bis heute noch am Anfang. Um die Implementierung in Deutschland voranzutreiben, wurde 2003 der Frauensicherheitsrat gegründet, ein bundesweites Netzwerk von Frauen aus

Wissenschaft, Politik, Medien und Nicht-Regierungsorganisationen. Der Frauensicherheitsrat betrieb mit zahlreichen Veranstaltungen, Kampagnen und Veröffentlichungen Lobbypolitik für die Einbeziehung von Gender-Perspektiven in die Außen- und Sicherheitspolitik.[17] Bereits 2003 legte er der Bundesregierung und der Öffentlichkeit einen Aktionsplan für eine beschleunigte Umsetzung der Resolution 1325 vor. In „Schattenberichten" dokumentierte er die Aktivitäten der Bundesregierung.[18]

Als ein Erfolg der Verabschiedung der Resolution 1325 wird gesehen, dass damit neue Normen und Agenden gesetzt werden, die kurz- oder langfristig Einfluss auf das Verhalten von Regierungen oder internationale Organisationen haben können. Es wird jedoch kritisiert, dass hauptsächlich Absichtserklärungen formuliert werden – ohne konkrete Quoten oder Zeitvorgaben. Andere Kritikpunkte sind, dass zu wenig Gewicht auf Prävention gelegt wird und der Blick eher auf Frauen als auf Geschlechterverhältnisse gerichtet ist. Damit fehlen auch Fragen zu Maskulinität oder zur Dominanz militarisierter Sicherheitspolitik.[19]

Gender Mainstreaming und *Gender*-Perspektiven in der Außen- und Sicherheitspolitik wurden seit Anfang der 2000er Themen eines interdisziplinären Forschungsfeldes.[20] In einer Vielzahl von Studien wurde thematisiert, wie sich Geschlechterverhältnisse in Kriegs-, Konflikt- und Krisensituationen verändern und auch wie sie durch sicherheitspolitische Entscheidungen und Maßnahmen beeinflusst werden. Es wurde deutlich, „dass nicht einfach von Männern als Tätern oder Frauen als Opfern ausgegangen werden kann. … Auch Alter und Status, die Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Gruppe, Nationalismus und die spezifischen Kriegshandlungen beeinflussen die individuellen Kriegserfahrungen und Bewältigungsstrategien" (Schäfer 2011: 4). In Kriegs- und Konfliktsituationen werden Geschlechterrollen und -zuschreibungen zudem mobilisiert und instrumentalisiert (vgl. z.B. Schäfer 2008, Dittmer 2007, Gunda Werner Institut 2008).

Zum zehnten Jahrestag der Resolution 1325 wurde weltweit eine kritische und auch enttäuschende Bilanz bezüglich der „drei Ps" – Prävention von Kriegen und Gewaltkonflikten, Partizipation von Frauen auf allen Ebenen von Friedensprozessen und Protektion von Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisensituationen – gezogen. Ute Scheub kommentierte das Verhalten der deutschen Bundesregierung unter rot-grün und schwarz-rot z.B. als „verbale Offenheit bei weitgehender Verhaltensstarre" (Scheub 2008: 10). Auf Veranstaltungen und in Veröffentlichungen wurde kritisiert,

[17] Vgl. Dokumentation der Aktivitäten des Frauensicherheitsrats auf den Internetseiten des Gunda Werner Instituts (http://www.gwi-boell.de/web/frauensicherheitsrat.html#2013).

[18] Scheub 2008, Frauensicherheitsrat 2004, 2007, 2013; vgl. auch Otto 2010.

[19] Vgl. z.B. Wisotzki 2010: 5, Otto 2010, Scheub 2008, Frauensicherheitsrat 2004, 2007, Tryggestad 2009, Anderlini 2008, Gunda Werner Institut 2009.

[20] *Gender Mainstreaming* ist Ziel der Gleichstellungspolitik der Europäischen Union und bedeutet, dass die unterschiedlichen Interessen und Lebenssituationen von Frauen und Männern bei jeglicher Planung und in allen politischen Bereichen von vornherein und systematisch berücksichtigt werden.

dass sich die drei Berichte der Bundesregierung zur Umsetzung der Resolution 1325 „auf eine unsystematische und beliebige Aneinanderreihung von Einzelmaßnahmen der Frauenförderung in Drittstaaten (beschränken); zum Teil werden auch klassische Projekte der Entwicklungszusammenarbeit als 1325-Projekte ausgegeben“ (Hentschel 2011:30; vgl. auch: Die Bundesregierung 2004, 2007, Auswärtiges Amt 2010).

Der Stand der Umsetzung der Resolution 1325 ist in einzelnen Ländern unterschiedlich. In Europa haben inzwischen rund zwei Drittel der Staaten einen Nationalen Aktionsplan erstellt. Die deutsche Bundesregierung verabschiedete erst im Dezember 2012 einen “Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325” für den Zeitraum von 2013 bis 2016. Zur Koordinierung der Umsetzung wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt: dazu gehören: das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium des Inneren, das Bundesministerium der Justiz, das Bundesministerium der Verteidigung und das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Die Bundesregierung 2012). In Anlehnung an Konfliktphasen werden im Aktionsplan Maßnahmen zu Prävention, Einsatzvorbereitung, Beteiligung, Schutz, Wiederaufbau und Strafverfolgung dargestellt, die weitgehend den Vorgaben von 1325 und den folgenden Resolution zu „Frauen, Frieden und Sicherheit“ entsprechen. Die Bundesregierung will die Ziele und Maßnahmen dieses Aktionsplans kontinuierlich überprüfen und 2016 „über die Umsetzung an den Deutschen Bundestag berichten“ (Die Bundesregierung 2012: 24).

Der Frauensicherheitsrat begrüßte in einer Stellungname die Verabschiedung des Nationalen Aktionsplans, äußerte jedoch auch ganz grundsätzliche Kritikpunkte. Bereits in früheren Veröffentlichungen problematisierte er den an Bedrohungsszenarien orientierten Sicherheitsbegriff der Bundesregierung und plädiert dafür, Außen- und Sicherheitspolitik an dem Konzept der menschlichen Sicherheit auszurichten und so weiterzuentwickeln, dass *Gender*-Aspekte deutlicher werden.[21] Der Frauensicherheitsrat fordert unter anderem die Überarbeitung des vorliegenden Aktionsplans „mit einer verstärkten Fokussierung auf Förderung ziviler Konfliktbearbeitung unter Einbezug von Frauen und angemessener Präventionsinstrumente“ (Frauensicherheitsrat 2013).

2.1.4 Querschnittsaufgabe „Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“

Mit dem Ziel, zivile Krisenprävention als politische Querschnittsaufgabe auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene zu verankern, verabschiedete die damalige Bundesregierung 2004 den ressortübergreifenden Aktionsplan „Zivile

[21] Vgl. Scheub 2008, Frauensicherheitsrat 2004, 2006, 2007, 2013, Otto 2010.

Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. Neben Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik sollen sich auch Wirtschafts-, Finanz-, Bildungs-, und Umweltpolitik beteiligen. Für die Koordination wurde ein Ressortkreis mit RepräsentantInnen der jeweiligen Bundesministerien eingesetzt; den Vorsitz hat ein Beauftragter des Auswärtigen Amtes. Der Aktionsplan umfasst unterschiedliche Handlungsfelder auf globaler, regionaler und nationaler Ebene. Strategische Ansatzpunkte sind:

- die Herstellung verlässlicher staatlicher Strukturen (Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte und Sicherheit),
- die Schaffung von Friedenspotenzialen in der Zivilgesellschaft, bei den Medien sowie in Kultur und Bildung,
- die Sicherung der Lebenschancen der betroffenen Menschen durch geeignete Maßnahmen auf den Gebieten Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt (Die Bundesregierung 2004: 12).

Zu den Zielen gehört auch eine verstärkte Kooperation mit multilateralen oder regionalen Zusammenschlüssen – wie die Vereinten Nationen oder die Europäische Union – als Voraussetzung für ein kohärentes und koordiniertes Vorgehen. Als Partner für zivile Krisenprävention werden auch Nicht-Regierungsorganisationen und andere nicht-staatliche Akteure wie Kirchen, Verbände und die Privatwirtschaft benannt. Regionale Beispiele für aktuelle Aktivitäten zur Krisenprävention sind insbesondere Osteuropa, Afghanistan, Afrika und Indonesien. Alle zwei Jahre soll ein Bericht über die Umsetzung des Aktionsplans veröffentlicht werden. 2005 wurde ein Beirat „Zivile Krisenprävention“ mit VertreterInnen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft konstituiert (Die Bundesregierung 2004, 2006). WissenschaftlerInnen und zivilgesellschaftliche AkteurInnen, die sich im Bereich zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung engagieren, begrüßten den Aktionsplan zunächst als vielversprechenden politischen Referenzrahmen. Zu Ansätzen und Instrumenten, die als weiterführend für zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung betrachtet werden – und zum Teil schon vor der Verabschiedung des Aktionsplans existierten – gehören:

- Der Zivile Friedensdienst (ZFD): Im Rahmen des ZFD werden seit 1999 Friedensfachkräfte ausgebildet und weltweit eingesetzt, um lokale Organisationen bei der Friedensförderung zu unterstützen. Der ZFD ist dem BMZ angegliedert.[22]
- Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF): Das ZIF ist am Auswärtigen Amt angesiedelt und bildet Fach- und Führungskräfte für internationale zivile Friedensmissionen und Wahlbeobachtung aus.[23]

[22] Vgl. Internetseiten des ZFD unter http://www.ziviler-friedensdienst.org/de.

[23] Vgl. Internetseiten des ZIF unter http://www.zif-berlin.org/.

- Zivik: Das Programm zivik – zivile Konfliktbearbeitung des Instituts für Auslandsbeziehungen fördert und dokumentiert weltweit Projekte in Konflikt- und Krisengebieten und wird vom Auswärtigen Amt finanziert.[24]
- Arbeitsgruppe Entwicklungspolitische Friedensarbeit (FriEnt): FriEnt ist ein Zusammenschluss von staatlichen Institutionen, kirchlichen Hilfswerken, Nicht-Regierungsorganisationen und politischen Stiftungen. Ziel ist, Kooperation und Vernetzung zu fördern.[25]
- Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF): Die DSF ist beim Ministerium für Bildung und Forschung angesiedelt und fördert seit 2000 Forschungsvorhaben und Konferenzen im Bereich Friedens- und Konfliktforschung.[26]

Insgesamt – nahezu zehn Jahre nach seiner Einführung – wird die bisherige Umsetzung des Aktionsplans jedoch als eher „bescheiden“ oder „enttäuschend“ beurteilt. Bereits nach der Veröffentlichung des Aktionsplans wurde kritisiert, dass bei den 163 vorgestellten Aktivitäten kaum Prioritäten und übergreifende Strategien erkennbar sind. Auch die drei Umsetzungsberichte bestehen überwiegend aus einer Aneinanderreihung von einzelnen Aktivitäten. Die Frage nach ihren kurz- und langfristigen Wirkungen wird nicht gestellt; Fortschritte oder Probleme bei der Umsetzung werden nicht benannt. Z.B. gründete der Ressortkreis 2005 die Arbeitsgruppe „Rolle der Privatwirtschaft in Ziviler Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ mit VertreterInnen aus verschiedenen Ministerien, aus der Wirtschaft und aus dem Beirat „Zivile Krisenprävention“. Im zweiten Umsetzungsbericht wird lediglich angegeben, dass sich die Zusammenarbeit als schwierig herausstellte, ohne dass näher darauf eingegangen wird, welche Probleme es gab. Inzwischen ist das Thema vollkommen von der Agenda verschwunden.[27] Erst im dritten Umsetzungsbericht wird generell darauf verwiesen, dass Evaluierungen und Wirkungsuntersuchungen notwendig sind, um Lehren für künftige Entscheidungen und Strategien zu ziehen (Die Bundesregierung 2010: 74).

Ein weiterer Kritikpunkt ist die mangelnde analytische Abgrenzung von Friedens- und Sicherheitspolitik. Sowohl der Aktionsplan als auch die Umsetzungsberichte betonen das Primat der zivilen Konfliktprävention, sehen jedoch auch die Verzahnung ziviler und militärischer Maßnahmen vor. In den letzten Jahren scheint es einige Akzentverschiebungen gegeben zu haben, die aber nicht weiter erläutert werden. Im Aktionsplan wird von einem „erweiterten Sicherheitsbegriff“ ausgegangen, der politische, ökonomische, ökologische und soziale Stabilität umfasst. Ziel ist, “in den betroffenen Partnerländern durch Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Verhältnisse zur Verhinderung und zum Abbau struktureller Ursachen von

[24] Vgl. Internetseiten von zivik unter http://www.ifa.de/zivik.html.

[25] Vgl. Internetseiten von FriEnt unter http://www.frient.de/.

[26] Vgl. Internetseiten der DSF unter http://www.bundesstiftung-friedensforschung.de/.

[27] Vgl. auch Debiel 2005, Plattform zivile Konfliktbearbeitung/Forum Menschenrechte 2008, 2010, GKKE 2008, 2010, Nachtwei 2010, 2013.

Konflikten sowie zur Förderung von Mechanismen gewaltfreier Konfliktbearbeitung beizutragen“ (Die Bundesregierung 2004: 18). Dagegen wird im ersten Umsetzungsbericht in Anlehnung an die Europäischen Sicherheitsstrategie dargestellt, dass der „erweiterte Sicherheitsbegriff … als Antwort auf gewandelte Bedrohungsszenarien ein koordiniertes zivil-militärisches, präventives Vorgehen staatlicher wie nichtstaatlicher Akteure unter Nutzung aller zur Verfügung stehenden Instrumente“ erfordert (Die Bundesregierung 2006: 13). Während im Aktionsplan die Definition von erweiterter Sicherheit Ähnlichkeit mit dem Konzept der menschlichen Sicherheit aufweist, scheinen in den Umsetzungsberichten Bedrohungsszenarien eine größere Rolle für politische Strategien zu spielen, allerdings wird das nicht genauer ausgeführt. Zunehmend gibt es darüber hinaus eine unklare Vermengung zwischen ziviler und militärischer Logik und Vorgehensweisen.[28] Mit Verweis auf das „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ von 2006 wird z.B. dargestellt: „Beiden Dokumenten liegt ein grundsätzlich präventiver Politikansatz zu Grunde. Obwohl die Instrumente der Krisenprävention überwiegend ziviler Natur sind, bedeutet das keine Abgrenzung zu und keinen Ausschluss von militärischen Mitteln, sondern begreift diese – wo erforderlich und unter Beachtung des Vorrangs des zivilen Engagements – als integralen Bestandteil“ (Die Bundesregierung 2008: 7). Sowohl im Aktionsplan als auch in den Umsetzungsberichten wird auf das Konzept der menschlichen Sicherheit eingegangen, eine Positionierung dazu bleibt jedoch aus.

Unter Berufung auf die Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen soll der Aktionsplan explizit auf *Gender Mainstreaming* zielen sowie die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen bei Entscheidungsfindungen im Bereich Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung. Jedoch wird noch nicht einmal im Aktionsplan und den Umsetzungsberichten eine systematische Geschlechterperspektive deutlich. In den Umsetzungsberichten wird zwar betont, dass *Gender Mainstreaming* zu den politischen Leitprinzipen der Bundesregierung gehört; als Beleg für Aktivitäten in diesem Bereich werden jedoch – hauptsächlich auf jeweils drei Seiten – wieder nur einzelne Maßnahmen aufgezählt, z.B. Unterrichtsangebote, Veranstaltungen, die Entwicklung von Bildungsmaterialen, die Förderung von Gleichstellungspolitik oder die Unterstützung von Gewaltopfern in einzelnen Ländern (Die Bundesregierung 2006, 2008, 2010). Der Frauensicherheitsrat fordert deshalb die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die Expertise in *Gender Mainstreaming* in die weitere Umsetzung des Aktionsplans einbringt (Frauensicherheitsrat 2006).

Neben den eher konzeptionellen Punkten bezieht sich die Kritik an der Umsetzung des Aktionsplans auch auf die Arbeitsweise des Ressortkreises, die Sichtbarkeit des Arbeitsgebiets und die mangelnde politische Bedeutung, die ihm mittlerweile zugemessen wird, z.B.:

[28] Vgl. auch Weller 2007: 11, GKKE 2008: 18 Plattform zivile Konfliktbearbeitung/Forum Menschenrechte 2010: 4, Frauensicherheitsrat 2006.

- Es bestehen Defizite in der Kooperation und Kohärenz zwischen den einzelnen Ressorts, um zivile Krisenprävention als Querschnittsthema in der Politik zu verankern; darüber hinaus wird der Sachverstand des Beirats nicht ausreichend genutzt.
- Die öffentliche und mediale Darstellung des Arbeitsfeldes zivile Krisenprävention ist unzureichend, um politischen Rückhalt und breitere Unterstützung zu gewinnen.
- Trotz einer zeitweisen Aufstockung von Mitteln für Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung (bis 2009) ist der Ressortkreises nicht ausreichend mit Ressourcen und Kompetenzen ausgestattet. [29]

Die Plattform zivile Konfliktbearbeitung titelte ihre Stellungnahme zum dritten – und bislang letzten – Umsetzungsbericht mit der Frage „Stillschweigender Abschied vom Aktionsplan Zivile Krisenprävention?“ Es besteht jedoch die Hoffnung, dass das politische Interesse am Aktionsplan durch den 2010 eingerichteten Bundestag-Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ wieder gesteigert werden kann. 2012 legte der Unterausschuss eine Zwischenbilanz seiner Arbeit vor. Am Schluss des Berichts werden Empfehlungen formuliert, die einige Kritikpunkte an der bisherigen Umsetzung des Aktionsplans aufgreifen. Empfohlen wird z.B. “eine systematische Auswertung der Aktivitäten im Bereich der zivilen Krisenprävention und Konfliktarbeit … einschließlich einer wissenschaftlichen Evaluierung“ (Unterausschuss Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit 2012; vgl. auch Plattform Zivile Konfliktbearbeitung 2012). Winfried Nachtwei, Mitglied des Unterausschusses, resümiert: „Die Wirklichkeit der zivilen Konfliktbearbeitung bleibt weit hinter ihrem großen Anspruch zurück. Ihre Vielzahl von Akteuren und Maßnahmen sind kaum strategisch miteinander verbunden und in ihren Kapazitäten und Reichweiten sehr begrenzt. Nachweisliche Wirkungen beschränken sich oft auf lokale Kontexte und sind insgesamt schwer erkennbar. … Bemerkenswerterweise gehören inzwischen einsatzerfahrene Offiziere zu den stärkste Befürwortern ziviler Fähigkeiten der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung“ (Nachtwei 2013: 22, 25).

2.1.5 Unternehmerische Sozialverantwortung und Konflikttransformation

Ein neuer Schwerpunkt zu sicherheitspolitischen Strategien ist die Frage nach dem Potenzial der privaten Wirtschaft bezüglich der Prävention und Transformation von Konflikten. 2004 thematisierte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erstmals die mögliche Bedeutung der privaten Wirtschaft zur Förderung von Frieden. Zu den Ansätzen für die Förderung unternehmerischer Sozialverantwortung und die

[29] Vgl. dazu insbesondere: Weller 2007, Nachtwei 2010, Plattform zivile Konfliktbearbeitung/Forum Menschenrechte 2008, 2010, GKKE 2008, 2010.

Einbeziehung von Unternehmen in Konflikttransformation gehören insbesondere folgende internationale Initiativen:

- *Kimberley Process Certification Scheme*
- *Extractive Industries Transparency Initiative*
- *Voluntary Priciples on Security and Human Rights*
- OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen
- *Global Compact* der Vereinten Nationen
- *Guiding Principles on Business and Human Rights* der Vereinten Nationen

Das Vorhaben *Kimberly Process Certification Scheme* für Diamanten ist ein Beispiel für die Zertifizierung spezifischer Rohstoffe. Ende der 1990er Jahre machten Kampagnen verschiedener Nicht-Regierungsorganisationen wie *Global Witness*, Medico International und *Bonn International Center for Conversion* darauf aufmerksam, dass sich in afrikanischen Ländern, z.B. in Angola, Sierra Leone und der Demokratische Republik Kongo, Rebellenarmeen und Milizen mit dem Handel mit Rohdiamanten finanzierten (vgl. z.B. Global Witness 1998). Durch Kampagnen wie *Fatal Transaction* wurde politischer Druck aufgebaut, den Handel mit sogenannten Konflikt- oder Blutdiamanten zu beenden.[30] Der Kimberly Prozess entstand aus dem Dialog zwischen Regierungen, Unternehmen der Diamantenbranche und Organisationen der Zivilgesellschaft. Er trat 2003 offiziell in Kraft; Mitglieder sind Staaten oder regionale Zusammenschlüsse wie die Europäische Union. Die Mitgliedsstaaten müssen durch ein Zertifizierungssystem garantieren, dass es sich beim Export oder Import nicht um Diamanten aus Konfliktgebieten handelt. Mittlerweile sind im Kimberley Prozess 54 Mitglieder organisiert, die 80 Staaten repräsentieren, darunter die größten Diamanten Exporteure und Importeure. Nicht-Regierungsorganisationen haben einen Beobachterstatus.[31]

Die seit 2002 bestehende *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI) zielt auf eine größere finanzielle Transparenz in der Erdöl-, Gas- und Bergbauindustrie. Unternehmen sollen Zahlungen an Regierungen veröffentlichen; unabhängig davon sollen Regierung ihre Einnahmen offenlegen. Beide Berichte werden von unabhängigen Auditoren überprüft; die Ergebnisse werden veröffentlicht. Ziel ist, Korruption zu erschweren. Darüber hinaus soll die Offenlegung von Einnahmen, dazu beitragen, dass Bürgerinnen und Bürger Druck auf Regierungen ausüben können, mehr Mittel in Armutsreduzierung, soziale Entwicklung und Umweltbelange zu investieren. Mittlerweile haben sich 39 Rohstoff exportierende Länder EITI angeschlossen, 16 haben sich als Kandidaten beworben. Fast 80 der größten Unternehmen im Bereich Erdöl-, Gas- und Bergbau unterstützen den EITI-Prozess.

[30] Vgl. Archiv der Kampagne unter http://www.bicc.de/fataltransactions/.

[31] Vgl. Internetseiten von *Kimberly Process Certification Scheme* (http://www.kimberleyprocess.com/).

Mehr als 400 Nicht-Regierungsorganisationen partizipieren entweder direkt oder im Rahmen des Netzwerks *Publish What You Pay* – ein ebenfalls 2002 gegründeter internationaler Zusammenschluss von Nicht-Regierungsorganisationen.[32] Europäische Länder, Kanada, Australien und USA sowie Finanzorganisationen wie die Weltbank unterstützen EITI durch technische und finanzielle Zusammenarbeit.[33]

Die Initiative *Voluntary Principles on Security and Human Rights* wurde im Jahr 2000 etabliert und richtet sich an Unternehmen der Erdöl-, Gas- und Bergbauindustrie. Vor allem große Firmen, die in Konfliktgebieten oder Ländern mit fragiler Staatlichkeit tätig sind, beschäftigen private Sicherheitsfirmen. Die Anwendung der „Freiwilligen Grundsätze" soll gewährleisten, dass bei dem Schutz von Anlagen und Produktionsprozessen gleichzeitig Menschenrechte respektiert werden. Der Initiative haben sich Regierungen (z.B. USA, Großbritannien, Australien, Kanada, Niederlande, Norwegen und Schweiz), Unternehmen (darunter BP, Shell, Exxon Mobile), Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen (unter anderem *Amnesty International* und *Human Rights Watch*) angeschlossen. Ziel ist ein kontinuierlicher Dialog zu Sicherheit und Menschenrechten. Die Freiwilligen Grundsätze geben Anleitungen dazu, wie Unternehmen sich in Planung und Entscheidungsprozessen an internationale Menschenrechtsstandards orientieren können. Dazu gehören folgende Aktivitäten:

- Einschätzung der Risiken der Verletzung von Menschenrechten im Zusammenhang mit Sicherheitsdienstleistungen;
- Dialog mit staatlichen Sicherheitskräften und privaten Sicherheitsdiensten sowie mit der lokalen Bevölkerung im Produktionsgebiet;
- Institutionalisierung von Training in Menschenrechtsfragen für staatliche und private Sicherheitskräfte.

Die 2011 überarbeiteten *OECD-Leitsätze* für multinationale Unternehmen und die „zehn Prinzipien" des *Global Compact* zielen insbesondere auf die Achtung und den Schutz von Menschenrechten, die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards, Korruptionsbekämpfung und Umweltschutz. Die Leitsätze für multinationale Unternehmen sind ein (freiwilliger) Verhaltenskodex für Unternehmen, die in oder von den OECD-Staaten aus operieren; darüber hinaus sind 11 weitere Länder einbezogen (OECD 2011).[34] In die Überarbeitung der Leitsätze gingen Konsultationen mit Repräsentanten und Repräsentantinnen weiterer Regierungen, Unternehmen, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen und internationalen Organisationen ein. Der *Global Compact* der Vereinten Nationen wurde im Jahr 2000 offiziell etabliert und hat zum Ziel, Globalisierung sozial und ökologisch nachhaltig zu

[32] Vgl. Internetseiten von *Publish What You Pay* (http://www.publishwhatyoupay.org/).

[33] Vgl. Internetseiten von *Extractive Industries Transparency Initiative* (http://eiti.org/).

[34] Die Länder sind: Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Ägypten, Jordanien, Lettland, Litauen, Marokko, Peru, Rumänien und Tunesien.

gestalten. Mehrere VN-Organisationen sind daran beteiligt.[35] Mittlerweile hat der *Global Compact* mehr als 10.000 Mitglieder, darunter mehr als 7.000 Unternehmen in 145 Ländern. Angeschlossen haben sich auch Unternehmensverbände, Nicht-Regierungsorganisationen, Gewerkschaften, Städte und öffentliche Einrichtungen. Die teilnehmenden Institutionen, Organisationen und Unternehmen schließen sich zu nationalen Netzwerken zusammen. Mit der Mitgliedschaft erklären Unternehmen ihre Bereitschaft, soziale und ökologische Mindeststandards einzuhalten und jährliche Berichte zu „best practices" zu veröffentlichen.[36]

Die *Guiding Principles on Business and Human Rights* der Vereinten Nationen richten sich an alle Unternehmen, unabhängig von Größe, Sektor, Lokalität, Struktur und Besitzverhältnissen. Demnach sind Staaten dafür verantwortlich, dass Unternehmen bei ihrer Tätigkeit international vereinbarte Menschenrechtsabkommen respektieren. Unabhängig davon, sollen Unternehmen mit „besonderer Sorgfaltspflicht" geeignete Maßnahmen entwickeln, um Menschenrechtsverletzungen zu verhindern – das bezieht sich auf Schutz, Respekt und Wiedergutmachung („Protect, Respect and Remedy"). Angesprochen werden die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte sowie der Internationale Pakt überwirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Ziel ist eine sozial nachhaltige Globalisierung. Um die Diskussion weiter zu führen, wurden die Gremien – *Working Group on the Issue of Human Rights and Transnational Corporations and other Business Enterprises* und *Forum on Business and Human Rights* – eingerichtet (United Nations 2011).

Sowohl die OECD als auch der *Global Compact* und *die Guiding Principles* der Vereinten Nationen benennen zusätzliche Leitlinien und Prinzipien für unternehmerische Sozialverantwortung in "conflict affected" and „high risk areas". Dazu gehören nicht nur Länder und Regionen, in denen es Gewaltkonflikte gibt (zwischenstaatliche Kriege, Bürgerkriege, Aufstände oder andere Typen organisierter Gewalt), sondern auch Situationen, die politisch und sozial instabil sind und in denen ein zukünftiger Ausbruch von Gewalt möglich erscheint (UN Global Compact/PRI 2010). In Konflikt- und Risikoregionen sollen Unternehmen:

- die Wechselwirkungen zwischen Aktivitäten in ihrem Kerngeschäft und Konfliktdynamiken einschätzen und nach *do no harm*-Prinzipien arbeiten;
- auf Beschwerden und Dispute aktiv und konstruktiv eingehen und Streitschlichtungsmechanismen etablieren;
- in Situationen mit Spannungen innerhalb und zwischen Gruppen gegenüber der Bevölkerung einen inklusiven Ansatz vertreten;

[35] Dazu gehören: *Office of the High Commissioner for Human Rights*, *International Labour Organization*, *United Nations Environment Programme*, *United Nations Office on Drugs and Crime, United Nations Development Programme*, *United Nations Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women*.

[36] Vgl. Internetseiten des *Global Compact* (http://www.unglobalcompact.org/).

- mit Partizipation der lokalen Bevölkerung strategische soziale Investitionen leisten (UN Global Compact/PRI 2010: 10-26).

Sowohl die OECD als auch der *Global Compact* betonen die Sorgfaltspflicht (*due dilligence*) bezüglich „konfliktfreier" Wertschöpfungsketten. Unternehmen sollen Monitoring-Systeme für ihre Zulieferketten einrichten um sicherzustellen, dass sie durch den Kauf von Gütern oder Ressourcen keine bewaffneten Akteure unterstützen (UN Global Compact/PRI 2010: 14, OECD 2011, 2013).

Potenziale und Grenzen

Entgegen der Devise „the business of business is business" werden in den dargestellten Initiativen neue Formen von Unternehmensethik verhandelt – und ebenso die Beziehungen zwischen Staat, Unternehmen und Zivilgesellschaft. Z.B. bieten in afrikanischen Ländern Ansätze wie EITI eine Plattform, um Verteilungsprobleme und mögliche Reformen im Rohstoffsektor zu thematisieren. Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen gaben darüber hinaus an, dass sich ihre politischen Handlungsspielräume durch die Unterstützung internationaler Netzwerke wie *Publish What You Pay* insgesamt vergrößert haben (Feldt/Müller 2011). Inwieweit Unternehmen zur Transformation von Gewalt beitragen können, ist unter anderem davon abhängig, ob sie mit ihrem Kerngeschäft selber Teil des Konflikts sind – z.B. dadurch, dass die lokale Bevölkerung den mit Regierungsvertretern ausgehandelten Verträgen und Konzessionen nicht zustimmt; selbst wenn sie formal legal sind, verstoßen sie in vielen Fällen gegen traditionelle Landnutzungs- und Zugangsrechte.

Der Kimberly Prozess trug dazu bei, Konfliktdiamanten aus internationalen Märkten auszuschließen. Die Regierungen der Exportländer profitierten von Einnahmen aus den offiziellen Exporten, den Einnahmen für Lizenzen und aus Steuern. Nicht-Regierungsorganisationen wie Medico International oder *Global Witness*, die maßgeblich an der Entstehung des Zertifizierungssystems mitgewirkt haben, betrachten den Kimberley Prozess jedoch mittlerweile als unzureichend. *Global Witness* – seit 2003 offizieller Beobachter – beendete im Dezember 2011 die Mitarbeit. Zu den Gründen gehörte, dass die Suspendierung Zimbabwes aufgehoben wurde. Die Armee von Zimbabwe errang 2008 die Kontrolle über die *Marange Diamond Fields* und tötete ca. 200 Arbeiter. In der Folge wurden Konzessionen für den Abbau unter legal zweifelhaften Umständen an Unternehmen vergeben, die mit leitenden Personen aus der Partei von Mugabe – der *Zimbabwe African National Union* – verbunden waren. 2009 schlossen deshalb die anderen Mitglieder des Kimberley Prozesses Diamanten aus dem *Marange*-Gebiet aus dem Zertifizierungssystem aus; 2011 wurde der Handel jedoch wieder zugelassen. Nicht-Regierungsorganisationen wie *Global Witness* und Medico International halten Reformen des Kimberley Prozesses für erforderlich. Ein Kritikpunkt ist, dass die Definition von „Konfliktdiamanten" zu kurz greift, da sie auf Diamanten beschränkt ist, die von illegitimen Rebellengruppen und Milizen gehandelt werden. Es wird

gefordert, dass auch Menschenrechtsverletzungen, die von Regierungen ausgehen und Nichteinhaltung von Mindeststandards bezüglich der Arbeitsbedingungen in den Minen in die Definition einbezogen werden.[37]

Es gibt nur wenige (unabhängige) Studien zu den Wirkungen der Anwendung der *Voluntary Principles on Security and Human Rights*. Bei Untersuchungen in der Demokratischen Republik Kongo und in Nigeria war das Ergebnis, dass hinter Sicherheitsproblemen der Unternehmen ein grundsätzlicher Interessenskonflikt steht, der sich durch Training von und Kommunikation mit Sicherheitspersonal kaum lösen lässt. Für die Sicherheitsmanager von *AngloGold Ashanti* und *Anvil Mining*, die in der Demokratischen Republik Kongo Gold und Kupfer fördern, war z.B. „illegales Schürfen" auf dem Firmengelände ein Hauptproblem. Dagegen halten die mehr als 100.000 kleingewerblichen Schürfer der Region die in der Hauptstadt ausgestellten Konzessionen für illegitim und sie fordern das Recht, „ihre" Ressourcen zu nutzen (Börzel/Hönke 2011, EarthRights International/The Centre for Environment, Human Rights and Development 2013).

Die OECD-Leitlinien und *Global Compact* geben Handlungsorientierungen und Normen zur Wahrung von Menschenrechten, Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards, Korruptionsbekämpfung und zivile Konfliktbearbeitung vor. Sie sind jedoch nicht rechtsverbindlich, bei Verstößen sind außer „Naming and Shaming" keine Sanktionen vorgesehen. KritikerInnen sehen die Gefahr, dass die Mitgliedschaft in den genannten Initiativen zu einem neuen Marketing-Instrument wird, ohne dass es zu nennenswerten Veränderungen in der Unternehmenspolitik kommt – in Bezug auf den *Global Compact* in Anspielung an die blaue Farbe im Logo der Vereinten Nationen auch als „bluewashing" bezeichnet. Der *Global Compact* ist in erster Linie ein Dialogforum. Es ist anzunehmen, dass es eine Kluft zwischen verbalen Zugeständnissen und Handeln gibt; es bleibt offen wie viele den in den Jahresberichten vorgestellten besten Beispielen für unternehmerische Sozialverantwortung „bad" und „worst practices" gegenüberstehen. Bei Initiativen wie EITI geben Unternehmen und Regierungen zum Teil unvollständige oder zusammengefasste Daten heraus, die wenig aussagekräftig sind (Feldt/Müller 2011: 4-5). Insgesamt fordern deshalb Kritiker und Kritikerinnen in Bezug auf alle Initiativen ein kontinuierliches Monitoring und eine unabhängige Überprüfung der Aktivitäten von Unternehmen. Um Korruption und Menschenrechtsverletzungen wirksamer vorzubeugen, setzen sich Organisationen wie *Publish What You Pay* darüber hinaus mittlerweile für die Veröffentlichung aller Verträge und Lizenzen zwischen Staat und Unternehmen im Öl-, Gas- und Bergbausektor ein.

Bei Verstößen gegen die OECD-Leitlinien gibt es einen Beschwerdemechanismus. Die teilnehmenden Staaten richten nationale Kontaktstellen ein, die die Umsetzung der Leitlinien fördern sollen und bei denen – sowohl Einzelpersonen als auch

[37] Vgl. Internetseiten von Medico International (http://www.medico.de/) und *Global Witness* (http://www.globalwitness.org/).

Organisationen – Beschwerden gegen Unternehmen vorgetragen können. Die Kontaktstelle prüft die Vorwürfe und setzt Mediatoren zur Vermittlung ein. Aber auch in Fällen von schwersten Menschenrechtverletzungen müssen Unternehmen nicht mit ernsthaften Konsequenzen rechnen. Falls die Mediation scheitert, wird lediglich in einem Schlussbericht veröffentlicht, dass das Unternehmen gegen die OECD-Leitsätze verstoßen hat (OECD 2011: 78ff, OECD Watch 2013).

Ein Erfolg bisheriger Kampagnen und Initiativen ist auf jeden Fall, dass Forderungen in Gesetzestexte integriert wurden. Bereits 2010 wurde in den USA der *Dodd-Frank Act* – mit vollem Namen *Dodd-Frank Wall Street Financial Reform and Consumer Act* – als neues Gesetz erlassen und Mitte 2012 von der amerikanischen Börsenaufsicht (*Security and Exchange Commission*) verabschiedet. Nach Artikel 1504 müssen Unternehmen der Erdöl-, Gas- und Bergbauindustrie sämtliche Zahlungen, die sie im Rahmen ihrer Geschäfte leisten, offenlegen. Das betrifft Steuern, Förderabgaben, Lizenzgebühren, Infrastrukturausgaben für jedes Land und für jedes Projekt. Das gilt nicht nur für amerikanische Unternehmen, sondern für alle, die an amerikanischen Börsen notiert sind also z.B. auch europäische Firmen wie Shell oder BP. Darüber hinaus befasst sich Artikel 1502 des *Dodd-Frank Act* mit dem Abbau und Handel von Konfliktressourcen wie Koltan, Gold, Wolfram und anderen Rohstoffen in der Demokratischen Republik Kongo und den angrenzenden Ländern. Demnach sollen US-börsennotierte Unternehmen jährlich darüber Auskunft geben, ob sie Rohstoffe aus diesen Gebieten verwenden – z.B. in Elektrogeräten wie Mobiltelefone oder Computer. Wenn ja, müssen sie „mit besonderer Sorgfalt“ nachweisen, dass sie nicht aus Konfliktgebieten stammen. Damit soll verhindert werden, dass Gewaltkonflikte weiterhin mit Einkünften aus dem Rohstoffsektor finanziert werden. Bei Nichtbefolgung müssten die Firmen nicht nur mit negativer Berichterstattung sondern auch mit Strafen rechnen (vgl. Lauster/Mildner/Wodni 2010, Hütz-Adams 2013).

2.1.6 Strategische gewaltfreie Aktion

Die Proteste, die als „Arabischer Frühling“ bezeichnet wurden, und von breiten Teilen der Zivilgesellschaft getragen wurden, erhöhten das Interesse an dem Konzept der strategischen gewaltfreien Aktion – auch gewaltfreier Widerstand oder gewaltfreier Konflikt genannt.[38] Der Ansatz geht maßgeblich auf Gene Sharp zurück. Sharp ist emeritierter Professor für politische Wissenschaften; vor allem seine frühen Arbeiten waren von den Lehren und politischen Aktionen von Mahatma Gandhi geprägt. 1983 gründete Sharp die *Albert Einstein Institution*, eine kleine Nicht-Regierungsorganisation in Boston, die sich zum Ziel setzt, weltweit Studien zu strategischer gewaltfreier Aktion und ihre Anwendung in Konflikten zu fördern.[39] Sein wohl bekanntestes Buch „From Dictatorship to Democracy: A Conceptual Framework for Liberation“ wurde mittlerweile in mehr als 30 Sprachen übersetzt (Sharp 1993,

[38] Zur Einschätzung des sogenannten Arabischen Frühling vgl. z.B. Baumann2013.
[39] Vgl. Internetseite der *Albert Einstein Institution* (http://www.aeinstein.org/).

deutsche Übersetzung 2008). 2012 erhielt Sharp für seine Arbeiten den sogenannten alternativen Nobelpreis (*Right Livelihood Award*).

Das „Konzept der Befreiung“ ist eine Strategie zum Sturz von Diktaturen, der Verteidigung von Ländern gegen Besatzungen sowie allgemein zur Durchsetzung oder zum Erhalt von politischen, ökonomischen und sozialen Rechten. Eine Besonderheit des Ansatzes ist, dass das Prinzip der Gewaltfreiheit nicht religiös oder ethisch begründet wird, sondern damit, dass gewaltfreie Aktionen in vielen Fällen wirksamer sind als bewaffneter Widerstand. Nach Sharp entscheidet man sich, “wenn man auf gewaltsame Mittel vertraut … genau für die Art von Kampf, bei der die Unterdrücker so gut wie immer überlegen sind” (Sharp 1993: 16-17). Widerstandsbewegungen sollen vielmehr an den “Schwachstellen von Diktaturen“ ansetzen. Dazu gehört, dass auch autoritäre Regime auf die Zusammenarbeit, der Unterordnung und dem Gehorsam der Bevölkerung angewiesen sind (Sharp 1993: 43-45). Bereits in seinem 1973 erschienenen Buch „The Politics of Nonviolent Action“ nannte Sharp insgesamt 198 Methoden des gewaltfreien Widerstandes, z.B.:

- öffentliche Proteste durch Kundgebungen, Protestmärsche, Mahnwachen, Plakate, das Tragen von Symbolen, die Aufführung von Sketchen und Satire;
- Verweigerung von Zusammenarbeit auf sozialer, wirtschaftlicher und politischer Ebene wie Aussetzung gesellschaftlicher und sportlicher Aktivitäten, Verbraucherboykotte und Streiks, „Krankfeiern“, ziviler Ungehorsam gegenüber „illegitimen“ Gesetzen;
- Interventionen wie gezielte Überlastung der Verwaltungssysteme, die Besetzung von Gebäuden, Aufbau alternativer gesellschaftlicher Institutionen (zit. nach Sharp 1993: 101-108):

Sharp betont die Bedeutung einer breitangelegten, langfristigen strategischen Planung für den Erfolg von Widerstandsbewegungen. Eine umfassende „große Strategie“ soll dazu dienen, geeignete und verfügbare Ressourcen sowie die vielfältigen Methoden des gewaltfreien Widerstands – z.B. Streiks und Boykotte – möglichst effektiv einzusetzen Darüber hinaus soll festgelegt werden, welche Unterstützung von außen – z.B. durch Nicht-Regierungsorganisationen, Regierungen und/oder die Vereinten Nationen wünschenswert ist (Sharp 1993: 60ff). Das Ziel ist, Diktaturen mit wenig Todesopfern und anderen Verlusten zu zersetzen und zu verhindern, dass sich neue autoritäre Regime entwickeln. Explizit vergleicht Sharp strategische gewaltfreie Aktionen mit militärischen Vorgehensweisen:

„So wie Offiziere über Truppenstrukturen, Taktik, Logistik, Munitionierung, die Bedeutung der Geographie und ähnliches Bescheid wissen müssen, um eine militärische Strategie zu entwerfen, müssen Planer des politischen Widerstands das Wesen und die strategischen Prinzipien des gewaltlosen Kampfes begriffen haben“ (Sharp 1993: 71).

Mittlerweile bieten weitere Nicht-Regierungsorganisationen weltweit Workshops, Training und auch Seminare an verschiedenen Universitäten zum Thema strategische gewaltfreie Aktion an. Beispiele dafür sind *Centre for Applied NonViolent Action and Strategies* (CANVAS) in Belgrad und *International Center on Nonviolent Conflict* (ICNC) in Washington.[40] CANVAS wurde 2004 von Slobodan Djinovic und Srdja Popovic gegründet, ehemals zwei führende Mitglieder von *Otpor!* (Serbien für den Widerstand!), eine Organisation von Studierenden, die mit einer Vielzahl von gewaltfreien Aktionen wie Graffiti an Häuserwänden, Demonstrationen und Konzerten zum Widerstand gegen Slobodan Milosevic aufriefen und zu seiner Ablösung im Jahr 2000 beitrugen. Aufbauend auf den Arbeiten von Sharp, den Erfahrungen von *Otpor!* und anderen Widerstandsbewegungen geben Popovic et al. in ihrem Buch „Nonviolent Struggle. 50 Crucial Points" Hinweise zu Strategieentwicklung und Planung, zur Analyse von Stärken und Schwächen von Organisationen sowie zu Fundraising und dem Management von Zeit und Ressourcen (Popovic et al. 2006). Mit Hilfe eines Computerspiels „A Force More Powerful" können einzelne Schritte der Mobilisierung simuliert werden. Während Sharp Strategien in Analogie zu militärischem Vorgehen entwickelt, erinnern die „50 wichtigen Punkte" des gewaltfreien Kampfes von CANVAS eher an zeitgenössische Organisationsberatung und Marketing-Strategien.

Zu den Anliegen des seit 2002 bestehenden ICNC gehört, Erfolge strategischer gewaltfreier Aktionen bekannter zu machen. In der ICNC Online-Bibliothek gibt es eine Anzahl von Studien zu Wirkungen gewaltfreier Aktionen. Z.B. untersuchen Erica Chenoweth und Maria Stephan (2008, 2011) mehr als 300 – bewaffnete und unbewaffnete – Aufstände, Unabhängigkeits- und Sezessionskämpfe zwischen 1900 und 2006. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass gewaltfreie Aktionen in vielen Fällen erfolgreicher dabei waren, die gesetzten politischen Ziele zu erreichen. Gründe dafür sind, dass sich mehr Menschen und heterogen zusammengesetzte Gruppen beteiligen und größere Möglichkeiten für Aktions- und Taktikwechsel bestehen; bei den Auseinandersetzungen kam es zudem zu weniger Todesopfern und nach einem Regimewechsel war der Übergang zu demokratischen Regeln wahrscheinlicher.[41]

Inwieweit Konzepte der gewaltfreien Aktion in den letzten Jahren Oppositionsbewegungen und Auseinandersetzungsprozesse in Osteuropa, der Kaukasusregion (Georgien, Ukraine) oder den Ländern des sogenannten „arabischen Frühlings" beeinflusst haben, ist umstritten. Ebenso strittig ist, welche Entwicklungsdynamiken damit letztendlich ausgelöst werden und wer davon profitiert. Die *Albert Einstein Institution* sowie CANVAS und ICNC wurden beschuldigt, sie würden mit der *Central Intelligence Agency* (CIA) zusammenarbeiten und als „Revolutionsberater" dazu beitragen, missliebige Regierungen zu destabilisieren und außenpolitische und wirtschaftliche Interessen der USA zu unterstützen. Bereits 2008

[40] Vgl. die Internetseiten von CANVAS (http://www.canvasopedia.org/) und ICNC (http://www.nonviolent-conflict.org/).
[41] Zur Diskussion in der BRD vgl. auch die zahlreichen Arbeiten von Theodor Ebert.

sprachen sich jedoch mehr als 100 namhafte WissenschaftlerInnen und FriedensaktivistInnen in einem offenen Brief gegen derartige Verschwörungstheorien aus (Zunes 2008). Unbestritten ist, dass US-amerikanische Institutionen wie *National Endowment for Democracy* oder *International Republican Institute* und auch die George Soros Stiftung *Open Society Institute* Organisationen wie *Otpor!* und auch oppositionelle Gruppen in anderen Ländern finanziell unterstützt haben. Die Vorstellung, dass die CIA damit Revolutionen „kauft“ bzw. sie auslöst, erscheint trotzdem als eher bizarr. Was feststeht ist, dass es in den Workshops und Trainings sowie Veröffentlichungen der *Einstein Institution*, von CANVAS und ICNC um die Geschichte und Dynamiken gewaltfreier Strategien geht sowie um Methoden, die im Rahmen von Veränderungsprozessen universell eingesetzt werden können, z.B. durchaus auch gegen Regierungen oder Maßnahmen – wie wirtschaftliche Liberalisierung – die von den USA unterstützt werden.

2.1.7 Zivile Krisenprävention als Übersetzungsleistung

Wir haben in der bisherigen Betrachtung den Schwerpunkt auf die normative Seite der zivilen Krisenprävention und deren programmatische und institutionelle Einbettung gelegt. Dabei wurde zunächst ausgelassen, welche Übersetzungsleistungen zu erbringen sind, um normative Vorstellungen in angewandte Praxisfelder einzubringen. Darüber kann auch der bereits erfolgte Hinweis auf existierende "Instrumentenkästen" nicht hinwegtäuschen.

Der Begriff der "Übersetzung" ist hier sowohl in einem technischen wie in einem semantischen Verhältnis zu verstehen. Dabei geht es zunächst um die Verbindung von Ebenen. Die normative Ebene, die Welt der Ideen, muss mit einer institutionellen Ebene, der technischen und pragmatischen Umsetzung und Übersetzung verbunden werden. Die dritte Ebene ist das lokale Einsatzfeld. Grundproblem in allen entwicklungspolitischen Zusammenhängen ist ein asymmetrisches Geber-Nehmer-Verhältnis. Das gilt auch für den Einbezug der lokalen Ebene in die Ideenwelt und Praktiken der zivilen Krisenprävention. Grundsätzlich müssen Übersetzungsleistungen hier zum Zusammenhang eines mehrschichtigen und heterogenen Feldes von Institutionen, Akteuren und Interessen beitragen. Der gemeinsame Bezug auf "Sicherheit" entspricht einer gemeinschaftsorientierten Rhetorik, die eine "gemeinsame Sicht auf Dinge", gemeinsame Wissensbestände und vor allem verlässliche "Gegenseitigkeitskodierungen" versprechen (Rottenburg 2002: 217ff). In der Praxis lässt sich diese Problematik gegenwärtig in der Diskussion um "holistische" Perspektiven auf Sicherheit und zivil-militärische Zusammenarbeit beobachten. Konzepte des vergangenen Jahrzehnts (*comprehensive approach*, *whole-of-government*, *develoment, diplomacy and defense* (3-D), vernetzte Sicherheit) werden zunehmend durch Ideen von Diversitäts- und

Heterogenitätsmanagment ergänzt.[42] Übersetzung ist Teil von Heterogenitätsmanagement.

Zum anderen geht es im spezifischen Fall der "zivilen Krisenprävention" ergänzend darum, dass die Definition des "Zivilen" in unterschiedlichen gesellschaftlich-kulturellen Kontexten unterschiedlich ausfällt. Die Entdeckung von "civilian security", als Teil der "soft power" nationaler Politik, die seit einigen Jahren in den USA zu beobachten ist, geschieht vor dem Hintergrund einer lange praktizierten selbstverständlichen Einbindung ziviler entwicklungspolitischer Praktiken in die militärische Strategie von Aufstandsbekämpfung (*counterinsurgency*; COIN) im Irak und in Afghanistan (Schirch 2012). Die emphatische Selbstverständlichkeit, mit der zivile Praktiken innerhalb von COIN als Potenzial für die Schaffung von "human security" gewertet wurden, so die Juristin Sarah Sewall im Vorwort zur Verlagsfassung der militärischen COIN-Doktrin FM 3-24 (Sewall 2007), hat es im deutschen Kontext nicht gegeben, auch wenn es auf der pragmatischen Ebene (in Afghanistan) zahlreiche Anpassungen an die britische und die US-amerikanische Praxis des zivil-militärischen Handelns gegeben hat. Pragmatische Akteure der anglo-amerikanischen Erneuerung ziviler Krisenprävention pflegen eine selbstverständliche Nähe zur Verfeinerung zivil-militärischer Einsatzpraktiken (Schirch 2013). Unter diesen Bedingungen verschiebt sich das "Zivile" und die "soft power" in Richtung von Praktiken, die im Feld technischer Anwendungen als "dual use", als Möglichkeit ziviler und militärischer Anwendungen, bekannt sind.

Eine sehr wichtige Form der Übersetzungsleistung besteht in der Kommunikation mit den lokalen Zusammenhängen und Akteuren. Darüber geht es nicht nur um die Übersetzung unserer Konzepte und Praktiken, sondern auch um Verständnis und Übersetzung des lokalen Vernakulars von Frieden, Sicherheit, Risiko, Konflikt und Krise. Unter dem Eindruck des Fehlschlags von Großprojekten des Staatsaufbaus (siehe Afghanistan) wurden und werden teilweise absurd hohe Erwartungen in lokale Handlungszusammenhänge der friedlichen und zivilen Konfliktregelung gesetzt (Schirch 2013). Diese Erwartungen stehen meist in keinem Verhältnis zu dem Wissen, dass Interventionsakteuren tatsächlich zur Verfügung steht. Anstelle von konkretem Wissen über lokale Kontexte tritt dann das, was Tobias Denskus als den "Nichtort" des zivilen "peacebuilding" bezeichnet hat: die Versteifung auf abstrakte Instrumente aus dem Handwerkskasten der zivilen Krisenprävention, die scheinbar universell einsetzbar sind (Denskus 2010). Hier hat es im Verlauf des Projektablaufs durchaus spürbare Veränderungen gegeben. Aktuelle, "systemische" Herangehensweisen an zivile Krisenprävention betonen Kontext, sind akteurszentriert und dynamisch, lehnen lineare Herangehensweisen ab, beziehen Querverbindungen von Faktoren und Zufall ein und fordern unterschiedliche Perspektiven auf den Konfliktgegenstand. In gewisser Weise ist Heterogenitätsmanagement dort bereits eingebaut. Es sind aber gleichzeitig bereits

[42] Heterogenitätsmanagement war das große Thema der zweiten Bundeswehrtagung zu "Coping with Culture", CIMIC Centre of Excellence, Enschede, 29.-31.10.2012.

Produkte eines "dual use", die in den USA offen ihre zivil-militärische Dimension zeigen, während dies in Deutschland nur erahnt werden kann. Ein Beispiel ist die unterschiedliche Präsentation des US-amerikanischen *Interagency Conflict Assessment Framework* (ICAF), das hierzulande neutral als "systemischer Ansatz" präsentiert wird.[43]

Als ziviles Projekt stellt die Herstellung von Wissen über lokale Zusammenhänge präventiven Handelns eine enorme Herausforderung dar. Beobachtungszeiträume müssen auf lange Dauer eingestellt sein. Ein modellhaftes Beispiel, wie die Darstellung des Transformationsprozesses eines durch Fehden und Gewaltspiralen geprägten gesellschaftlichen Zusammenhanges in Südwestäthiopien gelingt, hat 20 Jahre ethnographische Feldbeobachtung im Gepäck (Gabbert 2012). Im Kontrast gegenüber dem, was in der gleichen Region unter dem Banner von ziviler Krisenprävention als regionales Frühwarnsystem für Krisen (CEWARN) ausgebaut wurde, werden dann auch Lücken und Widersprüche zwischen Sicherheitskonzepten deutlich. Der Blick auf trennende und verbindende Faktoren, der Mary Andersons Konzept des "do no harm" prägt, wurde ethnographisch im Südsudan durch Max Gluckmans Betrachtung von konfliktmildernden Allianzen, die Individuen innerhalb konfliktierender Gruppen, quer zu Gruppengrenzen miteinander verband, vorweggenommen (Gluckman 1956). Die Suche nach "cross-cutting-ties" zwischen verfeindeten Gruppen gehört bis heute zu den Standards ziviler Krisenprävention. Es ist kein Zufall, dass Francis Mading Deng, der in den 1990er Jahren "governance" als "Konfliktmanagement" mit definierte, im Milieu der "cross-cutting-ties" des Südsudans seine Jugend erlebte (Deng et al. 1996). Wenn auf der anderen Seite heute der äthiopische Staat, mit Hilfe von *Conflict Early Warning and Response Mechanism* (CEWARN) und finanziert durch entwicklungspolitische Mittel der zivilen Krisenprävention, zum obersten Manager ethnischer Konflikte erhoben wird, dann liegt eine Übersetzungsleistung vor, die das genaue Gegenteil von "do no harm" enthält. Abstrakte wandernde Modelle der zivilen Krisenprävention enthalten auch das Potenzial widersprüchlicher Aneignung (Zitelmann 2008).

Varianten des "Zivilen"

Kategorische und moralische Trennlinien zwischen "zivil" und "militärisch" fallen in einzelnen Gesellschaften unterschiedlich aus, und sie verändern sich auch. Varianten und Veränderungen des "Zivilen" sollen am Beispiel unterschiedlicher Problemlagen, die unmittelbaren Einfluss auf die inhaltliche Füllung von "ziviler Krisenprävention" haben, kurz am Vergleich zwischen Vereinigten Staaten und Deutschland skizziert werden.

[43] Vgl. die unterschiedlichen Perspektiven auf den gleichen Gegenstand: Irmer 2010, Ricigliano 2011, 2012, Wilson 2012, Denskus 2012.

"Civilian Security" in den USA

"'Civilian Security' is a new term within the State Department lexicon" (Schirch 2012: 13-14). Mit dieser Aussage wurde im Frühjahr 2012 die Umbenennung eines Sub-Sekretariats des US-amerikanischen Außenministeriums von "Undersecretary of State for Democacry and Global Affairs" in "Under Secretary for Civilian Security, Democracy, and Human Rights" kommentiert. Die formale Zielsetzung der Abteilung für "zivile Sicherheit" besteht in der Verbindung von individueller Schutzwürdigkeit mit der Schaffung "gerechter Gesellschaft". Diese zeichnet sich normativ durch individuelle Rechte, Sicherheit, Stabilität, und Rechtsstaatlichkeit aus. Zugehörig zur neuen Abteilung sind die Büros für:

- "Population, Refugees, and Migration",
- "Democracy, Human Rights and Labor",
- "Counterterrorism",
- "Conflict and Stabilization Operations",
- "International Narcotics and Law Enforcement",
- "Office of Global Criminal Justice",
- "Office to Monitor and Counter Trafficking in Persons".

Zusammengefasst: Unter dem "Under Secretary for Civilian Security, Democracy, and Human Rights" werden außer- und unterhalb einer militärischen Einsatzebene im Wesentlichen die Gefahren zusammengefasst, die den USA und "uns", im Sinne eines "globalen Nordens", aus globalen fragilen Kontexten drohen könnten. Gegenwärtig (August 2013) ist für die zweite Amtsperiode Präsident Obamas die aussichtsreichste Bewerberin für den Posten des *Undersecretary* die Juristin Sarah Sewall (The White House 2013). Noch im Jahre 2006 vereinbarte Sewall "menschliche Sicherheit" und *counterinsurgency* (COIN) miteinander.

Man kann diese institutionelle Erneuerung im Kontext von machtpolitischen Verschiebungen zwischen und innerhalb ziviler und militärischer Akteure betrachten, die in der ersten Regierungsphase der Präsidentschaft von Barak Obama einsetzten. Im Windschatten der Überlagerung "ziviler Macht" unter den Bedingungen von COIN im Irak und in Afghanistan formierte sich in den USA gegen Ende der letzten Dekade eine Denkrichtung, die eine Aufwertung ziviler Außenpolitik insgesamt und der Entwicklungszusammenarbeit im Besonderen, vertreten durch die Entwicklungsbehörde *United States Agency for International Development* (USAID), verlangte. Gleichzeitig erlaubte der Misserfolg von COIN in Afghanistan, der im Jahre 2011 deutlich sichtbar wurde, innermilitärischen Kritikern, die sich nie mit dem direkten Einbau "sanfter Macht" in militärische Strategien arrangiert hatten, eine Neuformierung von Positionen und Allianzen. Unter "sanfter Macht" (*soft power*) wird hier, in Anknüpfung an Joseph Nye, das Potenzial definiert, mit dem Macht ko-optiv,

durch Attraktion (kulturell, ideologisch) und institutionelle Einbindung und nicht durch direkten Zwang ausgeübt wird (Nye jr 1990).

Der "sanften Macht" wird jetzt eine Neuformierung unter dem Schlagwort "civilian security" und der Dominanz des *State Department* ermöglicht, während die militärische Macht sich auf ihre im engeren Sinne "kinetischen" Grundlagen, der mechanischen Durchschlagskraft der Waffen (einschließlich Tötung via Drohnen), bezieht. Militärstrategisch geht damit ein Prioritätswandel von COIN zum Einsatz der *Special Operation Forces* (SOF) einher, mit dem eine eigene Philosophie der Sinnhaftigkeit ziviler Einsatzmittel verbunden ist. Es lohnt sich, die Nuancen genauer zu betrachten, über die das "Zivile" in diesem Kontext auf militärische Akteure bezogen wird. Auch unter den militärischen Akteuren hat es eine nuancierte Veränderung gegeben. Die COIN-Doktrin, in deren Rahmen sozio-kulturelles Wissen und humanitäre/ entwicklungspolitische Anwendungsbereiche per Doktrin in militärisches Handeln eingeflossen sind, ist einem eher konventionellen Blick auf das militärische Kernpotenzial der organisierten Gewalt und des "kinetischen" Handelns gewichen, das speziell durch SOF repräsentiert wird.[44]

COIN wird gegenwärtig durch SOF und deren strategische Direktive *Special Operations Command* – "SOCOM 2020" – modifiziert (USSOCOM 2013). Beide Ansätze teilen die Sicht auf eine Bedrohungslage, die durch asymmetrische Konflikte, ausgehend aus dem "globalen Süden" gekennzeichnet ist, in denen traditionelle Sozialstrukturen als "dunkle Netzwerke" verdeckte und bedrohliche Organisationsstrukturen der "bad actors" stützen. In einem sozial-technologischen Ansatz der Gewinnung von "Herzen und Köpfen" ging die COIN-Doktrin im Rahmen der Sequenz "aufräumen, sichern, aufbauen" (*clear, hold, build*) davon aus, dass massenhafte zivile Hilfe (die "civilian surge", das "Liefern" in der Befriedigung von Grundbedürfnissen nach Sicherheit, Nahrung, Gesundheit, Bildung, Infrastruktur) in instabilen Zusammenhängen rasche Veränderungen herbeiführt. Im COIN-Handbuch FM 3-24 wurde daraus eine Doktrin des Einbaus von Kultur, sozio-kultureller Nachrichtengewinnung, humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit in die zivil-militärische Aufstandsbekämpfung (U.S. Army 2007). Die mit SOF verbundene alternative Position entwickelt an dieser Stelle skeptische Überlegungen zum Automatismus von "Liefern" und Stabilität, die dem zivilen Handeln im Kriegsgeschehen eine relativierte Bedeutung zuweist. Eine Vertreterin dieser Position ist die Anthropologin Anna Simons, Professorin für strategische Studien an der *Naval Graduate School* in Monterey (Kalifornien). Aus Simons Sicht haben die mit potentiell bedrohlichen tradierten Sozialstrukturen verbundenen Werte und Verhaltensorientierungen einen grundsätzlich nachhaltigen und resilienten Charakter, der nicht über eine Oberfläche transaktionaler Lieferbeziehungen erreicht und verändert werden kann. Nicht die Gewinnung von "Herzen und Köpfen" sei kriegsentscheidend, sondern die Erfahrung von "Schock und Grauen" (*shock and awe*), die alleine zu grundsätzlichen Verhaltensveränderungen auf der habituellen

[44] In diesen Abschnitt fließen Überlegungen aus einem Vortrag ein; siehe Zitelmann 2013a.

und wertebezogenen Ebene führen würde. "Harte Macht" und direkter Zwang, effektive Gewaltausübung, die "kinetische" Seite des Militärs, sind aus Simons Perspektive daher weiterhin zentrale Instrumente (Simons 2011, 2012, 2013). Dies schließt den taktischen Einsatz anderer Mittel nicht aus, aber relativiert diese verglichen mit dem Annahmenkatalog von COIN. In diesem relativierten Rahmen haben partnerschaftliche "interagency" Beziehungen mit humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit ihren Platz, denen die "transaktionale" Ebene des Lieferns überlassen wird. Hat dies nicht die notwendige "präventive" Wirkung, stehen "Schock und Grauen" im Rahmen weltweit vernetzter SOF-Einheiten bereit. Diese Position hat noch nicht der Grad einer "Doktrin" erreicht, aber die Absicht ist erkennbar.

Auf einer im Juni 2013 abgehaltenen Tagung zur Zukunft des vernetzten Einsatzkonzeptes der *Special Operation Forces* haben sich Beth Cole, Koordinatorin für zivil-militärische Zusammenarbeit bei USAID, und Sarah Sewall zur Zukunft zivil-militärischer Zusammenarbeit im Präventionshandeln der USA geäußert. Cole baut auf dem Erfahrungsstand der Partnerschaft im Irak und in Afghanistan auf. Gemeinsame Lagebeurteilung, Planung und gemeinsames Training sind für USAID Programm in der Unterstützung der weltweiten Stationierung von SOF-Einheiten (Simons 2011, 2012, 2013). Dagegen betont Sewall ausdrücklich das grundsätzliche Entscheidungsprimat ziviler Politik, sie plädiert für autonome Handlungsspielräume humanitärer Hilfe, unabhängig von transaktionalen Erwartungen, und sie stellt die Bedeutung der bisherigen Erfahrungen im Interventionshandeln in Frage. Aus ihrer Sicht existiert zu wenig sicheres Wissen über Wirkungszusammenhänge. Eine partnerschaftliche *theory of change* ließe sich auf dieser Grundlage nicht erstellen Sewall 2013). In der zukünftigen Beurteilung von Vorschlägen zur "zivilen Krisenprävention" aus den USA sollten diese Positionsvarianten beachtet werden.

Ambiguitäten der "zivilen Krisenprävention" in Deutschland.

Anders als in den USA war die deutsche Diskussion zur "zivilen Krisenprävention", als Teil der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, seit Ende der 1990er Jahre in der Öffentlichkeit und unter Aktivisten stark durch die kategorische Trennung zwischen "Militär" und "Zivilem", und die damit verbundene moralische Trennung in Form eines eindeutigen "Gegenbegriffs" geprägt (Heinemann-Grüder/Bauer 2013: 17-21). Es gibt in den beiden zentralen deutschen Politikpapieren, die die Erwartungen an und die Hoffnungen auf ziviles Handeln formulieren, allerdings nur eine Textstelle, die ziviles Handeln eindeutig von militärischem Handeln abgrenzt (Die Bundesregierung 2004, BMZ 2005):

> "Konfliktbearbeitung ist der Versuch, regulierend, gewaltverhindernd und -beendend auf die Art des Konfliktaustrages einzuwirken (...) Zivile Konfliktbearbeitung verfolgt diese Zielsetzungen ohne den Einsatz militärischer oder anderer gewaltsamer Mittel“ (Die Bundesregierung 2004: VIII).

Im Übrigen sind diese Texte ambiguär gehalten, enthalten Subsidiaritätsklauseln, wann Militär an Stelle von Zivilisten eingesetzt werden kann oder beschreiben Handlungsfelder, die bereits militärische Dimensionen enthalten. Abgesehen von der inhaltlichen Ambiguität der deutschen Texte gibt es ein weiteres Übersetzungsproblem. Im deutschsprachigen Raum wird "zivile Konfliktbearbeitung" ins Englische manchmal als "civil conflict management", manchmal als "civil conflict transformation" übersetzt. Für die englische Fassung des Aktionsplans Zivile Krisenprävention aus dem Jahre 2004 wurde "civil conflict management" gewählt (Die Bundesregierung (2004). "Management" und "Transformation" strahlen unterschiedliche Botschaften aus. "Bearbeitung" hat die Ausstrahlung von Bürotätigkeit unter Einsatz von Ärmelschonern. "Conflict management" wird im Kontext des semantischen Feldes der Friedensförderung im anglo-amerikanischen Raum eher als ein langfristiges Vermitteln und Einhegen von Konflikten, unter Anerkennung ihrer Normalität, verstanden."Conflict transformation" hingegen trägt den Anspruch auf proaktive Intervention und Verhaltensveränderung (Snodderly 2011). Auch dieser Spannungsbogen zwischen unterschiedlichen Lesarten von Konflikt und "Konfliktbearbeitung" ist in den alten und neuen Strategiepapieren der Bundesregierung und des BMZ zu "Sicherheit und Frieden" enthalten.

Der Aktionsplan der Bundesregierung zur zivilen Krisenprävention aus dem Jahre 2004 enthält einen Potpourri der Förderung guter Absichten: Schaffung stabiler staatlicher Strukturen (Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschrechte, Sicherheit), Schaffung friedlicher Verhältnisse in der zivilen Gesellschaft (Medien, kulturelle Institutionen), Schaffung von Lebenschancen (beruflich, gesellschaftlich, umweltbezogen, Rüstungsbegrenzung, Entwaffnung, globale öffentliche-private Partnerschaften). Speziell für den subsaharischen Kontext in Afrika war die Förderung subregionaler Sicherheitsverbünde zur Krisenprävention und zum Konfliktmanagement vorgesehen. In Westafrika sollte der Regionalpakt *Economic Community of West African States* (ECOWAS) in seiner Fähigkeit unterstützt werden, an militärischen Einsätzen zur Friedensbewahrung im internationalen Rahmen teilzunehmen. Für das Horn von Afrika sollte der Regionalpakt *Intergovernmental Authority on Development* (IGAD) durch ein regionales Frühwarnsystem (Conflict Early Warning and Response/ CEWARN) mit Bezug auf Ressourcenkonflikte in Grenzregionen, die durch mobile Tierhalter bewohnt wurden, unterstützt werden. Alles stand im Banne des Prinzips "do no harm".

Regionale und lokale Dimensionen von CEWARN[45]

Die gemeinsam von der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und von USAID in Auftrag gegebene Studie, die als Blaupause für die weitere Sicherheitsarchitektur von CEWARN am Horn von Afrika diente, fügt den Übersetzungen des "Zivilen" eine weitere Variante hinzu (Mwaura/Schmeidl 2002).

[45] In diesen Abschnitt fließen Überlegungen aus einem Vortrag ein; siehe Zitelmann 2013.

Das "Zivile" erscheint hier als Koppelung lokaler Zivilgesellschaft und äußerer Geber. Gleichzeitig ist die militärische Dimension grundsätzlich in präventives Handeln einbezogen.

Im Rahmen von IGAD dient der CEWARN Mechanismus der Überwachung von drei grenzüberschreitenden Regionen, die durch mobile Viehzüchter bewohnt werden: das Dikhil-Cluster im Grenzgebiet Äthiopien/ Dschibuti mit Afar und Somali als dominierende Bevölkerungsgruppen, das Somali-Cluster im Grenzgebiet Äthiopien/ Kenia/ Somalia mit Somali und Borana-Oromo und das Karamoja-Cluster, das Äthiopien, Nord-Kenia, den Südsudan und Uganda miteinander verbindet. Das Karamoja-Cluster weist die größte ethnische Heterogenität auf und Prozesse in den einzelnen Teilen dieses Clusters sind oft nur indirekt verknüpft.

Seit 2007 verfügt CEWARN innerhalb von IGAD über eine funktionierende Infrastruktur, die ein Monitoring lokaler Ereignisse und eine Rückkoppelung durch präventive Einflussnahme auf lokale Strukturen ermöglicht.

Interne Kritiker haben CEWARN von Anfang an eine Fixierung auf enge Aspekte staatlicher Sicherheit vorgeworfen. Vor dem Hintergrund dieser Kritik hat sich aus ehemaligen Mitarbeitern von CEWARN nach den kenianischen Unruhen in Folge der Wahlen von 2007 das Ushahidi-Netzwerk gegründet, dass ein stärker bürger-orientiertes Monitoring von Gewalthandeln forderte. Speziell im Karamoja-Cluster liegt der Leistungsschwerpunkt heute in der Beobachtung der Region als "unregiertem Raum" (*ungoverned space*), mit den Problemlagen Kleinwaffenverbreitung, systematischer Viehraub und schlechte lokale Verwaltung.

Konflikttreibende aktuelle Problemlagen in dieser Region, wie großflächiges Landgrabbing, Hydropolitik, Ölexploration und daran gekoppelte Vertreibungen der indigenen Bevölkerung sind in den Sicherheitskanon von CEWARN nicht aufgenommen. Auf einer Tagung des Max-Planck-Instituts für ethnologische Forschung in Halle wurden diese Aspekte im Februar dieses Jahres diskutiert. Speziell in Äthiopien wird das lokale Monitoring dieser Problemlagen seit letztem Jahr systematisch behindert.

Von "do no harm" und der Koppelung von Präventionshandeln mit den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung ist innerhalb eines Jahrzehnts in der Übersetzung der Absichten ziviler Krisenprävention in die Praxis von CEWARN im Karamoja-Cluster wenig übrig geblieben. Nichtsdestoweniger gibt es auch dort Entwicklungen unterhalb der Ebene von CEWARN, die Aufschluss geben, welches Friedenspotenzial und welche Hemmnisse in den lokalen Bevölkerungsgruppen vorhanden sind.

Entwicklungen in der kulturellen Nachbarschaft am Süd-Omo (Äthiopien)

Aus der Perspektive professioneller Friedensvermittler von IGAD und CEWARN stellt sich das Gebiet am südlichen Omo-Fluss in Äthiopien als "Ethiopian side of the Karamoja Cluster" dar. Es ist ein Synonym für Wildheit, pathologische Gewalt und kriminelle Energie (Viehraub, Kleinwaffenverbreitung) und uneffektive lokale Verwaltung (Muhumuza/Bataringaya 2009). Diese Perspektive der Bedrohung, die dem Prototyp eines "unregierten Raumes" in Ostafrika zu entwachsen scheint, knüpft an eine kulturgeschichtliche Folie an. Kulturhistorisch ist Südäthiopien für ein stark ritualisiertes "Töterwesen" (Tötung von Großwild und Menschen) bekannt, über das Männer ihr lokales Prestige und ihren Status erhöhen können. Das Phänomen ist seit langem bekannt und hat zu vielen kultur-historischen Spekulationen geführt, aber erst seit den 1990er Jahren konnten Ethnologen das "Töterwesen", seine Geschichte, Gegenwart und Veränderungen systematisch untersuchen.

Die Ethnologin Christina Gabbert hat seit Anfang der 1990er Jahre bei den Arbore, einer kleinen agro-pastoralen Gruppe am südlichen Omo-Fluss, die Vorrausetzungen und Praktiken für Veränderungen in der sozialen Organisation von Krieg und Frieden beobachtet (Gabbert 2012). Alle Gruppen in der "kulturellen Nachbarschaft" der Arbore nahmen historisch in der einen oder anderen Weise am "Töterwesen" teil. Mit "kultureller Nachbarschaft" sind hier regelmäßige und gut bekannte Kontaktpartner und symmetrische Interaktionszusammenhänge in einem engen geographischen Rahmen gemeint. Deren Beziehungen, einschließlich Frieden und Krieg, sind nach gegenseitig bekannten Verfahrensregeln gestaltet. Demgegenüber besteht mit den weiteren Nachbarn (z.B. staatliche Institutionen, Nichtregierungsorganisationen) kein gemeinsames kommunikatives Repertoire. Die Beziehungen sind vielmehr durch eine abwertende Asymmetrie gekennzeichnet, über die die Staatsmacht in Äthiopien gewohnheitsmäßig die Peripherie nomadischer Bevölkerungen in den südlichen Territorien klassifiziert. In CEWARNs Blick auf den "unregierten Raum" setzt sich diese Asymmetrie fort.

Wie bei den anderen Gruppen in der "kulturellen Nachbarschaft", galt in historischer Zeit bei den Arbore die Tötung von Großwild oder Feinden, und damit verbundene Trophäenjagd, als ehrenhafter Verdienst, über den junge Männer einen anerkannten Status in der Gemeinschaft (i.e. Recht auf Heirat und Familiengründung) erhielten. Frauen hatten historisch eine aktive Rolle in der Anheizung der Gewaltbereitschaft der Männer. Hier beobachtete Christina Gabbert einen Veränderungsprozess von längerer Dauer. Alltägliche Angst, die junge Männer im Jahre 1993, unmittelbar nach einer ethnographisch gut dokumentierten lokalen inter-ethnischen Friedenskonferenz, in vermeintlichen Gefahrenlagen rasch zum Schnellfeuergewehr greifen ließ, war im Jahre 2000 der stillschweigenden Zustimmung zur Friedlichkeit der Gruppe gewichen. Im Jahre 2011 waren die Arbore mit der plakativen Identität einer "friedliche Gruppe" assoziiert, die auf inter-ethnische Gewalt verzichtete und über den regionalen Kontext hinaus als beispielhaftes Erfolgsmodell ziviler Konfliktlösung anerkannt wurde. Frau Gabbert konnte in diesem Zeitraum die

Entwicklung der ersten zwei Altersklassen beobachten, die Väter wurden, ohne dass von ihnen erwartet wurde, vorher getötet zu haben. Voraussetzung dafür war, dass auch die Frauen ihre psychologisch anstachelnden Praktiken aufgaben, und die Ältesten sich darauf einigten, für Männer das Alter für Heirat und Familiengründung zu senken.

Gabbert betont im historischen Zusammenhang die Funktionalität des Töter-Ideals für die ständige Verteidigungsbereitschaft unter den Bedingungen einer symmetrisch aufeinander bezogenen kulturellen Nachbarschaft, in der bewaffnete Konflikte regelhaft verliefen. Gleichzeitig zeigt sie, wie unter den Bedingungen ständig zunehmender Unsicherheit und Entregelung, vor allem verbunden mit dem Einsatz moderner Waffen, bei den Arbore die Einsicht in die Dysfunktionalität des Töter-Ideals einsetzte. Für die Arbore ist "Gewaltmarkt" die bereits seit den 1920er Jahren zur Eskalation beitragende Rüstungsindustrie. Vor diesem Hintergrund beschreibt Gabbert den Transformationsprozess einer gewohnheitsmäßigen normativen Ordnung und damit verbundener Institutionen, in der kriegsverherrlichende Symbole und Verhaltensweisen bewusst abgebaut, und friedensbetonende Elemente bewusst verstärkt werden. Das Potenzial für Frieden musste nicht von außen kommen. Die Motive für Veränderungen waren alle im kulturellen Repertoire der Arbore vorhanden, im Rahmen eines Kontinuums von kriegerischen und friedensbetonenden Techniken, aber es waren auch interne Akteure notwendig, die aus ihren Erfahrungen heraus die Dysfunktionalität des Töter-Ideals erkennen mussten. Die alten Krieger mussten aussprechen, dass das ehemals identitätsstiftende Töter-Ideal eine Form des "Wahnsinns" darstellte. Die Bereitschaft der Betonung von Frieden und nachbarschaftlicher Zusammenarbeit entwickelt sich aus der schmerzhaften Erfahrung der grenzenlosen Eskalation von Gewalt.

Obgleich bei allen Gruppen in der "kulturellen Nachbarschaft" ähnliche Friedenstechniken vorhanden sind, fallen die Ergebnisse unterschiedlich aus. Die Arbore sind mit 6000 Menschen eine sehr kleine Gruppe. Verkoppelte soziale Netzwerke von Klan, Siedlung, Alters- und Generationsklassen erlauben eine engmaschige soziale Kontrolle, die auf individueller Kenntnis von Personen und deren Charakteren beruht. Auf diese Personen kann in Konfliktfällen auch individuell eingewirkt werden. Bei den benachbarten Hamar und Borana, die zahlenmäßig stärker sind, funktioniert diese Form sozialer Kontrolle nicht. Als Vermittler können hier NRO durchaus sinnvolle Aufgaben erfüllen. Bei den Daasanech wurde beobachtet. dass sich Feindbilder nach Innen verschieben und potentielle Tötungskandidaten unter denjenigen Mitgliedern der eigenen Gruppe schaffen, die eng mit staatlichen Institutionen verknüpft sind. Gegenüber Herausforderungen, denen die Bevölkerung am südlichen Omo erst seit kurzem durch Dammbauten, Ölexploration und kommerzielle Agrarprojekte ausgesetzt sind, sind alle Gruppen hilflos.

Es dürfte klar geworden sein, dass mit diesem Beispiel auch einer gegenüber militär-naher sozio-kultureller Forschung ein ziviler Kontrapunkt gesetzt werden sollte. Es ist gleichzeitig ein Kontrapunkt gegenüber enger und kurzfristig angelegter angewandter Forschung. Die Fragestellungen, von denen sich Christina Gabbert leiten ließ, haben sich aus Grundsatzfragen der kognitiven Anthropologie, der Konfliktanthropologie und einer prozessorientierten Feldforschungsmethodik abgeleitet, nicht aus den normativen Vorgaben krisenpräventiver Annahmen.

2.1.8. Perspektiven auf Afghanistan

Die Frage der Bedeutung der Erfahrungen in Afghanistan für die Zukunft der zivilen Krisenprävention ist umstritten. Eine Position sieht in Afghanistan einen Extremfall, der keine verallgemeinerbaren Aussagen zur Wirkung und Zukunft ziviler krisenpräventiver Maßnahmen zulässt (Paffenholz 2010). Speziell gilt dies für eine Verbindung mit der in Afghanistan praktizierten "vernetzten Sicherheit" (Paffenholz et al. 2011). Gegenpositionen innerhalb der deutschen Diskussion gehen aus unterschiedlichen Gründen (Ablehnung gegenwärtiger Praktiken, Ausbau gegenwärtiger Praktiken) davon aus, dass die zivil-militärischen Erfahrungen in Kriegszonen (Irak, Afghanistan) die Parameter zukünftiger Diskussionen und Praktiken bestimmen werden. Diese Kontroverse wurde z.B. im Dezember 2012 auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum zur Evaluierung der zivilen Krisenprävention ausgetragen.[46]

Blickt man in die entwicklungspolitische Nachbarschaft, dann lässt sich die Diskussion nicht verdrängen. So rühmt eine rezente OECD-Studie Praktiken im Irak und in Afghanistan, ohne sie näher zu benennen, als innovative und risikofreudige Paradigmen für den Umgang mit "fragilen Staaten". Aus "do no harm" wird hier "minimizing harm", begleitet durch die relativierende Forderung nach dem konkreten Beweis des Kausalzusammenhanges zwischen Handlung und möglichem Schaden (OECD 2011: 24, 32, 37, 99ff). Die US-amerikanische *Rand Corporation* hat 2011 in einer Studie für die britische "Stabilisation Unit", über die in Großbritannien der "vernetzte" Zusammenhang von Entwicklungszusammenarbeit, Verteidigung und Außenpolitik institutionalisiert ist, eine Perspektive für den Zusammenhang von Kriegszonen und anderer Einsatzgebiete vorgeschlagen. Aus der RAND-Perspektive werden die unmittelbaren Dringlichkeiten der Kriegszonen zu Versuchsfeldern für unterschiedliche "theories of change" in "Stabilisierungsprozessen", die dann in andere "komplexe Konfliktumgebungen" übertragen werden können (van Stolk et al. 2011: 2, 26). Das US-amerikanische Pendant zur "Stabilisation Unit", das "Bureau of Conflict and Stabilization Operations" (CSO), weist voller Stolz auf die gegenwärtige Übertragungen der Afghanistan-Erfahrungen nach Syrien, Jordanien, Kenia, Burma und Honduras (Barton 2013). Was übertragen wird, sind durchweg Praktiken des

[46] Evaluierung der zivilen Krisenprävention. Mit welchen Maßstäben bewerten wir den Erfolg?, Evangelische Akademie Loccum, 7.-9. Dezember 2012.

"dual use", der möglichen zivilen und militärischen Nutzung entwicklungspolitischer Praktiken. Aus konfliktethnologischer Perspektive handelt es sich um sehr spezielle Typen von "reisenden Modellen des Konfliktmanagements" (Behrends 2008).

Auf der pragmatischen Ebene ist für Afghanistan ein isolierter Blick auf zivile Krisenprävention, in vollkommener Abgrenzung zu zivil-militärischem Handeln, nicht möglich. Die Verbindungen der Bereiche fielen aber phasenweise unterschiedlich aus. Der Kriegsverlauf in Afghanistan seit 2001 und die damit verbundenen zivil-militärischen Interaktionen sind kürzlich im Rahmen eines Drei-Phasen-Modells historisiert worden. Die erste Phase reicht von Ende 2002 bis Mitte 2009. Die zweite Phase reicht von Sommer 2009 bis Ende 2011 und umfasst die "robuste Aufstandsbekämpfung" (*counterinsurgency*/ COIN). Die dritte Phase, ab September 2012, bezieht sich auf den Truppenabzug und "Transition" und die Übertragung von Sicherheitsverantwortung auf afghanische Institutionen (Jackson/Haysom 2013).

Die erste Phase ist durch Maßnahmen gekennzeichnet, die zivil-militärischen Beziehungen im Rahmen des Einsatzes der *International Security Assistance Force* (ISAF) durch Bezüge auf "umfassende" (*comprehensive*, *integrated*) Sicherheitskategorien zu gestalten. In diese "Stabilisierungs- und Rekonstruktionsphase" fällt der Aufbau zivil-militärischer "Provincial Reconstruction Teams" (PRT), die zu regionalen "Stabilisierungen" und zur Ausdehnung staatlicher Verwaltungsstrukturen beitragen sollten. Sogenannte "quick impact projects" (QIP), entwicklungspolitische Kleinprojekte in den Bereichen der Grundversorgung (Nahrung, Wasser, Hausbau, Gesundheit, Straßenbau, Elektrizität) sollten dem lokalen Einstieg ("buy-in") in den Staatsaufbau dienen. Deutsche QIPs im Rahmen der PRTs im Einsatzgebiet der deutschen Bundeswehr wurden aus Mitteln der "zivilen Krisenprävention" finanziert (Koehler/Zürcher 2007: IV, 2, passim). In dieser Phase entwickeln sich die Taliban zu einem ernstzunehmenden Gegner von ISAF. Der Sammelband "Wer sind die Taliban?" (Schetter/Klußmann 2011), an dem auch aus dem Projekt heraus mitgewirkt wurde, trägt diesem Problem Rechnung.

Die zweite Phase, bekannt auch als "the surge" ist durch Truppenverdoppelung und Vervielfachung ziviler Einsatzkräfte gekennzeichnet, die im Rahmen von COIN über den Aufbau von *Governance*-Strukturen und lokalen Projekten zur Gewinnung von "Herzen und Köpfen" der Afghanen beitragen sollten. Mit dem sogenannten *Commander's Emergency Response Program* (CERP) stand in dieser Phase der US-Armee, unabhängig von Hilfe die über USAID verwaltet wurde, ein mehrere Milliarden US-Dollar umfassender Fond zur Verfügung (Johnson/ Ramachandran/Walz 2012, CALL 2009), der in die afghanische Gesellschaft/ Wirtschaft floss, eher weniger nachhaltige Projekte bewirkte, die Korruption anheizte und der Gesellschaft zusätzlichen Schaden zufügte. In Deutschland wurde in dieser Phase die "Afghanistan-Fazilität" von 100 Millionen, Euro bereitgestellt, über die entwicklungspolitische Nicht-Regierungsorganisationen zum Engagement im Rahmen von COIN motiviert werden sollten.

Die Rückzugs- und Transitionsphase setzt mit dem Abzug der im Rahmen der Aufstandsbekämpfung zusätzlich eingesetzten US-amerikanischen Truppen im September 2012 ein. Darüber hinaus ist mit dieser Phase auch eine Transformation des Annahmekanons von COIN verbunden. Der massive Einsatz von Menschen und Geld im Rahmen von "clear, hold, build" gilt als gescheitert.

Wir hatten im Projektverlauf und den daraus entstehenden Veröffentlichungen zu Afghanistan, Datenlagen vor Augen, die sich auf den Übergang von der ersten zur zweiten Phase und auf Prozesse der zweiten Phase bezogen. Daraus abgeleitete kontextrelevante und allgemeine entwicklungspolitische Arbeitsergebnisse liegen bereits in Veröffentlichungen vor, auf die wir hier verweisen (Zdunnek/Zitelmann 2011, Zitelmann 2011b, Zitelmann 2012).

Fortschreibung von Dynamiken

In einigen Punkten lassen sich gegenüber den bisherigen Veröffentlichungen weitere Dynamiken skizzieren. Das gilt für Aspekte von COIN im Einflussbereich des deutschen PRT in Nordost-Afghanistan. Das Ende von COIN in seiner bisher praktizierten Form hatte zudem indirekten Einfluss auf methodische Fragen der Projektevaluierung unter Kriegsbedingungen.

Seit Beginn des Jahres 2010 haben die Amerikaner in den zentralen Bezirken der Aufstandsbekämpfung in Südafghanistan das sogenannte „District Delivery Program“ (DDP) gefördert. Mittel aus den Bereichen „off-budget“, lokale technische und finanzielle Hilfe durch die Amerikaner und „on-budget“, Institutionen der afghanischen Regierung, wurden miteinander verknüpft. Sowohl auf amerikanischer wie auf afghanischer Seite war das Projekt mit Blockaden verknüpft. Die doppelte Absicht des Programmes, militärisches Interesse an kurzfristigem Stimmungswandel in den umkämpften Distrikten und die Erfordernisse langfristigen Aufbaus von Institutionen, „passten nicht gut zusammen", wie USAID in einer kritischen Selbstevaluierung feststellt (USAID 2012, Zitelmann 2012).

Es gibt in diesem Zusammenhang eine wenig beachtete Verschränkung mit dem deutschem PRT und deutscher Entwicklungspolitik in Afghanistan. Die Erweiterung der Kriegshandlungen im Rahmen von COIN, seit September 2009, und die Erwartungen an Aufbauleistungen im Rahmen von "clear, hold, build", konnte im deutschen PRT im erwarteten Ausmaße nicht durch deutsche NRO durchgeführt werden, die zwar durchaus Gelder aus der bereitgestellten "Afghanistan-Fazilität" des BMZ nahmen, von denen sich aber die meisten dem direkten Einsatz im Einsatzgebiet der Bundeswehr durch Ausweichtechniken entzogen.[47] Die im Vorfeld stattfindenden Diskussionen wurden in einem Band der Zeitschrift Peripherie dokumentiert, an deren Herausgabe die Projektmitarbeiter mitwirkten (Vgl.

[47] Zur Mittelvergabe im Rahmen der Afghanistan-Fazilität vgl. Die Bundesregierung 2011; zu Ausweichtechniken vgl. Jackson/Haysom 2013: 13-14.

insbesondere Schultz 2011). An deren Stelle rückten CERP und USAID, bzw. deren Kontrakteure ein. Seit Frühjahr 2010 wurde dieser Prozess öffentlich durch den *Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction* (SIGAR), das amerikanische Finanzprüfungsprogramm für den Afghanistan-Einsatz, dokumentiert. Zunächst erschienen einzelne militärische Projekte im Bereich des deutschen PRT in den SIGAR-Reports. Im April 2011 ist dann von einer "Vielzahl von Projekten" die Rede (SIGAR 2011: 81). Auch Interviews, die durch das *United States Institute of Peace* (USIP) gemacht wurden, dokumentieren diesen Einsatz, der mindestens im Januar 2010 begann (Blackburn 2011). Dies impliziert, dass Aussagen über US-amerikanische Praktiken der zivil-militärisch organisierten Entwicklungszusammenarbeit sich auch auf Prozesse im deutschen PRT beziehen lassen.

Die Annahme der herausragenden Bedeutung von "subjektiver Wahrnehmung" (*perception*) für das Kriegsgeschehen im Rahmen von COIN stellt eine doktrinäre Säule dar, in die kultur- und sozialwissenschaftliche Wissensbestände eingebaut sind. Epistemologisch enthält die COIN-Doktrin Anklänge eines sozialen Konstruktivismus, dahingehend, dass nicht das, was tatsächlich passiert, zählt, sondern was Akteure darüber denken. Der Schlüssel ist "Perzeption" (Hastings 2012: 207). Die Beeinflussung von Wahrnehmung, durch Propaganda (klassische militärische Psyop-Maßnahmen), das Eingehen auf Interessen und Beschwerden (*grievances*), die Organisation von Überlebenshilfe und Entwicklungsmaßnahmen, das "Liefern" von Dienstleistungen (Sicherheit, Nahrung, Gesundheit, Bildung), hat, im Rahmen der COIN-Doktrin, zunächst eine perzeptive Bedeutung, die die subjektive Bindung der Bevölkerung an die "Lieferanten" (externe Interventen, den Staatsapparat, die lokale Verwaltung) stärken und damit Einfluss auf situative "Stabilisierungen" haben sollen. Es stellt den Kern der "Hearts & Minds" Kampagne dar, über die Bevölkerungen dem Einfluss von "Aufständischen" entzogen werden sollten. Die sachliche und materielle Sinnhaftigkeit des "Lieferns", dessen nachhaltige Folgen, blieben aus der Perzeptions-Doktrin ausgeklammert.

Die Kritik am Perzeptions-Ansatz in der Projektevaluation ist auch in offiziellen Entwicklungspolitiken aufgenommen worden. Seit 2011 findet in Großbritannien am *Overseas Development Institute* (ODI), ein durch das *Department for International Development* (DFID), die Europäische Union und *Australian Agency for International Development* (AUSAID) getragenes Projekt statt, dass die materielle Dimension des "Lieferns" von Hilfe in Krisengebieten in den Mittelpunkt stellt und gegenüber dem Perzeptionsansatz modifiziert.[48] Jetzt zählt, was real beim "Liefern" passiert. Dieser Ansatz stellt die zivil-militärische Logik allerdings nicht in Frage, sondern will sie, für zukünftige Interventionen, optimieren.

[48] Vgl. Watkins 2013, Carpenter/Slater/ 2012, Pain 2012.

In gewisser Weise wiederholt sich hier ein Prozess, den Richard Rottenburg vor einiger Zeit schon in modifizierter Form für die Entwicklungszusammenarbeit beobachtete. Heterogenitätsmanagement in der Entwicklungszusammenarbeit erfordert Meta-Codes der Gegenseitigkeit. Eine Variante ist das "technische Spiel", die Einigung auf die Objektivierung von Daten mit Blick auf Effizienz/ Nicht-Effizienz, vermittelt über Zahlen und Listen. Die andere Möglichkeit besteht in relativistischen kulturellen Kodierungen, die unterschiedliche Subjektivitäten einbezieht (Rottenburg, 2002: 217ff). Die Frage nach "Perzeption" (in diesem Falle von "Sicherheit") ist eine Variante des kulturellen Codes und nahe am "cultural turn"[49] der Kriegsführung unter den Bedingungen von COIN. Das erneuerte Interesse an der sachlich nachweisbaren Effizienz des "Lieferns" führt wieder zum Code des "technischen Spiels".

Das Schicksal der "lokalen Friedensförderung" unter den Bedingungen von COIN

Wir haben bisher in erster Linie über den Kontext berichtet, in dem Maßnahmen der "zivilen Krisenprävention" in Afghanistan zwangsweise eingebettet sind. In einer bereits erfolgten Publikation haben wir mit Waldman und Ruttig (Waldman/Ruttig 2011) darauf hingewiesen, dass es nur einen einzigen Bereich aus dem Spektrum des Instrumentariums ziviler Ansätze der Konflikttransformation und Friedensförderung gab, der über längere Dauer eine "inkohärente Praxis" aufweisen konnte: die lokale Friedensförderung (Zdunnek/Zitelmann 2011: 194-196). Auf diese Problematik werden wir hier näher eingehen. Das besagt nicht, dass es auf der Mikro- und der Makroebene im Vergleichszeitraum nicht weitere Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung gegeben hat. In der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan wurden entsprechende Analysen erstellt und im kleinen Rahmen programmatisch umgesetzt (Brinkmann 2006, 2006a, 2010). Der Zivile Friedensdienst (ZFD) ist in Afghanistan mit Fachkräften präsent (Hagen/Sell 2012**:** 44-45). Gleichzeitig ist das Spannungsverhältnis zwischen dem zivilen entwicklungspolitischen Einsatz der Bundesrepublik Deutschland und dem militärischen Einsatz bei den Akteuren spürbar (Sahlmann 2011**:** 8-10). Von Jannika Röminger liegt eine Masterarbeit zu der Thematik vor (Röminger 2011). Die sechs interviewten ZFDler sind in ihrer Sicht auf ihr Wirken in drei äquivalente Gruppen gespalten:

- man sieht sich als "schmückendes Beiwerk" in einem Prozess, auf den man keinen Einfluss hat;
- man betont die Sinnhaftigkeit der Arbeit für die Afghanen, mit denen man zusammenarbeitet;

[49] Vgl. U.S. Army 2007: 89-91, passim, Derek 2008: 8-23, Heuser 2007: 153-171.

- man betont, sich trotz aller gemachten Fehler nicht einfach zurückziehen zu können.

Auf der Makroebene hat es in dieser Zeit diplomatische Initiativen gegeben, die Taliban in einen systematischen Gesprächsprozess einzubinden (Rashid 2012: 127ff). Es hat solche Initiativen auch auf der zivilgesellschaftlichen Ebene gegeben (Steinbicker 2012**:** 21-23). Es gibt Grund zur Annahme, dass in beiden Fällen der Wunsch nach einem Siegfrieden im Rahmen von COIN zur Blockade eröffneter Gespräche beitrug. Darüber können wir hier aber keine weiteren Spekulationen entwickeln. Im neuesten "A to Z Guide to Afghanistan Assistance", ein Spiegel entwicklungspolitischer Trends in Afghanistan, ist "peacebuilding" wieder eine Sache weniger spezialisierter Nichtregierungsorganisationen (vgl. auch Zdunnek/Zitelmann 2011: 195-196, Hunskar 2013: 36-37, 39-41). Dies führt wieder zurück in den Projektanfang im Herbst 2009, zeitgleich mit dem Beginn von COIN in Afghanistan.

In Deutschland haben seit September 2009 die Folgen der Bombardierungen von afghanischen Zivilisten am Kunduz-Fluss, nach Anordnung eines Offiziers der Bundeswehr, zur öffentlichen Wahrnehmung von "Krieg" in Afghanistan beigetragen. Die Frage, was in diesem Zusammenhang "Aufstandsbekämpfung" bedeutet und damit verbunden die Erwartungen an Zusammenhänge von zivilen und militärischen Handeln, blieb eher eine Sache der Spezialisten (Münch 2010: 211-216, Rudolf 2011: 2). Das offene Bekenntnis zu COIN, und damit verbundener "Stabilisierungshilfe" waren in entwicklungspolitischen Zusammenhängen der USA und Großbritanniens jedoch die Regel, Kritik eher die Ausnahme (USAID 2010, Teuten 2010, Young 2010). In diesem Milieu war "zivile Konfliktbearbeitung" kein signifikantes Thema. Viel wichtiger war hier die Frage, welche "quick impact"-Strategien, verbunden mit dem Einsatz von sozio-kulturellem Wissen, im Rahmen von COIN zur "Gewinnung" von "Herzen und Köpfen" beitragen könnten. Hier war nun wiederum eine Schnittstelle zur "zivilen Konfliktbearbeitung" gegeben. Die gemeinsame Schnittstelle bestand in der "lokalen Friedensförderung". Aus der Frage nach der Verbindung von "quick impact" Strategien, dem Einsatz sozio-kulturellen Wissens und der lokalen Friedensförderung entwickelten sich dann auch weitere Leitfragen für den Projektverlauf (Zitelmann 2011a, 2011b).

Im November 2009 führte das *United States Institute of Peace* (USIP) erstmalig einen Workshop in Kabul zum Thema "traditionelles Recht" durch, an dem General McChrystal und 60 ISAF Kommandeure teilnahmen. Lokaler Ausrichter des Workshops war das "Tribal Liaison Office" (TLO) (USIP 2009). Zu diesem Zeitpunkt galt das TLO gleichzeitig als wichtiger lokaler Förderpartner für internationale Praktiker und Geldgeber der zivilen Konfliktbearbeitung. Eine Woche zuvor fand in Washington eine Tagung zu „Customary Justice and Legal Pluralism in Post-Conflict and Fragile Societies“ statt, die durch das USIP, die Weltbank und die *George Washington University* getragen wurde (George Washington University 2009). Die Weltbank unterstützt seit 2004 unter dem Titel „Justice for the Poor“ umfangreiche Programme zur Verankerung traditioneller und alternativer Rechtszugänge in

Südostasien und Teilen des subsaharischen Afrikas. Afghanistan war dabei noch nicht im Blick. Auf der Tagung im Herbst 2009 war auch Afghanistan ein Thema. Die Vermutung eines Zusammenhanges beider Veranstaltungen drängte sich auf.

Speziell das USIP hatte sich seit 2002 mit der Thematik von Gewohnheitsrecht, dem Islamischen Recht und der Koppelung mit staatlichem Recht beschäftigt. Zu einem gezielten Forschungsthema wurde die Verbindung von traditionellem Recht und lokalen Konfliktschlichtungsmechanismen erst seit 2009 (Dempsey 2010, Coburn/ Dempsey 2010). Das heißt nicht, dass die Frage der Bedeutung von Gewohnheitsrecht und Rechtspluralismus vorher nicht behandelt, programmatisch verankert und über Projekte institutionalisiert wurde, in denen versucht wurde, formales Recht, informelles Recht und die Frage der Umsetzung der Menschenrechte mit lokalen Praktiken zu verbinden. Insgesamt war das ein ziviles Randthema, dass durch wenige afghanische NGOs, deren wechselnde bilaterale Partner (Stiftungen, Entwicklungszusammenarbeit), dann auch über multilaterale (UNDP) und bilaterale Geldgeber (GTZ, Deutscher Entwicklungsdienst/ ZFD), in beschränkter Zusammenarbeit mit der afghanischen Regierung, bestritten wurde. Das zivile Hauptthema war bekanntlich der Aufbau staatlicher Institutionen im Rechts- und Polizeibereich, innerhalb dessen die Vorstellungen des Abkommens von Bonn umgesetzt werden sollten. Vor diesem Hintergrund blockierte die afghanische Regierung bis 2009 auch alle Programme, die systematisch "informelles Recht" und damit verbundenen "Rechtspluralismus" fördern wollten (Suhrke 2011: 211ff).

Die oben erwähnte Nichtregierungsorganisation TLO galt seit 2003 für kleinere internationale Förderer der zivilen Konfliktbearbeitung (Swisspeace, Heinrich-Böll-Stiftung) als Partner, der frühzeitig darauf setzte, im paschtunischen Süden Afghanistans an einer kritischen Nahtstelle zwischen traditionellen Strukturen, Zivilgesellschaft und Zentralregierung zu arbeiten und Demokratieförderung unter Ausnutzung traditioneller Sozialstrukturen (Patronage-Klientelverhältnisse) zu initiieren. Die transaktionale Logik der QIP-Projekte, lokales Wohlwollen gegen Belohnung durch Projekte und Mittelfluss einzutauschen, sollte von Seiten der Geber vermieden werden (Mlodoch/Enste 2004). Man war sich auch darüber klar, wie wenig man über die Strukturen wusste, in denen man sich engagierte. Blickt man historisch rekonstruierend auf die Situation, in der sich das TLO im Jahre 2008 befand, dann wird deutlich, wie sehr ein fragiler Projektträger um das eigene institutionelle Überleben rang. Große Ziele standen neben kurzfristigen Überlebensstrategien. Für das TLO war die Zusammenarbeit mit zivil-militärischen PRTs nie ein Tabu (Masood 2007). Der afghanischen Regierung galten die Aktivitäten des TLO bereits als staatsgefährdend (Borchegrevink/Harpviken/Berg 2010**:** 235-257, 251). Die Haupteinnahmequelle waren nicht-öffentliche Regionalstudien für einzelne Geber der Entwicklungszusammenarbeit (Suhrke et al. 2008). Eine Diversifikationsstrategie des TLO bestand darin, sich mittels des lokalen Wissens und der Kontakte in den paschtunischen Gebieten als potentielles regionales CEWARN-System (vgl. 2.1.7) zu vermarkten (Schmeidl 2008). Eine Stabilisierung, mit sicheren Geber-Strukturen,

setzte für das TLO (heute *The Liaison Office*) im Windschatten von COIN ein. Neue Partner waren u.a. das niederländische PRT in Uruzgan (TLO 2009, 2010, 2012), USAID und dessen Engagement im lokalen und informellen Rechtssektor und der Ausbau der Aktivitäten von USIP an der Schnittstelle von informellem Recht und Konfliktbearbeitung (Dunn et al. 2011, Coburn 2013). Dies soll ein Hinweis darauf sein, welche Wendungen Übersetzungen der "zivilen Krisenprävention" unter komplexen und lokalen Bedingungen finden können. Für Geber sind dabei die Metamorphosen und die möglicherweise ambiguären Strategien lokaler Partner einzubeziehen.

Im globalen Rahmen fanden seit Ende der 1990er Jahre verstärkte Versuche statt, traditionelles Recht, alternative Konfliktlösungsmechanismen und formales Recht miteinander zu verzahnen. In der Ethnologie führte dies zu zwei Diskussionssträngen. Der eine Strang betonte, dass alternative und traditionelle Lösungen immer nur ein schlechter Ersatz für „rule of law“, also institutionalisierte rechtsstaatliche Lösungen seien (Nader/Grande, 2002). Die andere Perspektive betonte die Notwendigkeit der Übersetzung und Vermittlung zwischen globalen Normen und lokalen Zusammenhängen (Merry 2005). Beide Positionen lassen sich auch in der Diskussion zu Afghanistan finden, die seit 2002 einsetzte. Diskutiert wurden Zwänge und der Nutzen lokaler Rechtspraktiken, die durch Machtmakler und Kriegsherren gekennzeichnet waren, aber auch durch formale Versammlungen (*shura*, *jirga*), durch stark kodifiziertes Stammesrecht (wie das *pashtunwali*) und dessen Interaktion mit staatlichem Recht, und natürlich durch Schattierungen des islamischen Rechtes (der Schari’a) in Verbindung mit staatlichem und mit Gewohnheitsrecht (Barfield, 2003, Lau 2003, USAID 2005). Einige begannen sich darüber Gedanken zu machen, wie sich globale Menschenrechte (z.B. Geschlechtergleichheit, Zugang der Frauen zu Recht) mit lokalen Praktiken vereinbaren ließen, andere blieben gegenüber dem Entwicklungspotenzial gewohnheitsrechtlicher lokaler Institutionen eher skeptisch (Wardak 2003, Gosztonyi 2004). Einig war man sich in den Jahren 2003-2004 darin, dass man über das gesamte Feld viel zu wenig wusste, z.B.:

- dass traditionelles Recht, dort wo es funktionierte, einen hohen Grad an Legitimität vermittelte, aber auch, dass Verfahren oft lange dauerten und teuer waren, weil sie viele soziale Verpflichtungen (Gastfreundschaft) enthalten konnten;
- dass Verfahren oft unter der Kontrolle von Machtmaklern stattfanden;
- dass Frauen und Arme zum Recht, welcher Art auch immer, meist keinen Zugang hatten;
- dass ein lokaler Kernkonflikt, der zwischen Vater-Bruder-Söhnen (patrilineare Cousins) über Land und Wasser ausgetragen wurde, besonders schwer zu vermitteln war (Putzel/Schetter/Elbern/Woll 2003: 16-20).

In den folgenden Jahren entwickelte sich ein stetiges aber dennoch relativ geringes Interesse am Einsatz traditioneller oder alternativer Konfliktregulierungs- und Managementmechanismen. Das Norwegische *Refugee Council* nutzte im Zusammenhang mit der Rücksiedlung von Flüchtlingen und Bodenrechtsproblemen systematisch alternative Schlichtungsverfahren und dokumentierte dies auch ausführlich. Einzelne afghanische NGOs, wie das TLO oder *Cooperation for Peace and Unity* (CPAU), engagierten sich stark. Es gab auch weiterhin keine substantielle Erweiterung des Wissens über das Funktionieren traditionellen Rechts in Afghanistan. Mit dem Beginn von COIN schossen von Seiten der afghanischen NGOs lokale Konfliktstudien, die die COIN-Nachfrage nach dem Verhältnis von lokalen Konflikten und Taliban-Mobilisation beantworten wollen, wie Pilze aus dem Boden. Manchmal wurden sie durch eine Marktrhetorik begleitet, die „quick impact" versprach, wenn man nur der jeweils vorgeschlagenen Programmatik folgte (Marie/Karokhail 2009: 5).

COIN und die Nachfrage nach Wissen über lokale Konflikte und Schlichtungsmechanismen

Im Irak hatten die USA seit 2004 eine Aufstandsbekämpfung durchgeführt, die darauf setzte, Einfluss auf lokale Schlüsselpersonen, die "Sheikhs" in "Stammesgesellschaften" zu nehmen, die dann wiederum bewirken sollten, das sich Stammesmitglieder vom harten Kern der Aufständischen trennen. Man trennte dabei zwischen einem harten Kern von Aufständischen (politische oder religiöse Fanatiker) und zeitweiligen Kämpfern, "Zufallsguerrillas" (Kilcullen 2009), die sich durch lokale Faktoren ("grievances") angespornt, dem Aufstand anschlossen. Vor diesem Hintergrund wurde auf dem Gebiet der Nachrichtengewinnung das ethnographisch arbeitende "Human Terrain System" (HTS) eingeführt, das ein breites und nicht alleine feind-zentriertes Wissen über lokale Verhältnisse abschöpfen sollte (Zitelmann 2011a).

In Afghanistan waren die ISAF-Truppen seit Mitte des letzten Jahrzehnts mit einem ständigen Anwachsen der Taliban konfrontiert. Auch hier ging man zunehmend davon aus, dass es "Zufallsguerrillas" und lokale "Beschwerden" waren, die zur Attraktivität der Taliban beitrugen. Hinzu kam die Lieferung von "Recht" durch die Taliban, unter Bedingungen, in denen der Staat nicht gegenwärtig oder korrupt war und auch lokales "traditionelles" Recht schwerfällig funktionierte. Während man im Falle des Iraks mit "Stammesgesellschaften" (segmentären Systemen) in Verbindung stand, in denen der "Scheikh" teilweise über eine hierarchische Vermittlungsstruktur von Oben nach Unten verfügte, war speziell die Sozialstruktur unter den Paschtunen Südafghanistans egalitär aufgebaut. Selbst engere großfamiliäre Verbindungen versprachen keine Person, die Anordnungen aus einer hierarchischen Beziehung heraus geben konnte. Typische Lokalkonflikte über Land und Wasser fanden unter Cousins ersten Grades statt (man ging von 80% aller Fälle aus). Wer sich durchsetzen wollte, musste externe Verbündete suchen. Was man aus der Literatur

wusste war, dass derjenige zeitweilig über die höchste Autorität verfügt, der im Zuge wechselnder Allianzen von nahen und entfernten Verwandten, sowie externen Kräften, eine führende Position in den traditionellen Konfliktschlichtungsmechanismen einnahm. In dieser Position vermutete man eine Analogie zum irakischen Scheikh.

Im Mittelpunkt stand die Frage der Kontrolle. Im Irak ließ sich Kontrolle über Beziehungen zum "Scheikh" durchführen. In Afghanistan vermutete man, eine analoge Möglichkeit in der Kontrolle zentraler Konfliktvermittlungsinstanzen zu finden (Tanabe 2010: 63-67, Weltsch 2009, Foust/Hamm 2008).

Ein Mapping der aktuellen Situation

Betrachtet man die Gegenwart der "zivilen Krisenprävention" und der darauf bezogenen angewandten Praktiken und Forschung, in ihren mehrfachen Varianten (zivil, zivil-militärisch, auf Afghanistan bezogen, allgemein), dann ist ein Trend deutlich: der Bezug auf "lokales" Handeln. Für Afghanistan hat Ahmed Rashid die Hoffnung auf das Lokale und darüber minimalisierte, überschaubare Handlungszusammenhänge der Friedensförderung in der Hoffnung zusammengefasst:

"Frieden wird Stein auf Stein geschaffen werden. Distrikt für Distrikt, und Gruppe für Gruppe, eher auf afghanische Art statt durch große Konferenzen" (Rashid 2012: 148).

Wie wir unter 2.1.7 versucht haben darzustellen, enthält die Erneuerung der "zivilen Krisenprävention" unterschiedliche Dynamiken. Sie wird durch unterschiedliche nationale Politikstile angetrieben. Sie enthält in den USA den Anspruch der zivilen Bändigung eines militärischen "mission creep", bei gleichzeitiger Veränderung der Erwartung an zivil-militärischer Zusammenarbeit, die im Wandel von COIN zu SOF enthalten ist. Aktuelle US-amerikanische Trends der zivilen Krisenprävention arbeiten zivil-militärischer Zusammenarbeit zu.[50] Analoge deutsche Veröffentlichungen dokumentieren unabgeschlossene Aushandlungsprozesse (Ricigliano 2012, Schirch 2013) während die Politik auf eine Institutionalisierung zivil-militärischer Zusammenarbeit setzt (vgl. BMZ 2013: 19).

Internationale Komponenten dieser Veränderungen drücken sich in einer Kontroverse über den neuen Status der ehemals zivilen Komponente von COIN im Rahmen von zukünftiger "Stabilisierung" aus. Soll diese Komponente als ein Zurück zum zivilen "peacebuilding", mit stark lokaler Komponente, verstanden werden? Soll eine erneuerte und nun zivile politische "Stabilisierung" sich auch von technischen Elementen des transaktionalen "Lieferns" trennen, den im engeren Sinne entwicklungsbezogenen Elementen, und sich auf die Steuerung lokaler politischer

[50] Vgl. Diskussion in Wissenschaft & Frieden (2010), Heinemann-Grüder/Bauer 2013.

Ökonomie, "the division of spoils", der Einflussnahme auf lokale Eliten und lokalisierter Varianten der Reform des Sicherheitssektors (SSR) beziehen?[51] Im aktuellen Diskurs wird das "Lokale" zur Projektionsfläche für viele Entwürfe.

Speziell in Afghanistan hat das "Lokale" unter den Bedingungen von COIN unterschiedlichen Dimensionen enthalten. Es begründete zeitweilig ein militärisches, politisches und entwicklungspolitisches Handeln vorbei an der afghanischen Regierung, um lokale Verbündete gegen die Taliban zu mobilisieren. Im Verlauf des Jahres 2010 wurde diese Politik modifiziert und stärker in Einklang mit dem Legitimitätsanspruch der afghanischen Zentralregierung gebracht (vgl. Zitelmann 2011a, 2012). Im Mittelpunkt standen dabei lokale Konfliktlösungsmechanismen und die "Lieferung" von Recht, unter Rückgriffe auf lokales Gewohnheitsrecht, in Konkurrenz zu den Taliban. Aktuell werden durch das *United States Institute of Peace (*USIP), in Partnerschaften mit lokalen Universitäten, Studenten in mehrtätigen Workshops in "conflict resolution skills" ausgebildet (Sultan 2013). Vorgeschlagen wurde eine ähnliche Strategie, unter dem Schlagwort "Afghanistan is not just Kabul", bereits im Jahre 2010 durch das *National Centre for Policy Research* der Universität Kabul (NCPR Pathways to Peace 2011). In dessen Rahmen hatte seit 2007 die Konrad-Adenauer-Stiftung, mit Unterstützung durch den deutschen zivilen Friedensdienst (ZFD), eine Abteilung für *Peace & Conflict Research* aufgebaut. In der harten Phase von COIN hatte eine derartige Idee keine Chance. Als Teil von COIN hat USAID seit 2010 das Land flächendeckend mit der Komponente "Rule of Law Stabilization Program – Informal Component" überzogen. Ein selbstkritischer Rückblick auf dieses Programm aus der Perspektive von USIP stellt aktuell fest, was auch für viele andere entwicklungspolitische Maßnahmen unter den Bedingungen von COIN gilt (vgl. Zdunnek/Zitelmann 2011, Zitelmann 2012): kurzfristiges Handeln mit kurzfristigen Zielen, ohne langfristige und nachhaltige Wirkung (Coburn 2013: 37, 39, passim).

Zu lokalem Handeln gehört lokales Wissen. Auf der militärischen Seite finden wir seit dem letzten Jahrzehnt eine enorme Ausweitung der Einvernahme lokalen sozio-kulturellen Wissens in militärisches Handeln. In den USA werden Varianten dieses Wissensschöpfungskomplexes unter Begriffen wie "Human Terrain System", "Ethnographic Intelligence" und verknüpfter militärinterner Bildungseinrichtungen behandelt (Zitelmann, 2011a, 2013a, Davis 2010). Bei der deutschen Bundeswehr sind seit 2010 interkulturelle Einsatzberater als zivil-militärische Einrichtung institutionalisiert (Zitelmann 2011b: 211). Großbritannien hat seit 2010 eine rein militärisch aufgebaute "Defence Cultural Specialist Unit" (Mitchell 2011). Im französischen Militär wurde 2012 das entsprechende "Centre Interarmées des Actions sur l'Environnement" gegründet (Armée de Terre 2012). In der einen oder anderen Variante existieren diese Abteilungen heute in allen NATO-Staaten. Außerhalb des NATO-Zusammenhanges hat die Einrichtung für

[51] Vgl. Mac Ginty/Richmond 2013: 763-783, Mac Ginty 2012: 20-30, Dennys 2013: 1-14.

Abrüstungsforschung der Vereinten Nationen, UNIDIR, unter dem Konzept der "community security" lokale Vorstellungen von "Sicherheit" thematisiert (Miller/Rudnick/Rose 2009). Dennoch kommt die erwähnte USIP Studie zu dem Fazit, dass wir im Jahre 2013 tatsächlich wenig über die Folgen von systematischen Eingriffen in lokale, informelle Institutionen der Konfliktlösung und Rechtsetzung wissen (Coburn 2013: 85). Das bestätigt die Perspektive, die wir unter 2.1.7 am Beispiel des Karamoja-Clusters dargestellt haben. Es mangelt an detailliertem lokalem und mikrogesellschaftlichem Wissen.

Aus der Perspektive einer explizit "zivilen" Krisenprävention muss hier noch eine Ergänzung hinzugefügt werden. Die gegenwärtige Tendenz im entwicklungspolitischen Feld, zivil-militärisches Handeln auszuweiten, enthält die Stoßrichtung, Entwicklungspolitik mit einer dichotomischen Freund-Feind-Logik auszustatten (vgl. Zitelmann 2011b). In diese Richtung zielen auch Überlegungen im Rahmen der OECD, die mit einer Transformation des Prinzips "do no harm" verbunden sind. Klassisch stand das Prinzip "do no harm" im Zusammenhang mit der Vermeidung von Zuarbeitung zu weiterer sozialer Spaltung, sowie der Vermeidung der Verstärkung von Korruption und Machtmissbrauch. Diese Perspektive stand im Zeichen von politischen Regelungen, die auf Machtteilung und Elitenkohabitation beruhen. Heute laufen manche Vorschläge auf kontextuelle Relativierung von "do no harm" und entwicklungspolitische Zuarbeit auf einen möglicherweise einseitigen Siegfrieden oder eine innenpolitische Situation hinaus, in der es eindeutige Gewinner und Verlierer gibt (OECD 2011: 89ff). Damit verändern sich auch die Erwartungen an wissenschaftliche Analysen. Hier muss sich eine zivile Perspektive in Anwendung der der "sanften Macht" sozio-kulturellen Wissens sehr klar positionieren.

2.1.9 Zivile Konfliktbearbeitung in Afghanistan – Fazit und Ausblick

Im Verlaufe des Schreibens des Abschlussberichtes wurde für den Bearbeiter des Afghanistan-Teils noch einmal schmerzlich deutlich, welche Folgen das Reiseverbot nach Afghanistan durch die Freie Universität Berlin für den Projektverlauf hatte. Viele Fragestellungen konnten nicht konsequent verfolgt werden. Welche Forschung in Afghanistan in dieser Phase tatsächlich möglich war, zeigt sich in den vielen Quellen, die im Abschlussbericht zitiert werden. Aus dieser Perspektive stellt sich das Reiseverbot nicht als Fürsorge durch den Arbeitgeber, sondern als aktive Forschungsbehinderung dar.

Bis weit in das Jahr 2011 hinein, war der Forschungsverlauf noch durch die Perspektive geprägt, dass Feldforschung in Afghanistan eventuell möglich sei. Vor diesem Hintergrund war die Konzentration auf Fragestellungen der lokalen Friedensförderung angelegt. Auch die Afghanistan-Komponente des Projektworkshops sollte der Ausarbeitung weiterer Fragestellungen für die Feldforschung dienen. Ein Protokoll des Workshops liegt vor, so dass wir an dieser Stelle keine detaillierten Bezüge auf den Workshop nehmen müssen. Einige zentrale

Komponenten und Ergebnisse des Workshops sollen allerdings vor dem Hintergrund der jetzigen Quellenlage, paralleler Forschungen und Feldberichte reflektiert werden:

- Das Problem der entwicklungspolitischen Kontextanalyse in Konfliktsituationen (Conrad Schetter/ Zentrum für Entwicklungsforschung Bonn);
- die Sicherheit entwicklungspolitischer Organisationen in Konfliktgebieten (Hubertus Rüffer/ Welthungerhilfe);
- das lokale Verständnis von Sicherheit/ Unsicherheit (Stefan Schütte/ Geographisches Institut, Freie Universität Berlin);
- Erfahrungen mit dem *National Solidarity Program* (NSP) auf der lokalen Ebene in Afghanistan (Mary Beth Wilson/ Geographisches Institut, Freie Universität Berlin);
- Umgang mit Gewohnheitsrecht vs. staatliches Recht (Friederike Stahlmann/ Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung Halle).

Der folgende Bezug auf diese Punkte soll offene Fragen anstoßen.

Entwicklungspolitische Kontextanalyse in Konfliktsituationen

Kontextanalyse gehört zum klassischen Handwerkszeug krisenpräventiv angesetzter Entwicklungspolitik (vgl. 2.1.2). Im Rahmen des Workshops stellte sich heraus, dass Kontextanalysen jedoch oft nicht aus grundsätzlichen und strategischen Überlegungen, sondern nach Maßgabe des "Mittelabflusses" durchgeführt wurden, etwa wenn in der zweiten Jahreshälfte noch Mittel vorhanden waren. "Blaupausen" für die Durchführung derartiger Analysen existierten nicht.

Hier ist nun eine deutlich spürbare Veränderung eingetreten. Mit dem neuen BMZ-Strategiepapier "Entwicklung für Frieden und Sicherheit" (2013) werden Kontextanalyse und reflexive Bezüge auf das Prinzip "Do No Harm" für zahlreiche, nunmehr als "fragil" deklarierte Staaten, bei Neuprojekten verbindlich. Als Blaupause existiert seit Juli 2013 bei der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) die "Mustergliederung für eine Kontextanalyse das Formular "OE 4810 / 14.07.2013". Der Aufbau dieser Mustergliederung verrät deutliche methodische Bezüge auf die systemische Konfliktanalyse, wie sie im Rahmen der amerikanischen *interagency* ICAF-Analyse und bei USAID durchgeführt wird (vgl. 2.1.7). Hier sind wir in einer Welt des methodischen "dual use" angelangt. Auf Afghanistan bezogen findet dieser Analysetypus bei der GIZ, in Verbindung mit Maßnahmen der Eigensicherung und des Risikomanagements, bereits seit zwei Jahren eine Anwendung (Voyame 2012).

Die Forderung nach verbindlicher Kontextanalyse löst allerdings nicht das Problem der oftmals mangelnden Mittel. Unter Handlungsdruck werden gegenwärtig Kontextanalysen als Schreibtischstudien an private Berater ausgelagert. Die formularhafte Mustergliederung zur Kontextanalyse der GIZ enthält eine Tendenz zum bürokratisierten Berichtswesen.

Die Sicherheit entwicklungspolitischer Arbeit in Konfliktgebieten

Eigensicherung und Risikomanagement entwicklungspolitischer und humanitärer Organisationen sind im Projektzeitraum zu einem eigenen großen Themenfeld geworden. Sie sind mit der Frage verbunden, um wessen "Sicherheit" es bei Hilfe geht: um die der Geber oder die der Empfänger? Sprichwörtlich wurde der "Rückzug in den Bunker", das Management von Hilfe aus befestigten Anlagen heraus, mit einheimischen Mitarbeitern, die in den eigentlichen Krisengebieten die praktische Arbeit und das "Liefern" leisten (Duffield 2012, Collinson et al. 2013). Dieser Typus von Hilfe ist durch den Aufbau realer und symbolischer Mauern zwischen Bevölkerung und Gebern gekennzeichnet, die eigene Konfliktfelder schaffen.

Der obigen Praxis gegenüber steht der Anspruch entwicklungspolitischer Nicht-Regierungsorganisationen, die beste Eigensicherung leite sich aus der Nähe und der Verankerung in der Bevölkerung ab. Im Rahmen des Workshops wurde diese Position kontrovers diskutiert. In Afghanistan tangiert dies die Nähe der Entwicklungshilfe zu Einrichtungen der Bundeswehr und ISAF. Viele deutsche Nicht-Regierungsorganisationen haben in den letzten Jahren zu der "Ausweichtechnik" gegriffen, nicht im Einflussbereich der Bundeswehr und des deutschen PRT in Nordostafghanistan zu arbeiten (Jackson/ Haysom 2013: 11). Der grundsätzlichen Frage, wie sich zivile Entwicklungspolitik auf militärische Aktion bezieht (Sahlmann 2011), wird auf diese Weise aber auch ausgewichen, denn dies bedeutet dann nur, unter dem physischen Schutz anderer ISAF-Staaten zu stehen. Soziale Techniken der Herstellung von "Bevölkerungsnähe" in "komplexen Krisen" sind mittlerweile ein eigenes Forschungsfeld geworden (Fast et al. 2011a, Fast et al. 2011b).

Eine Überlegung, die im Rahmen des Workshops durch Hubertus Rüffer geäußert wurde, hat bisher keinen Niederschlag in der Forschung gefunden. Lokale Entwicklungsprojekte, durchgeführt durch NRO, waren bis in die 1990er Jahre kommunikativ in die jeweilige Zielgruppe eingebettet. Daraus hat sich auch die Eigensicherung abgeleitet. Neue Kommunikationskanäle nach Außen und eine allgemeine Politisierung der Entwicklungszusammenarbeit ("gute Regierungsführung" und zivile Konfliktbearbeitung als Arbeitsfeld) haben das lokale Konfliktpotenzial und damit verbundenes Risiko erhöht. Arbeit in Verbindung mit dem Militär erhöht das Risiko zusätzlich.

Paradoxerweise kann man in der Früh- und Vorgeschichte der PRTs in Afghanistan sogar einen Beleg für die Eigensicherungsthese der NRO finden. Der Einsatz von "Kultur" als Waffe enthält im Rahmen von COIN sozialkonstruktivistische Komponenten, die sich auch im Interesse an kollektiven Narrativen niederschlagen, die Bevölkerungsstimmungen enthalten (Ruston et al. 2013, Neate 2010, U.S. Government 2010, 2011). Man kann diese Perspektive natürlich auch umdrehen, und auf militärische Narrative anwenden. Soweit die Entstehungsgeschichte der PRTs bereits historisiert ist, gibt es unterschiedliche Narrative. Die militärische

Standarderzählung betont, es sei von Anfang an um eine Verteilung von humanitärer Hilfe und Aufbau gegangen (Mundey 2011). Ein anderer Narrativ betont den von Anfang an gegebenen, bewussten Bezug zu Aufstandsbekämpfung, unter Einbezug des "menschlichen Faktors" (Barno 2007). Ein dritter Narrativ, der vor allem aus der Welt der Nicht-Regierungsorganisationen stammt, betont einen eher zufälligen Zusammenhang, der sich aus der Koordination von Kriegshandeln (Luftangriffen) und Nahrungsversorgung der Bevölkerung durch große Nicht-Regierungsorganisationen (Internationales Komitee vom Roten Kreuz/ IKRK, CARE, World Food Programme/ WFP) entwickelte (CARE 2001, 2002). Aber die PRTs enthalten noch ein Erbe, das vor dem Datum 9/11 liegt. Danach haben sie sich nicht als logische Folge irgendeiner praktischen Notwendigkeit im Zusammenhang von Sicherheit und Entwicklung in Afghanistan herausgebildet. Ihre Entwicklung folgte einer militärischen Vision, der "Joint Vision 2020" (Chairman of the Joint Chiefs of Staff 2000), die einige Zeit vor dem 9/11 entstand. Die "Joint Vision 2020" enthielt Überlegungen, wie die US-Armee im Rahmen einer langfristigen Strategie zivil-militärische *Interagency*-Kooperation ausbauen könnte. Vertreter dieser Perspektive erkannten im Jahre 2002 durchaus die NRO Position der Eigensicherung durch Nähe zu den Menschen an (Kelleher 2002). Aber Hilfe sollte nicht an Nähe und Neutralität, sondern an Loyalität gekoppelt werden. Hier wäre weitere Forschung dringend notwendig.

Das lokale Verständnis von Sicherheit/ Unsicherheit

Stefan Schütte stellte während des Workshops mikroperspektivische Forschungsergebnisse aus dem Projekt „Menschliche Sicherheit und Entwicklung in Afghanistan“ vor. Am Beispiel des Dorfes Dara-e Kalan im Distrikt Ishkames der Provinz Takhar, betrachtete er lokale Sicherheitsstrategien im Umgang mit multiplen Unsicherheiten: Umwelt, Ressourcen, politisch/ institutionell. Ishkamesh liegt in einem Trockengebiet, in dem Regenfeldbau und nomadische Weidewirtschaft betrieben wird. Das Dorf ist von regenfeldbaubetreibenden Tajiken bewohnt. In höheren Lagen in der Umgebung des Dorfes leben Gujur als Experten in der mobilen Viehzucht, die erst seit den 1980er Jahren in Ishkamesh siedeln. Real halten sich periodenweise 70-80% der männlichen Bevölkerung nicht im Dorf auf. Sie verdienen den Lebensunterhalt als Arbeitsmigranten im Iran oder Pakistan. Die dargestellte geographische Zone war in den 1980er Jahren, während des Kriegs zwischen der Sowjetunion und dem afghanischen Widerstand ein heftig umkämpftes Gebiet, das bis heute stark vermint ist. Multiple Unsicherheiten verbinden, bündeln und verstärken sich dadurch, z.B.:

- chronischer Wassermangel;
- zugespitzte Konkurrenz zwischen Bauern und Viehzüchtern in der Landnut-zung;
- Verminung des Geländes;

- die Umwandlung von Weideland in Ackerland;
- ein Bodenrecht der Realteilung, das zu ständig kleineren Parzellen führt.

Nach 2001 fand eine fragile Versöhnung zwischen lokalen Gruppen und den Gujur, als früheren Taliban-Kollaborateuren, statt. Hierin drücken sich lokale Sicherheitsstrategien im politisch-institutionellen Bereich aus. Wichtig ist, dass in einer derartigen, durch Umweltfaktoren und innere soziale Dynamik bestimmten, Situation nicht zusätzlich äußere Faktoren die Situation anheizen und zu "harm" beitragen. Methodisch erinnert die Vorgehensweise von Stephan Schütte an ältere Fragestellungen der Entwicklungsanthropologie und -soziologie, die bäuerliche Sicherheitsstrategien im Blick hatte (Bierschenk/Elwert/Kohnert 1993). Für zukünftige Forschungen bietet sich ein stärkerer Bezug auf diese Methodik an.

In der Frage nach dem lokalen Verständnis von Sicherheit/ Unsicherheit gab es für das Projekt eine große Schnittstelle mit dem allgemeinen Forschungsinteresse am Zentrum für Entwicklungsländerforschung (ZELF) der Freien Universität Berlin, an dem das Projekt angelagert war. Da auch die dortigen Kollegen vom Reiseverbot nach Afghanistan betroffen waren, gab es hier auch eine pragmatische Schicksalsgemeinschaft. Am ZELF lagen allerdings bis 2009 hinein gewonnene Felddaten vor. Durch die engen Beziehungen einzelner Kollegen zur *Afghanistan Research und Evaluation Unit* (AREU) in Kabul, in deren Rahmen ständig Studien zur Thematik des lokalen Verständnisse von Sicherheit/ Unsicherheit durchgeführt werden (die wir hier nicht ausführlich zitieren), war in der ersten Forschungsphase eine Literaturbeschaffung "auf dem kleinen Dienstweg" möglich. Das stoppte mit den Anfängen der "Transition" und dem damit auch verbundenen Personalwechsel bei AREU. Auch bei AREU (in Verbindung mit den entsprechenden Programmen bei DFID) ist ein Forschungstrend zu bemerken, in der die Wirksamkeit von Hilfe und Interventionshandeln, sowie die damit verbundenen "theories of change", auf sachliche Evidenz bezogen werden sollen. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie arme Menschen unter unsicheren Bedingungen ihren Lebensunterhalt erwirtschaften (Pain 2012). In der Forschung des ZELF stand diese Frage immer im Mittelpunkt (Schütte 2009, Kreutzmann/Schütte 2011, 2012). Diese Herangehensweise hebt sich dezidiert von Fragestellungen ab, in denen primär nach dem Zusammenhang von Hilfe, Interventionshandeln und Anerkennung staatlicher Legitimität gefragt wird (Böhnke/ Koehler/ Zürcher 2013).

Erfahrungen mit dem *National Solidarity Programme*

Auch Mary Beth Wilson stellte Forschungsergebnisse (die mittlerweile als Buch vorliegen; Wilson 2013) aus dem Projekt „Menschliche Sicherheit und Entwicklung in Afghanistan“ vor, die im Distrikt Khulm, Balkh Provinz, gewonnen wurden. Ihr ebenfalls mikroperspektivisch und auf qualitativer Forschung beruhender Beitrag bezog sich auch auf das afghanische National Solidarity Programme (NSP), dessen Ziel einerseits in der Bereitstellung von Mitteln zur lokalen Armutsbekämpfung,

andererseits in der Durchsetzung lokaler Verwaltungsstrukturen liegt. Das NSP wird allgemein als eine der wenigen entwicklungspolitischen Maßnahmen in Afghanistan dargestellt, das durchgehend positive Einschätzungen erhält. Wilson relativierte die „positive Rhetorik“ durch Blicke auf vier Sicherheitsvariablen (wirtschaftliche Sicherheit, individuelle Sicherheit, Sicherheit des Gemeinschaftslebens, Stärkung des Handlungsvermögens/ *empowerment*). Sie kommt zu folgenden Ergebnissen:

- Wirtschaftliche Sicherheit: Ökonomische Veränderungen werden im Dorf durchgehend nicht mit dem NSP assoziiert.
- Individuelle Sicherheit: Die Bevölkerung nimmt eine gesteigerte Sicherheit vor physischer Gewalt wahr, assoziiert aber auch das nicht mit dem NSP.
- Sicherheit des Gemeinschaftslebens: Positiven Einfluss auf eine Stärkung von alten sozialen Netzwerken (als "soziales Kapital") der gegenseitigen Hilfe im Dorf hatte das NSP nicht. Im Gegenteil hat der mit dem NSP verbundene Ressourcenfluss dazu geführt, dass die Parteibildung im Dorf, die mit Strategien der Aneignung von Ressourcen verbunden ist, zugenommen hat.
- Stärkung des Handlungsvermögens: Die mit Projektarbeit verbundene Praxis, beratende Versammlungen (*shura*) mit der Bevölkerung durchzuführen, hat den männlichen Teil der Bevölkerung, darunter auch gerade die jüngeren Männer gestärkt. Gleichzeitig wurde der grundsätzliche Ausschluss der Frauen umso deutlicher unterstrichen.

Wir können aus diesem qualitativen Beispiel keine verallgemeinernden Schlüsse ziehen, aber wir können unterschiedliche Perspektiven benennen, die durch die Arbeit von Mary Beth Wilson einen Kontrast erhalten. Einmal ist es die durch Mark Duffield vertretene, dramatisierende These, in "partizipativen" Programmen wie dem NSP, die weltweit durch die Weltbank unterstützt werden, Beispiele für global wirksame und hegemoniale *Governance*-Modelle, als eine neue Form von "Eingeborenenverwaltung", zu sehen (Duffield 2007: 159ff). Zum anderen ist es die Gegendramatisierung, NSP-ähnliche Programme als Instrumente von COIN wirksam in der Aufstandsbekämpfung einsetzen zu können (Nagl/Exxum/Humayun 2009, Beath/Fotini/Enikolopov 2012). Besonders ISAF und USAID haben Afghanistan ab Herbst 2009, im Zuge von COIN, mit NSP-ähnlichen Programmen überzogen (Brown 2012: 6). Was Wilson dagegen beschreibt ist eine selektive Aneignung von Möglichkeiten durch die Lokalbevölkerung. Entwicklungspakete werden geliefert, aufgeschnürt, ausgepackt und Inhalte lokal neu zusammengesetzt. Der Zuwachs von staatlicher Legitimität und von Frauenrechten ist im Endprodukt nicht notwendiges Ergebnis.

Umgang mit Gewohnheitsrecht versus staatlichem Recht

Eine Grundannahme von Interventionshandeln in Afghanistan ist, man könne mit Hilfe von effektiverer Rechtsprechung, der „Lieferung“ von Recht, sei es über den gewohnheitsrechtlichen oder den staatlichen Sektor, die Legitimität von zentralstaatlichen und lokalen Verwaltungsstrukturen stärken. Friederike Stahlmann (Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Halle) lieferte mit ihren Beitrag zur Transformation von Streitmanagement in der durch schiitische Hazara bewohnten Provinz Bamyan eine subtile rechtsethnologische Kritik an derartigen Annahmen.

Als schiitische Minderheit haben die Hazara ein besonders ambivalentes Verhältnis zu einem durch eine sunnitische Mehrheit geprägten Staat, der mit dem Faktor gewaltsamer Eroberung verbunden ist. Trotzdem erscheint der Staat in Bamyan als erstaunlich durchsetzungsfähig, was physische Gewaltbegrenzung und öffentliche Sicherheit betrifft. Stahlmann führte aus, dass wir es hier, bei der lokalen Nutzung eines staatlich angebotenen Streitmanagement, in Form von Recht und Justiz, mit einer Anerkennung staatlicher Macht ohne Legitimitätszuweisung, zu tun haben. Das gilt beispielhaft für das Verhältnis von Streitmanagement und Gewalthandeln in Form von Blutrache. Unter Hazara dominiert ein normatives Selbstverständnis, dass Vergeltung (*kina*) notwendige Vorbedingung für Ausgleich (*ehteha*) darstellt. Es geht hier nicht nur um einen Opfer-Täter-Ausgleich, sondern auch um die Wirkung auf Tatzeugen, im Sinne einer weiteren Öffentlichkeit. Nicht-Reaktion eines Opfers heißt Aufgabe des Rechtes auf Ausgleich und erniedrigt den sozialen Status von Individuen und Gruppen. Vergeltung ist nicht an unmittelbare Reaktion gebunden. Opfer können durchaus warten, bis sie glauben, gegenüber einem Täter die stärkere Allianz an Unterstützern geschaffen zu haben. Aber auch das können sie nur, wenn sie die Folgen ihres Handelns abschätzen können. Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte (Krieg, Flucht, Wiederansiedlung, Arbeitsmigration) hätten dieses Abschätzungsvermögen zerstört. Allerdings tritt Gewaltreduktion heute zeitweilig ein, gerade weil man die Möglichkeiten eines Gegners nicht mehr abschätzen kann. In dieser Situation wird staatlich vermitteltes Streitmanagement, als Teil der Möglichkeiten unter den Bedingungen von Rechtspluralismus, aufschiebend akzeptiert. Die Fälle werden jedoch nicht geklärt, sondern bleiben als Erinnerung an offene Rechnungen.

Friederike Stahlmanns Forschungsansatz ist methodisch vergleichbar mit den Forschungen, die Christina Gabbert unter den Arbore in Südäthiopien durchgeführt hat (vgl. 2.1.7). In beiden Fällen stieß gewohnheitsmäßiges Retaliationsverhalten an eine vergleichbare Grenze. Für die Akteure war nicht mehr abschätzbar, über welche Ressourcen (Allianzen) sie oder ihre Gegner am Ende verfügen. Das Risiko von Verlauf und Ende von Gewaltanwendung konnte nicht mehr realistisch eingeschätzt werden. Die Lösung der Arbore bestand in einer neuen kollektiven Friedlichkeit. Die Lösung der Hazara liegt in der zeitweiligen Anerkennung staatlicher Rechtsprechung und damit verbundener Gewaltreduktion. Dann wird der Vergleich schwieriger. Arbore leben in einer nicht-hierarchischen Nachbarschaft. Im Falle der Hazara

strukturieren individuelle und kollektive Ehre soziale Beziehungen in einer hierarchischen Nachbarschaft. Die Tendenz, dass Gewaltreduktion nur aufschiebende Wirkung hat, um später durch Gewalt wieder eine Statusstärkung zu erreichen, ist hier viel stärker gegeben.

Zivile Modulierungen von Sicherheit

Entgegen zahlreicher programmatischer Lippenbekenntnisse ist die Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan in den letzten Jahren weitgehend „konfliktunsensibel“ gestaltet worden. Zwar gibt es, wie etwa im Falle der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, durchaus anerkennenswerte lokale Projekte der zivilen Friedensförderung. Was es hingegen nicht gibt, sind gezielte Versuche, das vorhandene Instrumentarium ziviler Ansätze der Konflikttransformation und Friedensförderung systematisch und nachhaltig im Rahmen gesamt-afghanischer Politik einzusetzen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Spielraum für eine ausdrücklich zivile friedensfördernde Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan in der Beobachtungsphase sehr eng war. Oder wie es Timo Christians (Welthungerhilfe) auf der Abschlussveranstaltung des Kongresses "Wege zum Frieden in Afghanistan" (Bonn 13.-14. Oktober 2012) sinngemäß ausdrückte: Entwicklungshilfe hat in Afghanistan nur die Chance, die die Politik ihr einräumt.

Die Idee der „menschlichen Sicherheit“ versucht die Perspektiven der Geber und der Empfänger von Hilfe zu verbinden. Entwicklungszusammenarbeit in Verbindung mit Militär privilegiert im Falle Afghanistans die Modulierung einer militärischen Perspektive auf Sicherheit. Die grundsätzliche Matrix bleibt eine militärische Sicherheitslogik, die durch ein binäres Freund-Feind Schema geprägt ist.

Eine zivile Modulierung von Sicherheit muss multiple Unsicherheiten und Sicherheitsstrategien einbeziehen. Bauern und Viehzüchter entwickeln Routinen im Umgang mit lokaler Unsicherheit (Witterung, Ressourcen, Politik). Attestiert ist aber auch eine starke Störung des Abschätzungsvermögens (als Folge von Krieg, Flucht, Wiederansiedlung, Arbeitsmigration) wer im Rahmen von lokalem Streitmanagement über welche Stärke verfügt. Annahmen über lokale Legitimität sind unter diesen Bedingungen Momentaufnahmen. Insgesamt wissen wir über derartige Zusammenhänge aber noch viel zu wenig, um Verlauf und Folgen von Programmen der zivilen Konfliktbearbeitung abschätzen zu können. Diesen Fragen sollte in Zukunft mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

2.2 Wichtigste Positionen des zahlenmäßigen Nachweises

Tabelle 2.2.1 zeigt die wichtigsten Positionen des zahlenmäßigen Nachweises:

Tabelle 2.2.1: Verwendungsnachweis

0812	Beschäftigte	376.605,78 EUR
0843	Allgemeine Verwaltungsausgaben	350,81 EUR
0846	Dienstreisen	8.458,33 EUR
	Insgesamt	**385.414,92 EUR**

2.3 Notwendigkeit und Angemessenheit der geleisteten Arbeit

Zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention können zu wichtigen Bausteinen für Sicherheitskonzepte und -strategien auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene werden. Durch die Anwendung von „soft skills“ – Prävention und frühzeitige Intervention – könnten sich Ausgaben für Militäreinsätze, humanitäre Hilfe sowie für die Kosten für Wiederaufbaumaßnahmen in Krisengebieten reduzieren lassen (vgl. Ausführungen im nächsten Absatz).

2.4 Voraussichtlicher Nutzen (insbesondere der Verwertbarkeit der Ergebnisse im Sinne des fortgeschriebenen Verwertungsplans)

Gewaltsame und mit Waffen ausgetragene Konflikte verursachen weltweit immense soziale und ökonomische Kosten (vgl. z.B. The World Bank 2011).[52] Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt z.B., dass allein der Bundeswehreinsatz in Afghanistan jährlich drei Milliarden Euro kostet (Rickens 2013). Auch nach der Beendigung eines Konflikts bleiben Folgekosten, die eine nachhaltige Entwicklung langfristig behindern, z.B. durch den Verlust menschlicher Ressourcen, Vernichtung von sozialer und physischer Infrastruktur und/oder natürlichen Ressourcen. Deshalb kann zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention global, regional sowie für einzelne Länder einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen haben. Auch in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland besteht ein Potenzial, beträchtliche Steuermittel einzusparen oder für nachhaltige Entwicklung zu verwenden, die bisher z.B. für die Behebung von Kriegsfolgeschäden oder kurzfristige Katastrophenhilfe im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit verwendet werden. Friedensförderung ist jedoch ein langfristiger Prozess und erfordert Aktivitäten und Weichenstellungen von internationalen Zusammenschlüssen, Staaten, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Der

[52] Vgl. auch die Internetseiten der Initiativen *Cost of War* (http://costsofwar.org/) und *Share the World's Resources* (http://www.stwr.org/special-features/cost-of-war-calculator.html).

Beitrag des Forschungsprojektes – und allgemein universitärer Forschung – besteht in der Reflexion bestehender Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung und Krisenprävention und der Weiterentwicklung der Diskussion in Seminaren, Vorträgen und Veröffentlichungen.

2.5 Fortschritt (bei anderen Stellen) auf dem Gebiet des Vorhabens während der Durchführung

In den letzten Jahren ist eine Fülle von Publikationen sowie im Internet verfügbare sogenannte graue Literatur zu den einzelnen Schwerpunkten des Forschungsprojektes erschienen. Alle relevanten Quellen wurden in die Untersuchung und Diskussion der einzelnen Schwerpunkte einbezogen (vgl. Literaturliste).

2.6 Liste der Veröffentlichungen im Rahmen des Vorhabens

Außerhalb des Abschlussberichtes sind die Ergebnisse des Vorhabens in folgenden Beiträgen publiziert worden (vgl. auch Berichtsblätter mit Kurzfassungen und Details auf den folgenden Seiten):

Zdunnek, Gabriele (2013): Strategische gewaltfreie Aktion. In: Peripherie, Nr. 129: 115-118 (Berichtsblatt 1).

Zdunnek, Gabriele (2012): Friedensförderung durch Entwicklungszusammenarbeit “in” und “an” Konflikten am Beispiel von Sri Lanka. In: Fiege, Karin / Rauch, Theo (Hg.) (2012): Entwicklungszusammenarbeit gestalten. Inhalte und Methoden für ein erfolgreiches Wirken in einem komplexen Berufsfeld. Berlin: 147-160 (Berichtsblatt 2).

Zdunnek, Gabriele (2011): Sicherheit. In: Peripherie, Nr. 122/123: 346-349 (Berichtsblatt 3).

Zdunnek, Gabriele (2010): Gender-Sensitivity and Gender-Blindness in Conflict Early Warning Systems – with a Case Study on the Niger Delta Region (Nigeria), Internetveröffentlichung unter: Women’s International League for Peace and Freedom http://www.peacewomen.org/portal_resources_resource.php?id=968 (Berichtsblatt 4).

Zdunnek, Gabriele / Zitelmann, Thomas (2011): Wirkungen von Friedensförderung, Entwicklungszusammenarbeit und Militarisierung – Konzepte und Praxis in Afghanistan. In: Peripherie, Nr. 122/123: 178-208 (Berichtsblatt 5).

Zitelmann, Thomas (2012): Sicherheit und Entwicklungsarchitektur in Afghanistan. In: *inamo* 72: 39-42 (Berichtsblatt 6).

Zitelmann, Thomas (2011): Ethnologie im Krieg: das Human Terrain System und die Darstellung der paschtunischen „Stammesgesellschaft“. In: Schetter, Conrad / Klußmann, Jörgen (Hg.): Der Taliban-Komplex. Zwischen Aufstandsbewegung und Militäreinsatz. Frankfurt: Campus: 245-266 (Berichtsblatt 7).

Zitelmann, Thomas (2011): Folgen der Entwicklungshilfe *reloaded*: Das Militär in der Arena. In: Schareika, Nikolas / Spiess, Eva / Le Meur, Pierre-Yves (Hg.): Auf dem Boden der Tatsachen. Festschrift für Thomas Bierschenk. Köln: Rüdiger Köppe: 199-216 (Berichtsblatt 8).

Zitelmann, Thomas (2010): Die Logik des Human Terrain System und die militäranthropologische Repräsentation segmentärer Ordnungen. In: „Wer sind die Taliban? Afghanistan und Pakistan im Regionalkonflikt“ (Texte eines Symposiums, 26.-28 März 2010, in der Ev. Akademie im Rheinland), *epd-Dokumentation*, Nr. 27-28: 63-73 (Berichtsblatt 9).

Geplante Veröffentlichungen

Gabriele Zdunnek / Thomas Zitelmann (Hg.) (2013): Dimensionen von Sicherheit (Arbeitstitel). Berlin.

Baumann, Marcel / Zitelmann, Thomas (2014): Entwicklung, Sicherheit und zivil-militärische Beziehungen: Wege zum Dual Use? Politische Vierteljahreszeitschrift, Sonderheft Entwicklungspolitik (Text ist im Peer-Review-Verfahren, Berichtsblatt 10).

Berichtsblatt 1

<table>
<tr><td>1. ISBN oder ISSN

ISBN 978-3-89691-833-8, ISSN 0173-184X</td><td colspan="2">2. Berichtsart

Publikation</td></tr>
<tr><td colspan="3">3. Titel

Strategische gewaltfreie Aktion</td></tr>
<tr><td rowspan="4">4. Autor(en) [Name(n), Vorname(n)]

Zdunnek, Gabriele</td><td colspan="2">5. Abschlussdatum des Vorhabens

Dezember 2012</td></tr>
<tr><td colspan="2">6. Veröffentlichungsdatum

2013</td></tr>
<tr><td colspan="2">7. Form der Publikation

Artikel</td></tr>
<tr><td></td></tr>
<tr><td rowspan="4">8. Durchführende Institution

Freie Universität Berlin

Institut für Geographische Wissenschaften

Geographische Entwicklungsforschung

Malteserstr. 74-100, Hause K

D 12249 Berlin, Germany

Tel. + 49-30-838 70 223 Fax +49-30 838 70 757</td><td colspan="2">9. Ber. Nr. Durchführende Institution

---</td></tr>
<tr><td colspan="2">10. Förderkennzeichen

13N10445</td></tr>
<tr><td colspan="2">11. Seitenzahl

4</td></tr>
<tr><td></td></tr>
<tr><td rowspan="4">12. Fördernde Institution

Bundesministerium für

Bildung und Forschung (BMBF)

53170 Bonn</td><td colspan="2">13. Literaturangaben

7</td></tr>
<tr><td colspan="2">14. Tabellen

Keine</td></tr>
<tr><td colspan="2">15. Abbildungen

Keine</td></tr>
<tr><td></td></tr>
<tr><td colspan="3">16. Zusätzliche Angaben

---</td></tr>
<tr><td colspan="3">17. Vorgelegt bei (Titel, Ort, Datum)

---</td></tr>
</table>

18. Kurzfassung

In dem Artikel wird das Konzept der strategischen gewaltfreien Aktion nach Gene Sharp dargestellt. Eine Besonderheit des Ansatzes ist, dass das Prinzip der Gewaltfreiheit nicht ethisch oder moralisch begründet wird, sondern damit, dass gewaltfreie Aktionen in vielen Fällen wirksamer sind als bewaffneter Widerstand. Mittlerweile bieten einige Nicht-Regierungsorganisationen weltweit Workshops, Training und auch Seminare an verschiedenen Universitäten zu dem Thema an. Inwieweit Konzepte der gewaltfreien Aktion in den letzten Jahren Oppositionsbewegungen und Auseinandersetzungsprozesse in Osteuropa, der Kaukasusregion oder den Ländern des sogenannten „arabischen Frühlings“ beeinflusst haben, ist umstritten.

19. Schlagwörter

Strategische gewaltfreie Aktion, gewaltfreier Widerstand

20. Verlag	21. Preis
Zeitschrift Peripherie Verlag Westfälisches Dampfboot Hafenweg 26a 48155 Münster	12,00 Euro

Berichtsblatt 2

1. ISBN oder ISSN ISBN 3-936602-52-2, ISSN 1433-4585	2. Berichtsart Publikation
3. Titel Friedensförderung durch Entwicklungszusammenarbeit “in” und “an” Konflikten am Beispiel von Sri Lanka	
4. Autor(en) [Name(n), Vorname(n)] Zdunnek, Gabriele	5. Abschlussdatum des Vorhabens Dezember 2012
	6. Veröffentlichungsdatum 2012
	7. Form der Publikation Artikel
8. Durchführende Institution Freie Universität Berlin Institut für Geographische Wissenschaften Geographische Entwicklungsforschung Malteserstr. 74-100, Hause K D 12249 Berlin, Germany Tel. + 49-30-838 70 223 Fax +49-30 838 70 757	9. Ber. Nr. Durchführende Institution ---
	10. Förderkennzeichen 13N10445
	11. Seitenzahl 14
12. Fördernde Institution Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 53170 Bonn	13. Literaturangaben 30
	14. Tabellen Keine
	15. Abbildungen Keine
16. Zusätzliche Angaben ---	
17. Vorgelegt bei (Titel, Ort, Datum) ---	

18. Kurzfassung

In dem Artikel werden am Beispiel Sri Lankas Wirkungen konfliktunsensibler Entwicklungszusammenarbeit sowie Möglichkeiten und Grenzen für die Arbeit „in“ und „an“ Konflikten dargestellt. Trotz zunehmender Gewalt war Entwicklungszusammenarbeit in Sri Lanka bis Mitte der 1990er Jahre weitgehend konfliktunsensibel; die Nichtberücksichtigung von Konflikten trug zu weiteren Spannungen bei. 2003 verpflichteten sich die Geberorganisationen explizit dazu, finanzielle und technische Unterstützung mit Fortschritten im Friedensprozess zu verbinden – als „positive Konditionalität“. Evaluierungen zeigten jedoch, dass trotz dieses Anspruchs keine „Theory of Change“ formuliert wurde, d.h. ein logischer Zusammenhang zwischen allgemein formulierten Zielen wie z.B. „Konsolidierung des Friedens" oder „Lösung von Konflikten“ und den durchgeführten Maßnahmen. Ein Fazit in Bezug auf den möglichen Beitrag von Entwicklungszusammenarbeit zur Förderung von Frieden ist, dass Konfliktsensibilität eine minimale Voraussetzung für Entwicklungszusammenarbeit in Krisengebieten ist, um bestehende Konflikte zu verringern oder zumindest nicht weiter zu verschärfen. Projekte und Programme können jedoch nur erfolgreich sein, wenn gleichzeitig „an“ Konflikten gearbeitet wird. Andernfalls kann das Erreichte bei einer erneuten Eskalation von Gewalt schnell wieder zunichte gemacht werden.

19. Schlagwörter

Sri Lanka, „soft skills“, Konflikt, Bürgerkrieg, Entwicklungszusammenarbeit, Friedensförderung

20. Verlag	21. Preis
Humboldt Universität zu Berlin Seminar für ländliche Entwicklung Hessische Str. 1-2 10115 Berlin	Frei verfügbar über: http://www.sle-berlin.de/index.php/de/homen1/sle-50-jahre/publikation-50-jahre

Berichtsblatt 3

<table>
<tr><td>1. ISBN oder ISSN

ISBN 978-3-89691-838-4, ISSN 0173-184X</td><td colspan="2">2. Berichtsart

Publikation</td></tr>
<tr><td colspan="3">3. Titel

Sicherheit</td></tr>
<tr><td rowspan="3">4. Autor(en) [Name(n), Vorname(n)]

Zdunnek, Gabriele</td><td colspan="2">5. Abschlussdatum des Vorhabens

Dezember 2012</td></tr>
<tr><td colspan="2">6. Veröffentlichungsdatum

2011</td></tr>
<tr><td colspan="2">7. Form der Publikation

Artikel</td></tr>
<tr><td rowspan="3">8. Durchführende Institution

Freie Universität Berlin

Institut für Geographische Wissenschaften

Geographische Entwicklungsforschung

Malteserstr. 74-100, Hause K

D 12249 Berlin, Germany

Tel. + 49-30-838 70 223 Fax +49-30 838 70 757</td><td colspan="2">9. Ber. Nr. Durchführende Institution

---</td></tr>
<tr><td colspan="2">10. Förderkennzeichen

13N10445</td></tr>
<tr><td colspan="2">11. Seitenzahl

4</td></tr>
<tr><td rowspan="3">12. Fördernde Institution

Bundesministerium für

Bildung und Forschung (BMBF)

53170 Bonn</td><td colspan="2">13. Literaturangaben

11</td></tr>
<tr><td colspan="2">14. Tabellen

Keine</td></tr>
<tr><td colspan="2">15. Abbildungen

Keine</td></tr>
<tr><td colspan="3">16. Zusätzliche Angaben

---</td></tr>
<tr><td colspan="3">17. Vorgelegt bei (Titel, Ort, Datum)

---</td></tr>
</table>

18. Kurzfassung

In dem Beitrag wird ein Überblick über die Diskussion zu Konzepten von „menschlicher“ und „erweiterter“ Sicherheit gegeben. Das Konzept der menschlichen Sicherheit bedeutet einen grundsätzlichen Perspektivenwechsel. Bezugspunkt für Sicherheit ist nicht der Nationalstaat, sondern Individuen. Ziel ist die „Freiheit von Furcht“ und die „Freiheit von Not“. Demgegenüber ist das Konzept der „erweiterten“ Sicherheit in starkem Maße von der Wahrnehmung neuer (nicht-militärischer) Risiken und Bedrohungen geprägt. Die Gemeinsamkeit beider Konzepte ist die Betonung, dass sich in einer zunehmend interdependenten Welt Probleme wie Armut, Unterentwicklung, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung nicht nur auf ihre unmittelbare Umgebung auswirken. Die „Versicherheitlichung“ nicht-militärischer Politikfelder wird kontrovers diskutiert. Das Spannungsfeld liegt darin, dass damit zum einen die Grenzen militärischer Instrumente und die Notwendigkeit von Prävention und ziviler Konfliktbearbeitung unterstrichen wird, die Argumentation aber ebenso dazu genutzt werden kann, die Militarisierung der Außenpolitik und die Einschränkung von Freiheiten und Rechten innerhalb von Staaten zu rechtfertigen.

19. Schlagwörter

Menschliche Sicherheit, erweiterte Sicherheit, Versicherheitlichung

20. Verlag	21. Preis
Zeitschrift Peripherie Verlag Westfälisches Dampfboot Hafenweg 26a 48155 Münster	21,00 Euro

Berichtsblatt 4

1. ISBN oder ISSN Internet-Veröffentlichung	2. Berichtsart (Internet-)Veröffentlichung
3. Titel Gender-Sensitivity and Gender-Blindness in Conflict Early Warning Systems – with a Case Study on the Niger Delta Region (Nigeria)	
4. Autor(en) [Name(n), Vorname(n)] Zdunnek, Gabriele	5. Abschlussdatum des Vorhabens Dezember 2012
	6. Veröffentlichungsdatum 2010
	7. Form der Publikation Artikel (Internet-Veröffentlichung)
8. Durchführende Institution Freie Universität Berlin Institut für Geographische Wissenschaften Geographische Entwicklungsforschung Malteserstr. 74-100, Hause K D 12249 Berlin, Germany Tel. + 49-30-838 70 223 Fax +49-30 838 70 757	9. Ber. Nr. Durchführende Institution --- 10. Förderkennzeichen 13N10445 11. Seitenzahl 19
12. Fördernde Institution Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 53170 Bonn	13. Literaturangaben 43 14. Tabellen Keine 15. Abbildungen Keine
16. Zusätzliche Angaben ---	
17. Vorgelegt bei (Titel, Ort, Datum) ---	

18. Kurzfassung

In dem Artikel wird analysiert, inwieweit Gender-Perspektiven in Konflikt-Frühwarnsysteme integriert sind. Konflikt-Frühwarnsysteme werden als systematische Konfliktanalysen definiert, die „frühes Handeln“ in Bezug auf die Entschärfung und Transformation von Gewaltkonflikten ermöglichen sollen. Es wird dargestellt, dass es durchaus ein Bewusstsein für die mögliche bedeutende Rolle von Frauen bei Initiativen zur Friedensförderung gibt, in der Praxis bleiben Gender-Perspektiven jedoch weitgehend ausgeklammert.

19. Schlagwörter

Frühwarnsysteme, Friedensförderung, Gender, Resolution 1325

20. Verlag	21. Preis
UN Women United Nations Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women http://www.peacewomen.org/assets/file/Resources/Academic/partpp_gendersensitivityblindnessconflictearlywarningnigeria_zdunnek_aug192010.pdf	Frei im Internet verfügbar

Berichtsblatt 5

<table>
<tr><td>1. ISBN oder ISSN

ISBN 978-3-89691-838-4, ISSN 0173-184X</td><td colspan="2">2. Berichtsart

Publikation</td></tr>
<tr><td colspan="3">3. Titel

Wirkungen von Friedensförderung, Entwicklungszusammenarbeit und Militarisierung – Konzepte und Praxis in Afghanistan</td></tr>
<tr><td rowspan="3">4. Autor(en) [Name(n), Vorname(n)]

Zdunnek, Gabriele

Zitelmann, Thomas</td><td colspan="2">5. Abschlussdatum des Vorhabens

Dezember 2012</td></tr>
<tr><td colspan="2">6. Veröffentlichungsdatum

2011</td></tr>
<tr><td colspan="2">7. Form der Publikation

Artikelt</td></tr>
<tr><td rowspan="3">8. Durchführende Institution

Freie Universität Berlin

Institut für Geographische Wissenschaften

Geographische Entwicklungsforschung

Malteserstr. 74-100, Hause K

D 12249 Berlin, Germany

Tel. + 49-30-838 70 223 Fax +49-30 838 70 757</td><td colspan="2">9. Ber. Nr. Durchführende Institution

---</td></tr>
<tr><td colspan="2">10. Förderkennzeichen

13N10445</td></tr>
<tr><td colspan="2">11. Seitenzahl

30</td></tr>
<tr><td rowspan="3">12. Fördernde Institution

Bundesministerium für

Bildung und Forschung (BMBF)

53170 Bonn</td><td colspan="2">13. Literaturangaben

126</td></tr>
<tr><td colspan="2">14. Tabellen

Keine</td></tr>
<tr><td colspan="2">15. Abbildungen

Keine</td></tr>
<tr><td colspan="3">16. Zusätzliche Angaben

---</td></tr>
<tr><td colspan="3">17. Vorgelegt bei (Titel, Ort, Datum)

---</td></tr>
</table>

18. Kurzfassung

In dem Artikel wird die Frage gestellt, ob und inwieweit Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung in Krisengebieten zur Prävention oder Reduktion von Konflikten beitragen können. Zunächst wird ein Überblick über Ansätze gegeben, die darauf zielen, „Konfliktsensibilität“ als Querschnittsthema in die Planung, Implementierung und Evaluierung von Entwicklungsprojekten und -programmen zu integrieren. Mittlerweile wurde vielfach nachgewiesen, dass sogar wenn humanitäre Hilfe oder Entwicklungszusammenarbeit Verbesserungen in der sozio-ökonomischen Situation von Zielgruppen bewirken, sie gleichzeitig (unbeabsichtigt) zur Verschärfung von Spannungen und der Eskalation von Konflikten beitragen können. Auch Maßnahmen zur Friedensförderung – wie die Reintegration von Flüchtlingen und die Demobilisierung von Milizen – können negative Auswirkungen auf Individuen und Gruppen haben. Am Beispiel Afghanistans lassen sich extrem negative Entwicklungen darstellen. Entgegen zahlreicher programmatischer Lippenbekenntnisse ist die Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan in den letzten Jahren weitgehend „konfliktunsensibel“ gestaltet worden. Zwar gibt es, wie etwa im Falle der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, durchaus anerkennenswerte lokale Projekte der zivilen Friedensförderung. Was es hingegen nicht gibt, sind gezielte Versuche, das vorhandene Instrumentarium ziviler Ansätze der Konflikttransformation und Friedensförderung systematisch und nachhaltig im Rahmen gesamt-afghanischer Politik einzusetzen. Die Bundesregierung passt die Verzahnung von Militäreinsatz, Entwicklungs- und Außenpolitik der Praxis an, die in den USA und Großbritannien bereits seit längerer Zeit üblich ist. Die Formel „aufräumen, sichern, aufbauen“ (clear, hold, build) ist zum magischen Mantra der militärischen Aufstandsbekämpfung (counterinsurgency) geworden. Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen von „Aufstandsbekämpfung“ geht von einer zentralen Grundannahme aus: Hilfe durch Interventen (Geld, Leistungen) und Gegengaben der Interventionsbetroffenen (Wohlwollen, Information, Gastfreundschaft, Akzeptanz) können durch kalkuliertes Selbstinteresse in nachhaltige Zusammenarbeit überführt werden. Der Spielraum für eine ausdrücklich zivile friedensfördernde Entwicklungszusammenarbeit wird dadurch in Afghanistan sehr eng.

19. Schlagwörter

Do no harm, Evaluierung, Wirkungsanalyse, Entwicklungszusammenarbeit, Friedensförderung, Afghanistan, Aufstandsbekämpfung

20. Verlag	21. Preis
Zeitschrift Peripherie Verlag Westfälisches Dampfboot Hafenweg 26a 48155 Münster	21,00 Euro

Berichtsblatt 6

1. ISBN oder ISSN ISSN 0946-0721	2. Berichtsart Publikation
3. Titel Sicherheit und Entwicklungsarchitektur in Afghanistan	
4. Autor(en) [Name(n), Vorname(n)] Zitelmann, Thomas	5. Abschlussdatum des Vorhabens Dezember 2012
	6. Veröffentlichungsdatum 2012
	7. Form der Publikation Artikel
8. Durchführende Institution Freie Universität Berlin Institut für Geographische Wissenschaften Geographische Entwicklungsforschung Malteserstr. 74-100, Hause K D 12249 Berlin, Germany Tel. + 49-30-838 70 223 Fax +49-30 838 70 757	9. Ber. Nr. Durchführende Institution --- 10. Förderkennzeichen 13N10445 11. Seitenzahl 4
12. Fördernde Institution Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 53170 Bonn	13. Literaturangaben 6 14. Tabellen Keine 15. Abbildungen Keine
16. Zusätzliche Angaben ---	
17. Vorgelegt bei (Titel, Ort, Datum) ---	

18. Kurzfassung

Für Afghanistan betrug die Summe der als Offizielle Entwicklungszusammenarbeit (ODA) erklärten Hilfsgelder in den Jahren 2007-2008 ca. 3,8 Milliarden US $. Mit der Systematisierung der «Aufstandsbekämpfung» in den Jahren 2009-2010 steigerte sich der Betrag auf ca. 5,5 Milliarden US $ (Quelle: OECD). Im Schatten dieser Hilfe gedeiht ein «Rentenstaat», dessen politische Akteure auf Regulationsmacht im Bereich des staatlichen Gewaltmonopols verzichten, zugunsten von Akkumulationsmacht in der Aneignung äußerer Ressourcen. Korruption ist ein Kanal dieser Akkumulationsmacht. Die Politik der Interventionsmächte trägt auf diese Weise nachhaltig zur Schaffung eines chronisch «fragilen Staates» in Afghanistan bei.

19. Schlagwörter

Afghanistan, Entwicklungszusammenarbeit, zivil-militärische Beziehungen, Aufstandsbekämpfung, Korruption

20. Verlag	21. Preis
Inamo Nr. 72 Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten (inamo) e.V. Postfach 310727 10637 Berlin	5,50 Euro

Berichtsblatt 7

1. ISBN oder ISSN ISBN 978-3-593-39504-3	2. Berichtsart Publikation
3. Titel "Ethnologie im Krieg: das Human Terrain System und die Darstellung der paschtunischen „Stammesgesellschaft". In: Schetter, Conrad, Jörgen Klußmann (Hg.): Der Taliban-Komplex. Zwischen Aufstandsbewegung und Militäreinsatz	
4. Autor(en) [Name(n), Vorname(n)] Zitelmann, Thomas	5. Abschlussdatum des Vorhabens Dezember 2012
	6. Veröffentlichungsdatum 2011
	7. Form der Publikation Artikel
8. Durchführende Institution Freie Universität Berlin Institut für Geographische Wissenschaften Geographische Entwicklungsforschung Malteserstr. 74-100, Hause K D 12249 Berlin, Germany Tel. + 49-30-838 70 223 Fax +49-30 838 70 757	9. Ber. Nr. Durchführende Institution ---
	10. Förderkennzeichen 13N10445
	11. Seitenzahl 22
12. Fördernde Institution Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 53170 Bonn	13. Literaturangaben 41
	14. Tabellen Keine
	15. Abbildungen Keine
16. Zusätzliche Angaben ---	
17. Vorgelegt bei (Titel, Ort, Datum) - Überarbeitete Fassung von Beitrag „Wer sind die Taliban? Afghanistan und Pakistan im Regionalkonflikt“, Symposium 26.-28 März 2010, in der Ev. Akademie im Rheinland, Bonn	

18. Kurzfassung

Auf der militärischen Seite finden wir seit dem letzten Jahrzehnt eine enorme Ausweitung der Einvernahme soziokulturellen Wissens in militärisches Handeln. Seit 2006 wurde in diesem Rahmen zur Unterstützung der Aufstandsbekämpfung im Irak und in Afghanistan in den USA das militär-ethnographisch arbeitende "Human Terrain System" (HTS) aufgebaut. Der Beitrag beschäftigt sich mit Annahmen über die paschtunische Gesellschaft und deren Verbindung mit Mobilisierungtechniken der Taliban in Afghanistan, die dem zivil-militärischen Handeln der Amerikaner im Rahmen der ersten Phase der als "the surge" bekannten Aufstandsbekämpfung (2009-2010) in Afghanistan zu Grunde lagen.

19. Schlagwörter

Human Terrain System, Afghanistan, Paschtunen, Ethnologie, zivil-militärisch, sanfte Macht, soft power, Taliban, Aufstandsbekämpfung, Stammesgesellschaft

20. Verlag	21. Preis
Campus Verlag Kurfürstenstr. 49 60486 Frankfurt a. Main	29,90 Euro

Berichtsblatt 8

1. ISBN oder ISSN ISBN 978-3-89645-828-5	2. Berichtsart Publikation
3. Titel "Folgen der Entwicklungshilfe *reloaded*: Das Militär in der Arena". In: Schareika, Nikolas, Eva Spiess, Pierre-Yves Le Meur (Hg.), *Auf dem Boden der Tatsachen. Festschrift für Thomas Bierschenk*	
4. Autor(en) [Name(n), Vorname(n)] Zitelmann, Thomas	5. Abschlussdatum des Vorhabens Dezember 2012
	6. Veröffentlichungsdatum 2011
	7. Form der Publikation Artikel
8. Durchführende Institution Freie Universität Berlin Institut für Geographische Wissenschaften Geographische Entwicklungsforschung Malteserstr. 74-100, Hause K D 12249 Berlin, Germany Tel. + 49-30-838 70 223 Fax +49-30 838 70 757	9. Ber. Nr. Durchführende Institution ---
	10. Förderkennzeichen 13N10445
	11. Seitenzahl 17
12. Fördernde Institution Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 53170 Bonn	13. Literaturangaben 61
	14. Tabellen Keine
	15. Abbildungen Keine
16. Zusätzliche Angaben ---	
17. Vorgelegt bei (Titel, Ort, Datum) Überarbeitete Fassung eines Vortrages: „Konfliktforschung, angewandte Ethnographie und Militär – ein ethnologischer Blick auf Möglichkeiten und Grenzen des Human Terrain System (HTS)", Vortrag, Operatives Zentrum Mayen (Deutsche Bundeswehr), 22.11.2010.	

18. Kurzfassung

Die magische Formel „Aufräumen, Sichern, Aufbauen“ (clear, hold, built) ist zu einem Mantra der militärischen Aufstandsbekämpfung (counterinsurgency/ COIN) im Irak und Afghanistan geworden. Die Institutionalisierung dieser Formel enthält eine Unterordnung von Not- und Entwicklungshilfe unter die Prinzipien von COIN. Gleichzeitig sind dabei hohe Erwartungen an sozio-kulturelle Experten, in der Bereitstellung von „sanften Wissen“, verbunden, die weit über die beiden Kriegsgebiete hinausreichen. Übergreifend ist davon ein Zusammenhang von Militär, Entwicklungspolitik und soziokultureller Expertise in einem durch umfassendes Sicherheitsdenken (Sekurisierung) geprägten politischen Raum betroffen. Soziokulturelles Wissen und speziell die Anthropologie soll zum öffentlichen Verständnis der langfristigen Bedrohungslage und der nötigen Gegenstrategien im Milieu der zerfallenden Strukturen beitragen. In dem Beitrag werden aus einer vergleichenden Perspektive Prozesse in den USA (Human Terrain System) und in Deutschland (soziokulturelle Einsatzberatung) betrachtet.

19. Schlagwörter

Human Terrain System, soziokulturelle Einsatzberatung, soft power, sanfte Macht, Entwicklungszusammenarbeit, zivil-militärische Zusammenarbeit, Ethnologie, Aufstandsbekämpfung, Sicherheit

20. Verlag	
Rüdiger Köppe Verlag Postfach 450643 50881 Köln	38,00 Euro

Berichtsblatt 9

1. ISBN oder ISSN ISSN 1619-5809	2. Berichtsart Publikation
3. Titel Die Logik des Human Terrain System und die militäranthropologische Repräsentation segmentärer Ordnungen	
4. Autor(en) [Name(n), Vorname(n)] Zitelmann, Thomas	5. Abschlussdatum des Vorhabens Dezember 2012 6. Veröffentlichungsdatum 2010 7. Form der Publikation Artikel
8. Durchführende Institution Freie Universität Berlin Institut für Geographische Wissenschaften Geographische Entwicklungsforschung Malteserstr. 74-100, Hause K D 12249 Berlin, Germany Tel. + 49-30-838 70 223 Fax +49-30 838 70 757	9. Ber. Nr. Durchführende Institution --- 10. Förderkennzeichen 13N10445 11. Seitenzahl 10
12. Fördernde Institution Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 53170 Bonn	13. Literaturangaben 39 14. Tabellen Keine 15. Abbildungen Keine
16. Zusätzliche Angaben ---	
17. Vorgelegt bei (Titel, Ort, Datum) - Originalbeitrag „Wer sind die Taliban? Afghanistan und Pakistan im Regionalkonflikt“, Symposium 26.-28 März 2010, in der Ev. Akademie im Rheinland, Bonn	

18. Kurzfassung

Auf der militärischen Seite finden wir seit dem letzten Jahrzehnt eine enorme Ausweitung der Einvernahme soziokulturellen Wissens in militärisches Handeln. In den USA werden Varianten dieses Wissensschöpfungskomplexes unter dem Begriff des "Human Terrain Systems" (HTS) behandelt. Der Beitrag geht auf die theoretischen und methodischen Überlegungen ein, die mit den Anfängen von HTS (2006-2009) und dessen Einsatz als Mittel der zivil-militärischen Aufstandsbekämpfung (Irak, Afghanistan) verknüpft waren

19. Schlagwörter

Human Terrain System, Afghanistan, Paschtunen, Ethnologie, zivil-militärisch, sanfte Macht, soft power, Taliban, Aufstandsbekämpfung, Stammesgesellschaft

20. Verlag	21. Preis
epd-Dokumentation Nr.27-28 Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik Emil-von-Behring-Str. 3 60439 Frankfurt a. Main	7,90 Euro

Berichtsblatt 10

1. ISBN oder ISSN	2. Berichtsart
ISSN 0032-3470	Publikation

3. Titel

Entwicklung, Sicherheit und zivilmilitärische Beziehungen: Wege zum Dual Use? [Text ist im Peer-Review-Verfahren]

4. Autor(en) [Name(n), Vorname(n)]	5. Abschlussdatum des Vorhabens
Baumann, Marcel	Dezember 2012
Zitelmann, Thomas	2014 (vorgesehen)
	7. Form der Publikation
	Artikel
8. Durchführende Institution	9. Ber. Nr. Durchführende Institution
Freie Universität Berlin	---
Institut für Geographische Wissenschaften	10. Förderkennzeichen
Geographische Entwicklungsforschung	13N10445
Malteserstr. 74-100, Hause K	11. Seitenzahl
D 12249 Berlin, Germany	50 (Manuskriptseiten)
Tel. + 49-30-838 70 223 Fax +49-30 838 70 757	
12. Fördernde Institution	13. Literaturangaben
Bundesministerium für	227
Bildung und Forschung (BMBF)	14. Tabellen
53170 Bonn	Keine
	15. Abbildungen
	Keine

16. Zusätzliche Angaben

---

17. Vorgelegt bei (Titel, Ort, Datum)

---

18. Kurzfassung

Im Mittelpunkt des Textes steht die kritische Reflexion über die Hintergründe, Facetten und Folgen der Versicherheitlichung von Entwicklungszusammenarbeit. Dargestellt werden ungleichzeitige Prozesse in unterschiedlichen Gesellschaften des „globalen Nordens“, die jedoch durch die Entwicklung in den USA in erheblichem Maße dominiert werden. Seit den 1990er Jahren wurde eine Vielzahl politisch gesetzter Begriffe entwickelt, über die neue, ganzheitlich verstandene, sicherheitspolitische Handlungsorientierungen transportiert wurden, die den Anspruch erheben, über klassisches, nationalstaatlich und bündnisorientiertes militärisches Sicherheitsdenken hinauszugehen und soziale, wirtschaftliche, politische und umweltbezogene Faktoren ein zu beziehen. Zentraler methodischer und analytischer Bezugspunkt des Textes sind Rhetoriken und Praktiken an der Schnittstelle von Entwicklungszusammenarbeit, zivil-militärischen Beziehungen und erweiterten Sicherheitsüberlegungen. Herausgearbeitet werden dahinterliegende Prozessen der Routinisierung und Bürokratisierung der Einbindungsmechanismen unterschiedlicher Politikfelder (Sicherheit, Entwicklung, Außen- und Innenpolitik). Die Ausweitung der militärischen UN-Missionen in den 1990er Jahren und der damit eingehende neue Zeitgeist der Intervention hat pragmatische Interaktionen zwischen Militär und zivilen Institutionen gefördert, die durch die Forderung nach Handlungskohärenz begleitet waren. Aktuell wird "Kohärenz" gerne durch "Diversitätsmanagement" ersetzt. „Dual use“, die Möglichkeit der zivilen und militärischen Nutzung technischer Innovationen, ist ein klassisches Thema der Betrachtung zivil-militärischer Schnittstellen. An Hand von empirischen Beispielen werden Varianten des "dual use" an der Schnittstelle von Entwickungszusammenarbeit, Sicherheit und zivil-militärischen Beziehungen dargestellt.

19. Schlagwörter

Versicherheitlichung, Sicherheit, Entwicklungszusammenarbeit, dual use, zivil-militärische Beziehungen

20. Verlag	21. Preis
Politische Vierteljahreszeitschrift (Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft) NOMOS Verlagsgesellschaft Waldseestraße 3-5 76530 Baden Baden	unbekannt

Literatur

AA/BMVg/BMZ – Auswärtiges Amt / Bundesministerium der Verteidigung / Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2012): Für eine kohärente Politik der Bundesregierung gegenüber fragilen Staaten – Ressortübergreifende Leitlinien. http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/leitlinien_fragile_staaten.pdf, letzter Aufruf: 8.5.2013.

Altvater, Elmar (2003): Menschliche Sicherheit – Entwicklungsgeschichte und politische Forderungen. Arbeitspapier, Feministisches Institut der Heinrich Böll Stiftung. http://www.glow-boell.de/media/de/txt_rubrik_3/Altvater.pdf, letzter Aufruf: 8.5.2011.

Anderlini, Sanam Naraghi(2008): Die Bedeutung der Resolution 1325 für die Europäische Friedens- und Sicherheitspolitik – ein kleiner Schritt für den Sicherheitsrat, ein großer Schritt für die Menschheit. In: Gunda-Werner-Institut (Hg.): Hoffnungsträger 1325. Resolution für eine geschlechtergerechte Friedens- und Sicherheitspolitik in Europa. Königstein/Taunus.

Anderson, Mary B. (1999): Do no Harm. How Aid can Support Peace or War. Boulder.

Anderson, Mary B. (2004): Experiences with Impact Assessment: Can we know what Good we do? In: Berghof Research Center for Conflict Management. Berghof Handbook.

Anderson, Mary B. / Lara Olson (2003): Confronting War: Critical Lessons for Peace Practitioners. Cambridge: The Collaborative for Development Action, Reflecting on Peace Practice Project.

APFO / CECORE / CHA / FEWER / International Alert / Saferworld (2004): Conflict-sensitive Approaches to Development, Humanitarian Assistance and Peacebuilding: A Resource Pack. http://www.conflictsensitivity.org/publications/conflict-sensitive-approaches-development-humanitarian-assistance-and-peacebuilding-res, letzter Aufruf: 3.3.2011.

Armée de Terre (2012): Création du Centre Interarmées des Actions sur l'Environnement. http://www.defense.gouv.fr/terre/actu-terre/creation-du-centre-interarmees-des-actions-sur-l-environnement, letzter Aufruf: 1.8.2013.

Auswärtiges Amt: 3. Bericht der Bundesregierung über Maßnahmen zur Umsetzung der Sicherheitsresolution 1325 ("Frauen, Frieden und Sicherheit"). https://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/357668/publicationFile/149929/Frauen-BerichtRes1325.pdf, letzter Aufruf: 8.5.2011.

Barfield, Thomas J. (2003): Afghan Customary Law and Its Relationship to Formal Judicial Institutions (draft copy). Washington DC, United States Institute of Peace.

Barno, David W. (2007): Fighting "The Other War". Counterinsurgency Strategy in Afghanistan, 2003-2005 Military Review, September-October 2007: 32-44.

Barton, Rick (2013): Applying Lessons Learned from Afghanistan around the World. http://www.fletcherforum.org/2013/06/07/burton/, letzter Aufruf: 10.8.2013.

Baumann, Marcel M. (2013): Arabischer Frühling. In: Peripherie 129: 112-114.

Beath, Andrew / Fotini, Christia / Enikolopov, Ruben (2012): Winning Hearts and Minds through Development? Evidence from a Field Experiment in Afghanistan. Impact Evaluation series, No. IE 67; Policy Research working paper, No. WPS 6129. Washington DC: The Worldbank.

Behrends, Andrea (2008): Traveling Models in Conflict Management: A new Approach to Conflict Research and Intervention. Africa Peace and Conflict Network, Briefing No. 2.

Beijing Declaration and Platform for Action (1995). http://www.un.org/womenwatch/daw/beijing/platform/, letzter Aufruf: 29.5.2011.

Bierschenk, Thomas / Elwert, Georg / Kohnert, Dirk (1993): Einleitung: Entwicklungshilfe und ihre Folgen. In. Bierschenk, Thomas / Elwert, Georg / Kohnert, Dirk (Hg.): Entwicklungshilfe und ihre Folgen: Ergebnisse empirischer Untersuchungen in Afrika. Frankfurt: 7-39.

Bizusew Mershaw (2009): Mapping of Civil Society Organizations (CSOs) on the Ethiopian Side of the Karamoja cluster. Addis Ababa: CEWARN/ IGAD.

Blackburn, P. (2011): Interview #179. Iraq/Afghanistan Provincial Reconstruction Team: Lessons Learned Washington DC, United States Institute of Peace (USIP)/ Association for Diplomatic Studies and Training (ADST). http://www.usip.org/files/file/resources/collections/histories/afghanistan2/179.PDF, letzter Aufruf 25.3.2013.

BMZ (2005): Übersektorales Konzept zur Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Eine Strategie zur Friedensentwicklung (Strategy for Peacebuilding). Berlin, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

BMZ (2013): Entwicklung für Frieden und Sicherheit. Entwicklungspolitisches Engagement in Kontext von Konflikt, Fragilität und Gewalt, BMZ-Strategiepapier 4. Bonn, Berlin.

Böhnke, Jan / Koehler, Jan / Zürcher, Christoph (2013): Assessing the Impact of Development Cooperation in Northeast Afghanistan. SFB-Governance Working Paper Series No. 43. Berlin, SFP 700 "Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit – Neue Formen des Regierens?", Freie Universität Berlin.

Booth, Ken (2005): Critical Security Studies and World Politics. Boulder, London.

Borchegrevink, Katja, Harpviken, Kristian Berg (2010): Afghanistan: Civil Society between Modernity and Tradition. In: Paffenholz, Thania (Hg.): Civil Society and Peacebuilding. A Critical Perspective. Boulder, CO**:** 235-257.

Börzel, Tanja A. / Hönke, Jana (2011): From Compliance to Practice. Mining Companies and the Voluntary Principles on Security and Human Rights in the Democratic Republic of Congo. Berlin.

Brinkmann, Cornelia (2006): Afghanistan – Conflict Areas, Challenges and Entry Points for Peacebuilding – Analysis of International Conflict Analysis and Peace Building Desk Study for the German Development Service (DED). Berlin.

Brinkmann, Cornelia (2010): Frieden in Afghanistan: Durch wen? Mit wem? Zur Rolle lokaler zivilgesellschaftlicher Schlüsselakteure und NGOs für einen bottom-up-Friedensprozess. Die Friedens-Warte 85 (4): 99-111.

Brinkmann, Cornelia (Hg.) (2006): Steps for Peace. Working Manual for Peace building and Conflict Management. Kabul: Deutscher Entwicklungsdienst (DED)/ Oxfam/ Afghanaid.

Brock, Lothar (2004): Vom “erweiterten Sicherheitsbegriff” zur globalen Konfliktintervention. Eine Zwischenbilanz der neuen Sicherheitsdiskurse. Frankfurt: Hessische Friedens- und Konfliktforschung (Arbeitspapier).

Brock, Lothar (2005): „Neue Sicherheitsdiskurse. Vom „erweiterten Sicherheitsbegriff“ zur globalen Konfliktintervention“. In: Wissenschaft & Frieden. http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=0395, letzter Aufruf: 23.2.2011.

Bröckling, Ulrich (2012): Dispositive der Vorbeugung: Gefahrenabwehr, Resilienz, Percaution. In: Daase / Offermann / Rauer 2012: 93-108.

Brown, Frances Z. (2012): The U.S. Surge and Afghan Local Governance. Lessons for Transition. Special Report 316. Washington DC, United States Institute of Peace: 6.

Bundesministerium der Verteidigung (2006): Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr. http://www.bmvg.de/fileserving/PortalFiles/C1256EF40036B05B/W26UYEPT431INFODE/WB_2006_dt_mB.pdf, letzter Aufruf: 23.1.2011.

Bush, Kenneth (2003): Hands-On PCIA. A Handbook for Peace and Conflict Impact Assessment (PCIA) http://www.frient.de/materialien/detaildoc.asp?id=19, letzter Aufruf: 7.7.2009.

Bush, Kenneth (2004): A Measure of Peace: Peace and Conflict Impact Assessment (PCIA) of development projects in conflict zones. Working paper No. 1, IDRC, The Peacebuilding and Reconstruction Program Initiative and Evaluation Unit.

Buzan, Barry (1997): “Rethinking Security after the Cold War”. In: Cooperation and Conflict, Vol. 32 (1), S. 5-28. http://cac.sagepub.com/, letzter Aufruf: 23.2.2011.

CALL (2009): Commanders Guide to Money as a Weapons System. Tactics, Techniques, and Procedures. Fort Leavenworth, KS: Center for Army's Lessons Learned.

CARE USA (2001): Afghanistan: Options for Humanitarian Access, CARE USA Policy and Advocacy Unit, Oct. 25, 2001. http://www.care.org/newsroom/specialreports/afghanistan/afghanistanpolicy2.asp, letzter Aufruf: 25.3.2011.

CARE USA (2002): The Need for a Clear Distinction between Humanitarian Program and Military Activities in Afghanistan, 20.3.2002, CARE. http://www.care.org/newsroom/specialreports/afghanistan/03202002_distinction.asp, letzter Aufruf: 25.5.2011.

Carpenter, Samuel / Slater, Rachel / Mallett, Richard (2012): Social Protection and Basic Services in Fragile and Conflict-Affected Situations. Secure Livelihoods Research Consortium (SLRC) Working Paper 8. London, Overseas Development Institute.

Cecil, Charles O. (2011): Interview #190. Iraq/Afghanistan Provincial Reconstruction Team: Lessons Learned Washington, D.C., United States Institute of Peace (USIP)/ Association for Diplomatic Studies and Training (ADST). http://www.usip.org/files/file/resources/collections/histories/afghanistan2/190.PDF, letzter Aufruf: 25.3.2013.

Chairman of the Joint Chiefs of Staff (2000): Joint Vision 2020 – America's Military, Preparing for Tomorrow. Joint Forces Quarterly (JFQ) Summer 2000: 57-76.

Chenoweth, Erica, & Maria J. Stephan (2011): Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict. New York.

Chigas, Diana / Woodrow, Peter (2008): Demystifying Impacts in Evaluation Practice. In: New Routes. A Journal of Peace Research and Action. Uppsala: Life and Peace Institute: 19-22.

Church, Cheyanne / Rogers, Mark (2006): Designing for Results: Integrating Monitoring and Evaluation in Conflict Transformation Programs. Washington D.C: Search for Common Grounds.

Church, Cheyanne / Shouldice, Julie (2002): The Evaluation of Conflict Resolution Interventions: Framing the State of Play. Derry/Londonderry: INCORE.

Coburn, Noah (2013): Informal Justice and International Community in Afghanistan. Washington, D.C.: United States Institute of Peace.

Coburn, Noah / Dempsey, John (2010): Informal Dispute Resolution in Afghanistan. Special Report 274. Washington, D.C.: United States Institute of Peace.

Cole, Beth (2013): Session 3: Working with the Interagency, IGOs/NGOs, and Other Global Partners to Build Regional Security. Positioning Special Operation Forces for Global Challenges – 40th IFPA-Fletcher Conference on National Security Strategy and Policy. June 5-6, 2013, Ronald Reagan Building and International Trade Center, Washington, D.C. http://ifpafletcherconference.com/2013/speakers/, letzter Aufruf: 8.8.2013.

Collinson, Sarah / Duffield, Mark / Berger, Carol / Felix da Costa, Diana / Sandstrum, Karl (2013): Paradoxes of Presence. Risk Management and Aid Culture in Challenging Environments. London, Humanitarian Policy Group (HPG), Overseas Development Institute.

Council of the European Union (2005): Implementation of UNSCR 1225 in the Context of ESDP. Brüssel.

Daase, Christopher (2012): Sicherheitskultur: Begriffe und Konzeption. In: Daase / Offermann / Rauer 2012: 23-44.

Daase, Christopher / Offermann, Philipp / Rauer, Valentin (Hg.) (2012): Sicherheitskulturen. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr. Frankfurt, New York.

Davis, Rochelle (2010): Culture as a Weapon System. MERIP, No. 255: 8-13.

Debiel, Tobias (2005): Ein Jahr Aktionsplan Zivile Krisenprävention: Wie soll es weitergehen? In: Frient Impulse 05/2005: 7-9.

Debiel, Tobias (o.D.): Erweiterte versus menschliche Sicherheit? Zur Notwendigkeit eines integrierten Sicherheitskonzepts. http://www.glow-boell.de/media/de/txt_rubrik_3/Debiel_autorisiert.pdf, letzter Aufruf: 17.12.2009).

Dempsey, John / Coburn, Noah (2010): Traditional Dispute Resolution and Stability in Afghanistan. Washington D.C.: United States Institute of Peace.

Deng, Francis M. (1982): The Recollections of Babo Nimir. London.

Deng, Francis M. / Kimaro, Sadikiel / Lyons, Terrence / Rothchild, Donald / Zartmann, William I. (1996): Sovereignty as Responsibility. Conflict Management in Africa. Washington, D.C.: The Brookings Institution.

Dennys, Christian (2013): For Stabilization. In: Stability: International Journal of Security & Development 2(1): 1-14.

Denskus, Tobias (2010). Peacebuilding does not build Peace. In: Cornwall, A. / Eade, Deborah (Hg.): Deconstructing Development Discourse – Buzzwords and Fuzzwords. Oxford: OXFAM**:** 235-243.

Denskus, Tobias (2012): The Non-Linearity of Peace Processes, Peacebuilding Theory and the Challenges of the self-help Discourse. http://aidnography.blogspot.de, 24.05.2012; http://aidnography.blogspot.de/2012/05/non-linearity-of-peace-processes.html, letzter Aufruf: 13.8.2013.

Die Bundesregierung (2004). Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. Berlin.

Die Bundesregierung (2004): Action Plan "Civilian Crisis Prevention, Conflict Resolution and Post-Conflict Peace-Building". Berlin.

Die Bundesregierung (2004): Umsetzung der Sicherheitsrats-Resolution 1325 (2000). http://www.glow-boell.de/media/de/txt_rubrik_2/1325_bericht_bundesregierung_deutsch.pdf, letzter Aufruf: 29.5.2013.

Die Bundesregierung (2006): Sicherheit und Stabilität durch Krisenprävention gemeinsam stärken. 1. Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. Berlin.

Die Bundesregierung (2007): Bericht der Bundesregierung über Maßnahmen zur Umsetzung der Sicherheitsratsresolution 1325 („Frauen, Frieden und Sicherheit“). http://un1325.de/data/1325-nap-brd-07.pdf, letzter Aufruf: 29.5.2013.

Die Bundesregierung (2008): 2. Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. Berlin. http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/Krisenpraevention/Grundlagen/Aktionsplan_node.html, letzter Aufruf: 29.5.2013.

Die Bundesregierung (2010): 3. Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. Berlin http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/Krisenpraevention/Grundlagen/Aktionsplan_node.html, letzter Aufruf: 29.5.2013.

Die Bundesregierung (2011). Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Heike Hänsel, Jan van Aken, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 17/7615 – NRO-Fazilität Afghanistan im Haushaltstitel „Förderung privater deutscher Träger“, 22.11.2011, Deutscher Bundestag.

Die Bundesregierung (2012): Aktionsplan zur Umsetzung von Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen für den Zeitraum 2013-2016. Berlin.

Dittmer, Cordula (2007): Gender, Konflikt, Konfliktbearbeitung. Zivile und militärische Ansätze, Forderungen und Probleme. Philipps Universität Marburg, Zentrum für Konfliktforschung, CCS Working Paper, No. 6.

Duffield, Mark (2007): Development, Security and Unending War. Governing the World of Peoples. Cambridge.

Duffield, Mark (2012): Risk Management and the Bunkering of the Aid Industry. In: Development Dialogue 58: 21-35.

Dunn, Denis, et al. (2011): Rule of Law Stabilization Program – Informal Component – Assessment – Final Report. Kabul/ Washington D.C.: Tribal Liaison Office (TLO)/ United States Agency of International Development.

EarthRights International / The Centre for Environment, Human Rights and Development (2013): Assessing and Improving the Voluntary Principles on Security and Human Rights. Lessons from the Nigerian Experience. http://www.earthrights.org/publication/assessing-and-improving-voluntary-principles-security-human-rights, letzter Aufruf: 13.7.2013.

ECB – Emergency Capacity Building Project (2007): Impact Measurement and Accountability in Emergencies. The Good Enough Guide. London: Oxfam.

Engle Merry, Sally (2005): Transnational Human Rights and Local Activism. Mapping the Middle. Wellesley College/ New York University.

Fabra Mata, Javier / Ziaja, Sebastian (2009): Users‘ Guide on Measuring Fragility. Bonn, Oslo: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, United Development Programme.

Fast, Larissa / Finucane, Christopher / Freeman, Faith / O’Neill, Michael / Rowley, Elizabeth (2011): The Acceptance Toolkit. A practical Guide to Understanding, Assessing, and Strengthening your Organization’s Acceptance Approach to NGO Security Management. Collaborative Learning Approach to NGO Security Management Project Washington, D.C.: Save the Children/ USAID.

Fast, Larissa / Freeman, Faith / O’Neill, Michael / Rowley, Elizabeth (2011): Acceptance Research: The Collaborative Learning Approach to Acceptance Research: A User’s Guide. Collaborative Learning Approach to NGO Security Management Project Washington, D.C.: Save the Children/ USAID.

Feldt, Heidi / Müller, Axel (2011): We talk about Petrol. Zwischenbilanz der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) in der zentralafrikanischen Region. http://www.erdoel-tschad.de/contao/tl_files/publikationen/EITI_Bilanz_kurz_dt.pdf, letzter Aufruf: 13.7.2013.

Fischer, Martina / Oliver Wils (2003): Ploughing through the Field: An Introduction to the PCIA Handbook Debate. In: Berghof Reseach Center for Constructive Conflict Management. Berghof Handbook: 3-9.

Foust, Joshua / Hamm, Nathan (2008): Afghan Tribal Structure versus Iraqi Tribal Structure. Cultural Knowledge Report Fort Leavenworth, KS, TRADOC, Human Terrain System – Reachback Center, United States Army.

Frauensicherheitsrat (2004): Schattenbericht zum Bericht der Bundesregierung Deutschlands über die Umsetzung der UN-Resolution 1325. http://www.gwi-boell.de/downloads/FSR_1.Schattenbericht_2004.pdf, letzter Aufruf: 13.7.2013.

Frauensicherheitsrat (2006): Stellungnahme des Frauensicherheitsrats zum Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung. http://www.gwi-boell.de/downloads/FSR_Stellungnahme_Bericht_Bundesregierung_2006.pdf, letzter Aufruf: 13.7.2013.

Frauensicherheitsrat (2007): Schattenbericht des deutschen Frauensicherheitsrats zum Bericht der Bundesregierung Deutschlands über die Umsetzung der UN-Resolution 1325. http://www.gwi-boell.de/downloads/FSR_Schattenbericht_2008.pdf, letzter Aufruf: 13.7.2013.

Frauensicherheitsrat (2013): Stellungnahme des deutschen Frauensicherheitsrats zum Nationalen Aktionsplan(NAP) der Bundesregierung zur Umsetzung der UN Resolution 1325. http://www.gwi-boell.de/downloads/FSR_NAP_1325_Juni_2013.pdf, letzter Aufruf: 13.7.2013.

FriEnt – Gruppe Friedensentwicklung (2005): Methoden der Evaluation im Konfliktkontext. Briefing Nr.3, Juli.

Gabbert, Christina. (2012): Deciding Peace. Knowledge about War and Peace among the Arbore of Southern Ethiopia. Seminar f. Ethnologie, Philosophische Fakultät I. Halle (Saale), Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Doktorarbeit).

George Washington University (2009): Conference Packet. Customary Justice and Legal Pluralism in Post-Conflict and Fragile Societies, Nov 17-18, 2009, The George Washington University, Elliot School of International Affairs, Washington D.C.: United States Institute of Peace/ George Washington University/ World Bank.

GKKE – Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2008): Vertrauen auf die Kraft des Zivilen. Kommentar zum 2. Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. http://www.justitia-et-pax.de/de/shop/img/GKKE46Info.pdf, letzter Aufruf: 13.7.2013.

GKKE – Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (2010): Aktionsplan Zivile Krisenprävention: notwendig und nicht lästig. Kommentar zum 3. Bericht der Bundesregierung zur Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. http://www3.gkke.org/fileadmin/files/publikationen/2010/GKKE_52.pdf, letzter Aufruf: 13.7.2013.

Global Witness (1998): A Rough Trade. The Role of Companies and Governments in the Angolan Conflict. http://www.globalwitness.org/library/rough-trade, letzter Aufruf: 13.5.2013.

Gluckman, Max (1956): The Peace in the Feud. In: Custom and Conflict in Africa. Oxford, Oxford University Press**:** 1-2.

Gluckman, Max (1968): Politische Institutionen. In: Firth, R. et al. (Hg.): Institutionen in primitiven Gesellschaften. Frankfurt a.M.**:** 76-92

Gosztonyi, Kristof (2004): Conflict Arenas and Conflict Processing Institutions in Badakhshan Province (northeastern Afghanistan). In: Berliner Osteuropa Info 21/ 2004: 13-27.

Greene, Marilyn (2011): Interview #189. Iraq/Afghanistan Provincial Reconstruction Team: Lessons Learned Washington, D.C., United States Institute of Peace (USIP)/ Association for Diplomatic Studies and Training (ADST). http://www.usip.org/files/file/resources/collections/histories/afghanistan2/189.PDF, letzter Aufruf 25.3.2013.

Gregory, Derek (2008): The Rush to the Intimate – Counterinsurgency and the Cultural Turn in late modern War. In: Radical Philosophy 150: 8-23.

Gruppe Friedensentwicklung (2007): „Responsibility to Protect“: Vom Konzept zur angewandten friedens- und sicherheitspolitischen Doktrin. Briefing Nr. 6. http://www.frient.de/downloads/FriEnt_Briefing%200607_R2P.pdf, letzter Aufruf: 16. 3. 2010.

Gunda Werner Institut (2008): Hoffnungsträger 1325. Resolution für eine geschlechtergerechte Friedens- und Sicherheitspolitik in Europa. Königstein/Taunus.

Gunda Werner Institut (2009): Human Security = Women’s Security? Keine nachhaltige Sicherheitspolitik ohne Geschlechterperspektive. Berlin.

Hagen, Endy / Sell, Christina (2012): Ziviler Friedensdienst: Ohne Zivilgesellschaft kein Frieden. In: FriedensForum. Zeitschrift der Friedensbewegung. 5/ 2012: 44-45.

Hastings, Michael (2012): The Operators. The Wild and Terrifying Inside Story of America's War in Afghanistan. London, Orion.

Heinemann-Grüder, Andreas / Bauer, Isabella (2013): Was will zivile Konfliktbearbeitung? In: Heinemann-Grüder / Bauer (2013)**:** 17-21.

Heinemann-Grüder, Andreas / Bauer, Isabella (Hg.) (2013): Zivile Konfliktbearbeitung. Vom Anspruch zur Wirklichkeit. Opladen, Berlin, Toronto

Hentschel, Gitti (2011): Das üben wir noch mal! In: Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung, Nr. 1: 30.

Heuser, Beatrix (2007): The Cultural Revolution in Counter-Insurgency. In: The Journal of Strategic Studies 30(1): 153-171.

Hunskar, Maria (2013): The A to Z Guide to Afghanistan Assistance 2013 (11th edition). Kabul: Afghanistan Research and Evaluation Unit.

Hütz-Adams, Friedel (2013): Unternehmen als Verursacher von Konflikten und ihr Beitrag zur Transformation. In: Heinemann-Grüder / Bauer 2013: 200-214.

IGAD (2006): CEWARN Strategy 2007-2011. Final Draft. Addis Ababa: CEWARN, Intergovernmental Agency on Development.

IGAD (2010): CEWARN Monthly. The Conflict Early Warning and Response Mechanism of the Intergovenmental Authrioty on Development, 4(25).

International Commission on Intervention and State Sovereignity (2001): The Responsibility to Protect. Ottawa. http://www.iciss.ca/pdf/Commission-Report.pdf, letzter Aufruf: 16. 3. 2010.

Irmer, Cynthia (2010): A Systems Approach and the Interagency Conflict Assessment Framework (ICAF). In: Woodcock, A. / Davis, David (Hg.): Analysis of Societal Conflict and Counter-Insurgency (The Cornwallis Group XIV). The Cornwallis Group: 168-17.

Jackson, Ashley / Haysom, Simone (2013): The Search for Common Ground. Civil-Military Relations in Afghanistan 2002-2013. HPG Working Paper. London, Humanitarian Policy Group (HPG), Overseas Development Institute (ODI).

Johnson, Gregory / Ramachandran, Vijaya / Walz, Julie (2012): CERP in Afghanistan. Refining Military Capabilities in Development Activities. In: PRISM 3(2): 81-98.

Karokhail, Masood (2007): Informal Structures and Approach of Tribal Liaison Office. In: Lahore, J. Bennett (Hg.): Scratching the Surface: Democracy, Traditions, Gender. Heinrich Böll Foundation**:** 113-122.

Kaufmann, Stefan (2012): Resilienz als „Boundary Object". In: Daase / Offermann / Rauer 2012: 109-131.

Kelleher, Patrick (2002): Crossing Boundaries. Interagency Cooperation and the Military. Joint Forces Quarterly (JFQ) (Autumn 2002): 104-110.

Kievelitz, Uwe / Kruk; Gabriele / Frieters, Norbert (2003): Joint Utstein Study of Peacebuilding. National Report from Germany. Eschborn: GTZ, BMZ.

Kilcullen, David (2009): The Accidental Guerrilla. Fighting Small Wars in the Midst of a Big One. Oxford.

Koehler, Jan / Zürcher, Christoph (2007): Quick-Impact Projects in Nordost-Afghanistan. Eine Studie im Auftrag des BMVg. Berlin: ARC Gb.

Körppen, Daniela (2007): „Peace and Conflict Impact Assessment – Über die Utopie einer einheitlichen Methode". In: Weller, Christoph (Hg.) (2007): Zivile Konfliktbearbeitung. Institut für Entwicklung und Frieden, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung. Universität Duisburg-Essen: INEF-Report 85/2007: 28-34.

Kreutzmann, Hermann / Schütte, Stefan (2011): Contested Commons – Multiple Insecurities of Pastoralists in North-Eastern Afghanistan. In: Erdkunde 65(2): 99-119.

Kreutzmann, Hermann / Schütte, Stefan (2012): Human Security, Vulnerability and Development in Afghanistan. In: Orient. Deutsche Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur des Orients II: 69-76.

Lau, Martin (2003): Islamic Law and the Afghan Legal System. Symposium on State Reconstruction and International Engagement in Afghanistan, jointly arranged by the Crisis States Programme of the Development Research Centre of the London School of Economics and Zentrum für Entwicklungsforschung, Universität Bonn. Bonn, 31. May - 1. June 2003.

Lauster, Gitta / Mildner, Stormy-Annika / Wodni, Wiebke (2010): Tranzparenz im Rohstoffhandel. Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell.

Lederach, John Paul / Neufeldt, Reina / Culbertson, Hal (2007): Reflective Peacebuilding. A Planning, Monitoring, and Learning Toolkit. Notre Dam (IN).

Leonhardt, Manuela (2001): Konfliktbezogene Wirkungsbeobachtung. Eine praktische Handreichung. Eschborn: GTZ.

Leonhardt, Manuela / Leonhardt, Kai / Strehlein, Christian (2007): Peace and Conflict Assessment (PCA). Ein methodischer Rahmen zur konflikt- und friedensbezogenen Ausrichtung von EZ-Maßnahmen. Eschborn: GTZ.

Mac Ginty, Roger (2012): Against Stabilization. In: Stability: International Journal of Security & Development 1(1): 20-30.

Mac Ginty, Roger / Richmond, Oliver P. (2013): The Local Turn in Peace Building: A Critical Agenda for Peace. In: Third World Quarterly 34(5): 763-783.

Marc, Alexandre/ Willmann, Alys/ Aslam, Ghazia/ Rebosio, Michelle (2013): Societal Dynamics and Fragility. Engaging Societies in Responding to Fragile Situations. Washington, D.C., The World Bank.

Marie, Christian / Karokhail, Masood (2009): Communication for Stabilisation in southern Afghanistan – Annex 2: Formation of Public Opinion Through Interpersonal Communication in southern Afghanistan. Kabul, Tribal Liaison Office.

Menckhaus, Ken (2004): Impact assessment in Post-Conflict Peacebuilding. Challenges and Future Directions. Genf: International Interpeace Alliance

Merry, Sally E. (2005): Transnational Human Rights and Local Activism. Mapping the Middle. New York: Wellesley College, New York University.

Miller, David / Rudnick, Lisa / Rose, Tore (2009): Designing Community Security Programmes: Getting to the "HOW". Geneva: United Nations Institute for Disarmament Research.

Mitchell, Samantha (2011): Maximising Understanding in a Complex Environment, Conference Paper, The Cornwallis Group: Analysis for Future Conflict. 28.3.-1.4.2010, Parkhoten Parkhotel St. Leonhard, Überlingen: The Cornwallis Group.

Mlodoch, Karin / Enste, Gregor (2004): Ansätze zur Evaluierung der Projekte von swisspeace (SFS) zur Förderung von Zivilgesellschaft und Demokratisierung in Afghanistan am Beispiel der „Tribal Liaison Offices" Paktia/Paktika/Khost. Vortrag auf der Jahreskonferenz der Schweizerischen Friedensstiftung, 2.11.2004 in Bern, Heinrich-Böll-Stiftung.

Muhumuza, Joseph / Tuhairwe Bataringaya, Dennis (2009): Mapping of Civil Society Organizations (CSOs) involved in Conflict Prevention, Management and Resolution (CPMR) work in the Ugandan-Side of the Karamoja Cluster. Kampala: CEWARN/ IGAD.

Münch, Philipp (2010): 'Counterinsurgency' in der Bundeswehr: Konzeption, Interpretation und Praxis. In: S+F Sicherheit und Frieden 28(4): 211-216.

Mundey, Lisa M. (2011): Provincial Reconstruction Teams, Afghanistan. In: Tucker, Spencer C. Tucker (Hg.): The Encyclopedia of the Middle East Wars, Vol. III, Santa Barbara: 1001-1004.

Mwaura, Ciru / Schmeidl, Susanne (Hg.) (2002): Early Warning and Conflict Management in the Horn of Africa. Lawrenceville, NJ.

Nachtwei, Winfried (2010): Wachstumsschwäche bei Friedensfähigkeiten: Der 3. Umsetzungsbericht der Bundesregierung zum „Aktionsplan Zivile Krisenprävention" braucht Streit. http://www.nachtwei.de/index.php/articles/985, letzter Aufruf: 23.6.2010.

Nachtwei, Winfried (2013): Zivile Konfliktbearbeitung: Vom Anspruch zur Wirklichkeit. In: Heinemann-Grüder / Bauer 2013: 22-30.

Nader, Laura / Grande, Elisabetta (2002): Current Illusions and Delusions about Conflict Management - In Africa and Elsewhere. In: Law & Social Inquiry, Vol. 27, No. 3: 573-594.

Nagl, John A. / Exum, Andrew M. / Humayun, Ahmed A. (2009): A Pathway to Success in Afghanistan: The National Solidarity Program. Policy Brief. Washington D.C.: Center for New American Security.

NCPR Pathways to Peace (2011): Conference Report: A Common Voice for Peace and Reconciliation - Survey and Focus Group Results. Rebuilding Trust in a Divided Society – 10-12 April 2010, Intercontinental Hotel, Kabul. Afghanistan: Pathways for Peace. Kabul: National Centre for Policy Research (NCPR), Kabul University.

Neate, Marc C. (2010): The Battle of the Narrative, Fort Leavenworth, School of Advanced Military Studies, United States Army Command and General Staff College.

Norton, Andrew / de Haan, Arjan (2013): Social Cohesion: Theoretical Debates and Practical Applications with Respect to Jobs. Background Paper for the World Development Report 2013. http://siteresources.worldbank.org/EXTNWDR2013/Resources/8258024-1320950747192/8260293-1320956712276/8261091-,1348683883703/WDR2013_bp_Social_Cohesion_Norton.pdf, letzter Aufruf: 17.5.2013.

Nye jr, Joseph S. (1990): "Soft Power." In: Foreign Policy 80: 153-171.

OECD – DAC Network on Conflict, Peace and Development Co-operation and DAC Network on Development Evaluation (2008): Guidance on Evaluating Conflict Prevention and Peace-building Activities. Guidance on Evaluating Conflict Prevention and Peacebuilding Activities

OECD (2005): Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. http://www.oecd.org/development/effectiveness/35023537.pdf, letzter Aufruf: 17.5.2012.

OECD (2007): An Approach to DAC Guidance for Evaluating Conflict Prevention and Peace-building Activities. http://www.oecd.org/dac/evaluation/dcdndep/39774573.pdf, letzter Aufruf: 17.5.2012.

OECD (2011): OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, OECD Publishing. http://www.oecd.org/daf/inv/mne/48808708.pdf, letzter Aufruf: 17.5.2012.

OECD (2011): Managing Risks in Fragile Situations and Transitional Contexts. The Price of Success? Conflict and Fragility. Paris: Organisation for Economic Cooperation and Development.

OECD (2013): OECD Due Diligence Guidance for Responsible Supply Chains of Minerals from Conflict-Affected and High-Risk Areas, OECD Publishing. http://www.oecd.org/daf/inv/mne/GuidanceEdition2.pdf, letzter Aufruf: 17.5.2012.

OECD Watch (2013): Calling for Corporate Accountability: A Guide to the OECD Guidelines for Multinational Enterprises. http://oecdwatch.org/publications-en/Publication_3962, letzter Aufruf: 17.5.2012.

Otto, Margret (2010): UN-Resolution 1325 – Frauen, Frieden, Sicherheit. Bilanz und Perspektiven. In: Wissenschaft und Frieden, Nr. 4: 24-28.

Paffenholz, Thania (2005): Evaluation von Interventionen ziviler Friedensförderung. In: Callies, Jörg (Hg.) (2005): Tun wir das, was wir tun richtig? Tun wir das Richtige? Evaluation in der zivilen Konfliktbearbeitung. Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum: 39-60.

Paffenholz, Thania (2010): Stellungnahme zur Anhörung des Unterausschusses "Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit", 14.6.2010 4. Sitzung des Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit, Deutscher Bundestag. Berlin.

Paffenholz, Thania / Luc Reychler (2007): Aid for Peace. A Guide to Planning and Evaluation for Conflict Zones. Baden Baden.

Paffenholz, Thania et al. (2011): The German Civil Peace Service Synthesis Report, Volume I: Main Report. Unpublished Evaluation Report. Berlin: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Pain, Adam (2012): Livelihoods, Basic Services and Social Protection in Afghanistan. Secure Livelihoods Research Consortium (SLRC) Working Paper 3. London, Kabul: Overseas Development Institute (ODI)/ AREU.

Pain, Adam (2012): Livelihoods, Basic Services and Social Protection in Afghanistan. Secure Livelihoods Research Consortium (SLRC) Working Paper 3. London, Overseas Development Institute.

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (2012): Zivile Krisenprävention – Parlamentarische Aufgabe und Verantwortung. Stellungname der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung e.V. zur Zwischenbilanz des Bundestag- Unterausschusses „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“. http://www.konfliktbearbeitung.net/sites/default/files/Stellungnahme%20UA%20Zwischenbericht%20M%C3%A4rz%202012.pdf, letzter Aufruf: 17.5.2013.

Plattform zivile Konfliktbearbeitung / Forum Menschenrechte (2008) Stellungnahme zum 2. Bericht der Bundesregierung „Krisenprävention als gemeinsame Aufgabe“ für die Umsetzung des Aktionsplanes „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. http://www.konfliktbearbeitung.net/downloads/file1135.pdf, letzter Aufruf: 17.5.2013.

Plattform zivile Konfliktbearbeitung / Forum Menschenrechte (2010): Stillschweigender Abschied vom Aktionsplan Zivile Krisenprävention? Stellungnahme zum 3. Umsetzungsbericht „Zivile Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedenskonsolidierung“. http://www.dgvn.de/uploads/tx_news/Stillschweigender_Abschied_vom_Aktionsplan_Zivile_Krisenpr%C3%A4vention_-_Kurzfassung.pdf, letzter Aufruf: 17.5.2013.

Popovic, Srdja; Andrej Milivojevic; & Slobodan Djinovic (2006): Nonviolent Struggle. 50 Crucial Points. A Strategic Approach to Everyday Tactics. Belgrad. http://www.canvasopedia.org/library, letzter Aufruf: 1.2.2013.

Pospisil, Jan (2011): *Resilience* und Fragilität: Ein konzeptioneller Wandel im entwicklungspolitischen Verständnis von Sicherheit? In: Peripherie, Nr. 122/123: 236-252.

Putzel, James / Schetter, Conrad / Elbern, Stefanie / Woll, Bettina (2003): Report of the Symposion "State Reconstruction and International Engagement in Afghanistan". Organised by the Center for Development Research of the University of Bonn, Development Research Centre, London School of Economics, 30 May - 1 June 2003. Bonn: Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF): 16-20.

Quack, Martin (2007): Wirkungsanalysen in der zivilen Konfliktbearbeitung. In: Weller, Christoph (Hg.) (2007): Zivile Konfliktbearbeitung. Institut für Entwicklung und Frieden, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung. Universität Duisburg-Essen: INEF-Report 85: 35-43.

Quack, Martin (2009): Ziviler Friedensdienst. Exemplarische Wirkungsanalysen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Rashid, Ahmed (2012): Am Abgrund. Pakistan, Afghanistan und der Westen. London, Berlin, Edition Weltkiosk: 148.

Rat der Europäischen Union (2008): Umfassender Ansatz für die Umsetzung der Resolutionen 1325 und 1820 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen betreffend Frauen, Frieden und Sicherheit durch die EU. Brüssel.

Renner, Michael (2005): Für eine Neudefinition von Sicherheit. In: Worldwatch Institute: 53-81.

Ricigliano, Robert (2011): Planning for Systemic Impact. In: Körppen, D. / Ropers, Norbert / Gießmann, Hans-J. (Hg.): The Non-Linearity of Peace Processes – Theory and Practice of Systemic Conflict Transformation. Opladen, Farmington Hills**:** 183-202.

Ricigliano, Robert (2012): Making Peace Last. A Toolbox for Sustainable Peacebuilding. Boulder, COL, London: 74-75.

Rickens, Christian (2013) Neue Schätzung der Kriegskosten: Bundeswehreinsatz in Afghanistan dreimal so teuer wie bekannt. Spiegel Online. http://www.spiegel.de/politik/ausland/neue-schaetzung-der-kriegskosten-bundeswehreinsatz-in-afghanistan-dreimal-so-teuer-wie-bekannt-a-695430.html, letzter Aufruf: 17.5.2013.

Röminger, Jannika (2011): Der Zivile Friedensdienst in Afghanistan – Erfahrungen und Erkenntnisse ehemaliger Friedensfachkräfte. Friedens- und Konfliktforschung, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie Marburg, Philipps-Universität (Masterarbeit).

Rottenburg, Richard (2002): Weit hergeholte Fakten. Eine Parabel der Entwicklungshilfe. Stuttgart.

Rudolf, Peter (2011): Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung – Analyse und Kritik der Counterinsurgency-Doktrin. Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP): 2.

Ruston, Scott W. / Lundry, Chris / Cheong, Pauline Hope / Bernardi, Daniel (2013): Narrative Landmines. The Explosive Effects of Rumors in Syria and Insurgencies Around the World. In: Small Wars Journal, March 21, 2013.

Sahlmann, Herbert (2011): Ziviles und/oder militärisches Engagement – Zwei Leitgedanken und der Fall Afghanistan. In: Querbrief (Zeitschrift des Weltfriedensdienstes). 1/ 2011: 8-10.

Schäfer, Rita (2008): Frauen und Kriege in Afrika. Ein Beitrag zur Gender-Forschung. Frankfurt am Main.

Schäfer, Rita (2011): Gender – ein Weg zum Frieden. In: Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung, Nr. 1: 4-5.

Scheers, Goele (Hg.) (2008): Assessing Progress on the Road to Peace. Planning, Monitoring and Evaluating Conflict Prevention and Peacebuilding Activities. Den Haag: European Centre for Conflict Prevention, Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict.

Scheub, Ute (2008): Der Deutsche Frauensicherheitsrat – Konzept, Erfahrungen, Probleme, Erfolge. http://www.gwi-boell.de/downloads/FSR_Scheub_ueber_FSR_2008.pdf, letzter Aufruf: 17.5.2013.

Schirch, Lisa (2012): From Protection of Civilians to Human Security: Comparing and Contrasting Principles, Distinctions, and Institutionalization, 3P Human Security – Partners for Peacebuilding Policy. Washington: 13-14.

Schirch, Lisa (2013): Conflict Assessment and Peacebuilding Planning: Toward a Participatory Approach to Human Security. Boulder, CO.

Schirch, Lisa (2013): Training Military Forces in Local Capacity. http://www.localfirst.org.uk/, January 8, 2013; http://www.localfirst.org.uk/2013/01/training-military-forces-in-local-capacity/, letzter Aufruf: 8.8.2013.

Schmeidl, Susanne (2008). Early Warning at the Grass-Roots Level: Fine-tuning Early Warning to Context and User-Needs. 49th Annual Convention of the International Studies Association. San Francisco, CA, 26-29 March 2008, Key Centre for Ethics, Law, Justice and Governance, Griffith University.

Schneckener, Ulrich (2004): Fragile Staaten als Problem der internationalen Politik. In NORD-SÜD aktuell: 501-524.

Schneckener, Ulrich (2004a): States at Risk – Zur Analyse fragiler Staatlichkeit. In: Schneckener, Ulrich (Hg.): States at Risk. Fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungsproblem. SWP-Studie: 5-27.

Schütte, Stefan (2009): Informal (In)security in Urban Afghanistan. In: Iranian Studies 42(3): 465-491.

Schultz, Susanne. (2011): Anti-zivil-militärisch? Politik von deutschen entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen in und zu Afghanistan. In: PERIPHERIE 122/ 123: 297-317.

Sewall, Sarah (2007): Introduction to the University of Chicago Press edition. A Radical Field Manual. In: The U.S. Army/ Marine Corps Counterinsurgency Field Manual (U.S. Army Field Manual 3-24/ Marine Corps Warfighting Publication No. 3-33.5). U.S. Army. Chicago: xxi-xliii.

Sewall, Sarah (2013): Session 3: Working with the Interagency, IGOs/NGOs, and Other Global Partners to Build Regional Security. Positioning Special Operation Forces for Global Challenges – 40th IFPA-Fletcher Conference on National Security Strategy and Policy. June 5-6, 2013, Ronald Reagan Building and International Trade Center, Washington, D.C. http://ifpafletcherconference.com/2013/speakers/, letzter Aufruf: 8.8.2013.

Sharp, Gene (1973): The Politics of Nonviolent Action. Boston.

Sharp, Gene (1993): From Dictatorship to Democracy: A Conceptual Framework for Liberation. http://www.aeinstein.org/organizations98ce.html, letzter Aufruf: 1.2.2013.

Sharp, Gene (2008): Von der Diktatur zur Demokratie – Ein Leitfaden für die Befreiung. München. http://www.aeinstein.org/fdtd_de.html, letzter Aufruf: 1.2.2013.

SIGAR (2011): Quarterly Report to the United States Congress April 2011. Quarterly Report to the United States Congress. Washington, Special Director General of Afghanistan Reconstruction.

Simons, Anna (2011): Asymmetries, Anthropology, and War. In: Pointer, Journal of the Singapore Armed Forces 37(2): 57-65.

Simons, Anna (2012): Soft War = Smart War? Think Again. E-Notes. https://www.fpri.org/articles/2012/04/soft-war-smart-war-think-again, letzter Aufruf: 6.8.2013.

Simons, Anna (2013): 21st Century Cultures of War: Advantage Them The Philadelphia Papers. Philadelphia, PA: Foreign Policy Research Institute.

Smidoda, Iris (2003): Kritische Anmerkungen zum Konzept der ‚Human Security'. In: Wissenschaft & Frieden. http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=0263, letzter Aufruf: 23.2.2011.

Snodderly, Dan (Hg.). Peace Terms: Glossary of Terms for Conflict Management and Peacebuilding. Washington, D.C.: United States Institute of Peace (USIP): 15-16.

Solana, Javier (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Thessaloniki: Europäischer Rat. http://www.eurodefense.de/pdf/Solana-EU-Strategie.pdf, letzter Aufruf: 23. 2. 2011.

Spelten, Angelika (2006): Kurzeinführung: Peace and Conflict Impact Assessment. Frient-Leitfaden. Bonn.

Steinbicker, Otmar (2012): Interview [mit Naqibullah Shorish]: Die Taliban sind zu Gesprächen auch mit den USA bereit. In: FriedensForum. Zeitschrift der Friedensbewegung. 5/ 2012: 21-23.

Steinhilber, Jochen (2003): Sicherheit und Global Governance. Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik im Spannungsfeld globaler Strukturveränderungen. http://library.fes.de/pdf-files/iez/02006.pdf, letzter Aufruf: 23.2.2011.

Stephan, Maria / Chenoweth, Erica (2008): "Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict". In: International Security, Vol. 3, No. 1: 7-44. http://www.nonviolent-conflict.org/index.php/learning-and-resources/resources-on-nonviolent-conflict?bTask=bDetails&bId=257, letzter Aufruf: 1.2.2013.

Suhrke, Astri et. al. (2008): Applied Social Science Research in Afghanistan – An Overview of the Institutional Landscape. C. R. 2008/12. Bergen: Christian Michelsen Institute.

Suhrke, Astri (2011): When More is Less. The International Project in Afghanistan. New York.

Sultan, Hodei (2013): USIP Partnership with Private Universitry Hones Conflict Resolution Skills. http://www.usip.org/publications/usip-partnership-afghan-university-hones-conflict-resolution-skill, letzter Aufruf: 11.8.2013.

Tanabe, Dan (2010): Human Terrain Teams: An Enabler for Judge Advocates and Paralegals. The Army Lawyer April 2010: 63-67.

Teuten, Richard (2010): Civilian-Military Collaboration: The Stabilisation Unit Coming Of Age? London: Royal United Services Institute (RUSI).

The Global Compact (2005): Enabling Economies of Peace. UN Global Compact Office. http://www.conflictsensitivity.org/node/117, letzter Aufruf: 23.2.2011.

The White House (2013): Presidential Nominations Sent to the Senate, 01.08.2013. Washinghton, D.C. http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2013/08/01/presidential-nominations-sent-senate-0, letzter Aufruf: 8.8.2013.

The World Bank (2011): Conflict, Security, and Development. World Development Report 2011. Washington, D.C.

The World Bank (2013): Jobs. World Development Report 2013. Washington, D.C.

TLO (2009): Three Years Later – A socio-political Assessment of Uruzgan Province from 2006 to 2009. Kabul: The Liaison Office (TLO).

TLO (2010): The Dutch Engagement in in Uruzgan: A TLO socio-political assessment. Kabul, The Liaison Office (TLO).

TLO (2012): Uruzgan: 18 Months after the Dutch/Australian Leadership Handover Kabul: The Liaison Office.

Trachsler, Daniel (2003): Menschliche Sicherheit: Klärungsbedürftiges Konzept, vielversprechende Praxis. In: Wenger, Andreas (Hg.): Bulletin 2003 zur schweizerischen Sicherheitspolitik. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik.

Tryggestad, Torunn L. (2009): Trick or Treat? The UN and Implementation of Security Council Resolution 1325 on Women, Peace and Security. http://www.thefreelibrary.com/Trick+or+treat%3F+The+UN+and+implementation+of+security+Council...-a0215069791, letzter Aufruf: 8.8.2013.

U.S. Army (2007): The U.S. Army/ Marine Corps Counterinsurgency Field Manual (U.S. Army Field Manual 3-24/ Marine Corps Warfighting Publication No. 3-33.5). Chicago.

U.S. Government (2010): Master Narratives Country Report: Afghanistan. Open Source Center.

U.S. Government (2011): Special Report: Al-Qaeda Master Narratives and Affiliate Case Studies: Al-Qaeda in the Arabian Peninsula and Al-Qaeda in the Islamic Maghreb in the Islamic Maghreb Master Narratives. Washington D.C.: Open Source Center.

UN Global Compact / PRI (2010): Guidance on Responsible Business in Conflict-Affected and High-Risk Areas: A Resource for Companies and Investors. New York. http://www.oecd.org/daf/inv/mne/GuidanceEdition2.pdf, letzter Aufruf: 8.6.2013.

UN Security Council (2000): Resolution 1325. Women Peace and Security. http://www.un.org/events/res_1325e.pdf, letzter Aufruf: 8.6.2013.

UN Security Council (2006): Resolution 1674. http://www.un.org/Docs/journal/asp/ws.asp?m=S/RES/1674(2006), letzter Aufruf: 17.2.2011.

UN Security Council (2008): Resolution 1820. Women Peace and Security. http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N08/391/44/PDF/N0839144.pdf?OpenElement, letzter Aufruf: 8.6.2013.

UN Security Council (2009): Resolution 1888. Women Peace and Security. http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N09/534/46/PDF/N0953446.pdf?OpenElement, letzter Aufruf: 8.6.2013.

UN Security Council (2009a): Resolution 1889. Women Peace and Security. http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N09/542/55/PDF/N0954255.pdf?OpenElement, letzter Aufruf: 8.6.2013.

UN Security Council (2010): Resolution 1960. Women Peace and Security. http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/WPS%20SRES%201960.pdf, letzter Aufruf: 8.6.2013.

UNDP (1994): New Dimensions of Human Security. Human Development Report. http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr1994/, letzter Aufruf: 8.6.2013.

United Nations (2011): Guiding Principles on Business and Human Rights. New York, Genf.

Unterausschuss Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit (2012): Zwischenbericht. Ausschussdokument S-17(3)69. http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a03/a03_ga/Abschluss.pdf, letzter Aufruf: 23.7.2013.

USAID (2005): Afghanistan Rule of Law Project – A Field Study of Informal and Customary Justice in Afghanistan and Recommendations on Improving Access to Justice and Relations between Formal Courts and Informal Bodies. Washington D.C.: United States Agency for International Development.

USAID (2010): Development to Counterinsurgency. Washington DC: USAID.

USAID (2012): Performance Evaluation. District Delivery Program (DDP). Washington D.C.: United States Agency for International Development.

USIP (2009): USIP Traditional Justice Workshop for General McChrystal, ISAF in Afghanistan, 27.11.2009, Kabul. http://www.usip.org, letzter Aufruf: 11.8.2010.

USSOCOM (2013): SOCOM 2020 - Forging the Tip of the Spear. MacDill AFD, FL, United States Special Operations Command.

Van Stolk, Christian / Ling, Tom / Reding, Anaïs / Bassford, Matt (2011): Monitoring and Evaluation in Stabilisation Interventions – Reviewing the State of the Art and suggesting Ways forward. Technical Report – Prepared for the Stabilisation Unit (UK). Santa Monica: Rand Corporation.

Vasilache, Andreas (2012): Sicherheit, Entgrenzung und die Suspendierung des Privaten. In: Daase / Offermann / Rauer 2012: 133-155.

Von Braunmühl, Claudia (2003): Human Security versus Human Development. Arbeitspapier, Feministisches Institut der Heinrich Böll Stiftung.

Von Braunmühl, Claudia (2007): „Menschliche Sicherheit – Nachdenkliches zu einem Referenzrahmen“. In: Klein, Ansgar / Roth, Silke (Hg.): NGOs im Spannungsfeld von Krisenprävention und Sicherheitspolitik. Wiesbaden: 29-45.

Voyame, Maurice D. (2011): Linking Security Risk Management and Conflict Sensitivity. Afghanistan and beyond. Eschborn: Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit.

W&F (2010): Konflikte zivil bearbeiten. In: Wissenschaft & Frieden, 28, 4.

Waldman, Matt / Ruttig, Thomas (2011): Peace Offerings – Theories of Conflict Resolution and their Applicability to Afghanistan. AAN Discussion Paper 01/ 2011 Afghanistan Analyst Network.

Wardak, Ali (2003): Building a Post-War Justice System in Afghanistan. Symposium on State Reconstruction and International Engagement in Afghanistan, jointly arranged by the Crisis States Programme of the Development Research Centre of the London School of Economics and Zentrum für Entwicklungsforschung, Universität Bonn. Bonn, 31. May - 1. June 2003.

Watkins, Kevin (2013): Delivery is the G8 Yardstick. http://www.odi.org.uk/opinion/7483-g8-2013-ukdelivery-kevin-watkins-tax-trade-transparency, letzter Aufruf: 16.7.2013.

Weller, Christoph (2007): Aktionsplan Zivile Krisenprävention der Bundesregierung – Jetzt ist dynamische Umsetzung gefordert. Universität Duisburg-Essen, Institut für Entwicklung und Frieden.

Weltsch, Michael (2009): My Cousin's Enemy is my Friend: A Study of Pashtun 'Tribes' in Afghanistan. Afghanistan Research Reachback Center White Paper. Fort Leavenworth, KS, TRADOC Human Terrain Systems, United States Army.

Werthes, Sascha (2005): Human Security. Eine sicherheitspolitische Herausforderung zur Vorbereitung auf entwicklungspolitische Aufgaben. In: INKOTA-Brief (Zeitschrift zum Nord-Süd Konflikt und zur konziliaren Bewegung), 133: 26-27.

Wilson, James T. (2012): Improving the Interagency Assessment Framework (ICAF) with Intellectual Habits. Fort Leavenworth, KS, U.S. Army Command and General Staff College (Master of Military Art and Science).

Wilson, Mary Beth (2013): Impacts of Participatory Development in Afghanistan: A Call to Reframe Expectations – The National Solidarity Programme in the Community of Shah Raheem. Berlin.

Wisotzki, Simone (2010): Frauen, Frieden, Sicherheit?. Die VN-Sicherheitsresolution 1325 wird zehn Jahre alt – eine Bilanz. Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Standpunkte, Nr. 4.

Woodrow, Peter (2008): The Evaluation of Conflict Prevention Programming: Challenges for GPPAC. In: Scheers 2008: 22-27.

Worldwatch Institute (Hg.) (2005): Zur Lage der Welt. Globale Sicherheit neu denken. Münster.

Young, Michael (2010): Development at Gunpoint? Why Civilians Must Reclaim Stabilization Aid. http://www.foreignaffairs.com/, Dec. 19, 2010, letzter Aufruf: 3.1.2011.

Zarakov, Adam (2011): Interview #186. Iraq/Afghanistan Provincial Reconstruction Team: Lessons Learned Washington D.C.: United States Institute of Peace (USIP)/ Association for Diplomatic Studies and Training (ADST). http://www.usip.org/files/file/resources/collections/histories/afghanistan2/186.PDF, letzter Aufruf: 25.3.2013.

Zdunnek, Gabriele (2012): Friedensförderung durch Entwicklungszusammenarbeit “in” und “an” Konflikten am Beispiel von Sri Lanka. In: Fiege, Karin / Rauch, Theo (Hg.) (2012): Entwicklungszusammenarbeit gestalten. Inhalte und Methoden für ein erfolgreiches Wirken in einem komplexen Berufsfeld. Berlin: 147-160.

Zdunnek, Gabriele / Zitelmann, Thomas (2011): Wirkungen von Friedensförderung, Entwicklungszusammenarbeit und Militarisierung – Konzepte und Praxis in Afghanistan. In: Peripherie, Nr. 122/123: 178-208.

Zitelmann, Thomas (2008): Introduction to the special Issue 'Horn of Africa'. In: Afrika Spectrum 43(1): 5-18.

Zitelmann, Thomas (2011a). Ethnologie im Krieg: Das "Human Terrain System" und die Darstellung der paschtunischen "Stammesgesellschaft". In: Schetter, Conrad / Klußmann,

Jörgen (Hg.): Der Taliban-Komplex. Zwischen Aufstandsbewegung und Militäreinsatz. Frankfurt**:** 245-266.

Zitelmann, Thomas (2011b): Folgen der Entwicklungshilfe *Reloaded*: Das Militär in der Arena. In: Schareika, Nikolas / Spies, Eva / Le Meur, Pierre-Yves (Hg.): Auf dem Boden der Tatsachen. Festschrift für Thomas Bierschenk. Köln**:** 199-216.

Zitelmann, Thomas (2012); Sicherheit und Entwicklungsarchitektur in Afghanistan. In: INAMO, 72: 39-42.

Zitelmann, Thomas (2013a): Militär und angewandte Ethnologie, Vortrag BIGSAS/ Institut f. Ethnologie, Universität Bayreuth, 29.1.2013.

Zitelmann, Thomas (2013b): The Horn of Africa: Civil Conflict Solution and Crisis Prevention. British Berlin-Seminary, 4.-6.3.2013. Großbritannien-Zentrum, Humboldt-Universität zu Berlin.

Zunes, Stephen (2008): Open Letter in Support of Gene Sharp and Strategic Nonviolent Action. http://stephenzunes.org/petition/, letzter Aufruf: 1.2.2013.

Anlage 1: Kurzfassung (Berichtsblatt)

<table>
<tr><td>1. ISBN oder ISSN

geplant</td><td colspan="2">2. Berichtsart

Schlussbericht</td></tr>
<tr><td colspan="3">3. Titel

Wirkungen von ziviler Konfliktbearbeitung und Krisenprävention auf lokale und globale Aspekte von Sicherheit</td></tr>
<tr><td rowspan="3">4. Autor(en) [Name(n), Vorname(n)]

Zdunnek, Gabriele

Zitelmann, Thomas</td><td colspan="2">5. Abschlussdatum des Vorhabens

Dezember 2012</td></tr>
<tr><td colspan="2">6. Veröffentlichungsdatum

Geplant</td></tr>
<tr><td colspan="2">7. Form der Publikation

Buch</td></tr>
<tr><td rowspan="3">8. Durchführende Institution

Freie Universität Berlin
Institut für Geographische Wissenschaften
Geographische Entwicklungsforschung
Malteserstr. 74-100, Hause K
D 12249 Berlin, Germany
Tel. + 49-30-838 70 223 Fax +49-30 838 70 757</td><td colspan="2">9. Ber. Nr. Durchführende Institution

---</td></tr>
<tr><td colspan="2">10. Förderkennzeichen

13N10445</td></tr>
<tr><td colspan="2">11. Seitenzahl

106 (ohne Anhänge)</td></tr>
<tr><td rowspan="3">12. Fördernde Institution

Bundesministerium für

Bildung und Forschung (BMBF)

53170 Bonn</td><td colspan="2">13. Literaturangaben

Circa 270</td></tr>
<tr><td colspan="2">14. Tabellen

Eine</td></tr>
<tr><td colspan="2">15. Abbildungen

Keine</td></tr>
<tr><td colspan="3">16. Zusätzliche Angaben

---</td></tr>
<tr><td colspan="3">17. Vorgelegt bei (Titel, Ort, Datum)

---</td></tr>
</table>

18. Kurzfassung

Seit dem Ende des Kalten Krieges wird über die Gestaltung einer neuen globalen Sicherheitsarchitektur diskutiert. Ein zentrales Thema des Forschungsprojektes „Wirkungen von ziviler Konfliktbearbeitung und Krisenprävention auf lokale und globale Aspekte von Sicherheit“ war die Analyse von Konzepten und Paradigmenwechseln in der internationalen und der deutschen Sicherheitspolitik. Darüber hinaus war das Vorhaben in zwei sich überschneidende Teilbereiche gegliedert.

Mit den Begriffen zivile Konfliktbearbeitung, Krisenprävention und Friedensförderung wird mittlerweile ein breites Spektrum von Interventionen auf der Mikro-, Meso- und Makroebene bezeichnet, die darauf zielen, Konfliktdynamiken zu beeinflussen. Im ersten Teilprojekt wurden unter dem Thema „soft skills“ bisherige Wirkungen und Probleme untersucht. Thematische Schwerpunkte waren: Konzepte, um Konfliktsensibilität als Querschnittsaufgabe in politische und wirtschaftliche Strategien zu verankern, die Integration von *Gender*-Perspektiven in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie Strategien der Gewaltfreiheit in politischen, ökonomischen und sozialen Umbruchprozessen.

Im Rahmen des Forschungsprojektes wurden unter der Klammer zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention sehr unterschiedliche wissenschaftliche und politische Diskussionen miteinander verbunden. Quellen waren wissenschaftliche Literatur und Internetressourcen, darüber hinaus Publikationen von internationale Organisationen, Regierungsinstitutionen und Nicht-Regierungsorganisationen.

In dem Forschungsprojekt wurden Prozesse der „Versicherheitlichung“ von Themen sowie Spannungsfelder zwischen Konzeptionen von „menschlicher“ und „erweiterterter“ Sicherheit dargestellt. In den letzten Jahren gab es einige „Meilensteine“, die neue Normen und Agenden für zivile Konfliktbearbeitung, Krisenprävention und Friedensförderung setzen, die Umsetzung ist jedoch bislang unzulänglich. Das Vorhaben war explorativ; es ging vor allem auch darum, die Vielfalt von Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung und Krisenprävention dazustellen. Ein Fazit ist, dass in Zukunft ist eine stärker reflexive Praxis gefragt ist, um auf Erfolgen aufzubauen, aus Fehlern zu lernen und politische Unterstützung zu gewinnen.

Die Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan ist insgesamt sehr „konfliktunsensibel“ gestaltet worden. Zwar gibt es, wie etwa im Falle der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, durchaus anerkennenswerte lokale Projekte der zivilen Friedensförderung. Was es hingegen nicht gibt, sind gezielte Versuche, das vorhandene Instrumentarium ziviler Ansätze der Konflikttransformation und Friedensförderung systematisch und nachhaltig im Rahmen gesamt-afghanischer Politik einzusetzen. Die Idee der „menschlichen Sicherheit“ versucht die Perspektiven der Geber und der Empfänger von Hilfe zu verbinden. Entwicklungszusammenarbeit in Verbindung mit Militär privilegiert die Modulierung einer militärischen Perspektive auf Sicherheit. Eine zivile Modulierung von Sicherheit muss multiple Unsicherheiten und Sicherheitsstrategien der lokalen Bevölkerung einbeziehen. Sie darf sich nicht an eine militärische Sicherheitslogik anpassen, die durch ein binäres Freund-Feind Schema geprägt ist.

19. Schlagwörter

Zivile Konfliktbearbeitung, Krisenprävention, Friedensförderung, Gender, Resolution 1325, unternehmerische Sozialverantwortung, gewaltfreie Strategische Aktion, Afghanistan

20. Verlag	21. Preis
BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag Markgrafenstr. 12-14 D-10969 Berlin	Steht noch nicht fest

Anlage 2: Document Control Sheet

<table>
<tr><td>1. ISBN or ISSN

planned</td><td colspan="2">2. type of document

report</td></tr>
<tr><td colspan="3">3. title

Impacts of non-violent conflict transformation and crisis prevention on local and global aspects of security</td></tr>
<tr><td rowspan="3">4. author(s) (family name, first name(s))

Zdunnek, Gabriele

Zitelmann, Thomas</td><td colspan="2">5. end of project

December 2012</td></tr>
<tr><td colspan="2">6. publication date

planned</td></tr>
<tr><td colspan="2">7. form of publication

book</td></tr>
<tr><td rowspan="3">8. performing organization

Freie Universität Berlin
Institut für Geographische Wissenschaften
Geographische Entwicklungsforschung
Malteserstr. 74-100, Hause K
D 12249 Berlin, Germany
Tel. + 49-30-838 70 223, Fax +49-30 838 70 757</td><td colspan="2">9. originator’s report no.

---</td></tr>
<tr><td colspan="2">10. reference no.

13N10445</td></tr>
<tr><td colspan="2">11. no. of pages

106 (without annexes)</td></tr>
<tr><td rowspan="3">12. sponsoring agency

Bundesministerium für

Bildung und Forschung (BMBF)

53170 Bonn</td><td colspan="2">13. no. of references

about270</td></tr>
<tr><td colspan="2">14. no. of tables

one table</td></tr>
<tr><td colspan="2">15. no. of figures

no</td></tr>
<tr><td colspan="3">16. supplementary notes

---</td></tr>
<tr><td colspan="3">17. presented at (title, place, date)

---</td></tr>
</table>

18. abstract

One central topic of the research project "Impacts of non-violent conflict transformation and crisis prevention on local and global aspects of security" is the analysis of concepts and paradigm shifts in international and in German security policies. In the frame of present security and peace-building strategies, the terms conflict transformation and crisis prevention describe a broad range of interventions at the micro, meso and macro level with the aim to influence specific conflict dynamics. Under the heading "soft skills", focus areas of the research project are for example concepts to “mainstreaming” conflict sensitivity into political decision making or the integration of gender perspectives into security strategies.

Sources for the analysis were scientific literature, internet resources and publications of international organisations, government institutions and non-governmental organizations.

Overall, the design of the research project is exploratory. Focus areas were processes of "securitization" of issues and the tensions between conceptions of "human" and "extended" security. In recent years, some "milestones" – such as the UN Security Council Resolution 1325 or the German actionplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ – set new standards and agendas for non-violent conflict transformation, crisis prevention and peace-building. However, the implementation has yet been inadequate.

For example, development cooperation with Afghanistan has been designed overall very "conflict insensitive". As in the case of German development cooperation there are quite creditable local civilian peace-building projects. But there are no deliberate attempts to systematically and sustainably use tools and approaches for civil conflict transformation and peace-building. The concept of "human security" tried to join the perspectives of donors and recipients of aid. However, development cooperation in connection with the military privileges the modulation of a military perspective on security. The modulation of civilian security must involve uncertainties and the multiple security strategies of the local population. It cannot be adapted to a military security logic that is characterised by a binary friend-or-foe scheme.

One conclusion of the research project is that in the future a more reflexive practice is needed to build on successes, to learn from mistakes and to gain further political support for civil and non-violent conflict transformation and crisis prevention.

19. keywords

conflict transformation, crisis prevention, peace building, gender, Resolution 1325, corporate social responsibility, non-violent strategic action, Afghanistan

20. publisher

BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag
Markgrafenstr. 12-14
D-10969 Berlin

21. price

yet to be determined

Anlage 3: Anzeige von Schutzrechtsanmeldungen und Erfindungen

Im Rahmen des Vorhabens wurden keine Schutzrechtsanmeldungen vorgenommen.

Ort und Datum Unterschrift